



45. Sitzung

am Dienstag, dem 19. Mai 2015, 14.00 Uhr,
in München

Geschäftliches..... 3696

Geburtstagswünsche für die Abgeordneten
Reinhold Strobl und **Dr. Herbert Kränzlein** 3696

Mitteilung betreffend Verschiebung der
Tagesordnungspunkte 13, 14 und 15 (Drsn.
17/5490, 17/5337 und 17/5207)..... 3747

Aktuelle Stunde gem. § 65 BayLTGeschO auf
Vorschlag der SPD-Fraktion
**"Bayerns Kommunen beim Mietspiegel unter-
stützen: solide Datenbasis für die Mietpreis-
bremse und Rechtssicherheit für Mieter und
Vermieter bayernweit schaffen!"**

Andreas Lotte (SPD)..... 3696
Manuel Westphal (CSU)..... 3698
Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER)..... 3699
Jürgen Mistol (GRÜNE)..... 3701
Eberhard Rotter (CSU)..... 3702
Dr. Paul Wengert (SPD)..... 3703
Petra Guttenberger (CSU)..... 3704
Staatsminister Prof. Dr.
Winfried Bausback..... 3705

Regierungserklärung der Staatsministerin für
Gesundheit und Pflege
**"Für eine moderne und menschliche Gesund-
heits- und Pflegepolitik"**

Staatsministerin Melanie Huml..... 3707 3733
Kathrin Sonnenholzner (SPD)..... 3713
Bernhard Seidenath (CSU)..... 3718
Dr. Karl Vetter (FREIE WÄHLER)..... 3721

Ulrich Leiner (GRÜNE)..... 3723 3732
Klaus Holetschek (CSU)..... 3727
Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter
Bauer (FREIE WÄHLER)..... 3729 3730
Sandro Kirchner (CSU)..... 3730
Jürgen Baumgärtner (CSU)..... 3731

Gesetzentwurf der Staatsregierung
**zur Änderung des Bayerischen Verwaltungs-
verfahrensgesetzes und anderer Rechtsvor-
schriften (Drs. 17/2820)**

- Zweite Lesung -

hierzu:

Änderungsantrag der Abgeordneten Markus
Rinderspacher, Franz Schindler, Horst Arnold u. a.
(SPD)
(Drs. 17/5523)

und

Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete
Bause, Ludwig Hartmann, Katharina Schulze u. a.
und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
**hier: Verpflichtende frühe Öffentlichkeitsbetei-
ligung bei Großvorhaben (Drs. 17/5524)**

Beschlussempfehlung des
Verfassungsausschusses (Drs. 17/6181)

Beschluss
zum SPD-Änderungsantrag 17/5523 und zum
GRÜNEN-Änderungsantrag 17/5524..... 3735

Beschluss
zum Regierungsentwurf 17/2820..... 3735

Schlussabstimmung..... 3735

Gesetzentwurf der Staatsregierung
**zur Änderung des Heilberufe-Kammergesetzes,
 des Gesundheitsdienst- und Verbraucherschutzgesetzes und weiterer Rechtsvorschriften** (Drs. 17/5205)

- Zweite Lesung -

Beschlussempfehlung des
 Gesundheitsausschusses (Drs. 17/6347)

Beschluss..... 3735

Schlussabstimmung..... 3735

Gesetzentwurf der Staatsregierung
zur Änderung des Bayerischen Schulfinanzierungsgesetzes (Drs. 17/3262)

- Zweite Lesung -

hierzu:

Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas
 Kreuzer, Kerstin Schreyer-Stäblein, Prof. Dr.
 Gerhard Waschler u. a. (CSU)
 (Drs. 17/5552)

Beschlussempfehlung des Bildungsausschusses
 (Drs. 17/6407)

Michael Hofmann (CSU)..... 3736 3740

Margit Wild (SPD)..... 3737 3738

Günther Felbinger (FREIE WÄHLER)..... 3738

Thomas Gehring (GRÜNE)..... 3739

Staatssekretär Georg Eisenreich..... 3740

Beschluss
 zum Regierungsentwurf 17/3262..... 3747

Namentliche Schlussabstimmung..... 3747

Ergebnis der namentlichen Schlussabstimmung
 (s. a. Anlage 1)..... 3753

Erledigung des Änderungsantrags 17/5552..... 3753

Abstimmung
**über eine Europaangelegenheit und Anträge,
 die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung
 nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 2)**

Beschluss..... 3741

Bestellung
**eines stellvertretenden Mitglieds für den Lan-
 desdenkmalrat**

Beschluss..... 3741

Antrag der Abgeordneten Natascha Kohnen, An-
 nette Karl, Bernhard Roos u. a. (SPD)

Energiekonzept im Alpenverbund
 (Drs. 17/3236)

Beschlussempfehlung des
 Wirtschaftsausschusses (Drs. 17/6310)

(Aussprache siehe Plenarprotokoll 17/44 vom
 07.05.2015)..... 3742

Ergebnis der namentlichen Abstimmung
 (s. a. Anlage 3)..... 3742

Gesetzentwurf der Staatsregierung
**zur Änderung des Vermessungs- und Kataster-
 gesetzes sowie weiterer Rechtsvorschriften**
 (Drs. 17/6576)

- Erste Lesung -

Verweisung in den Haushaltsausschuss..... 3742

Gesetzentwurf der Staatsregierung
**zur weiteren Verbesserung der Arbeitsbedin-
 gungen und der Vereinbarkeit von Familie und
 Beruf im öffentlichen Dienst in Bayern**
 (Drs. 17/6577)

- Erste Lesung -

Verweisung in den Dienstrechtsausschuss..... 3742

Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Lud-
 wig Hartmann, Rosi Steinberger u. a. und Fraktion
 (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
**Gentechnik-Kennzeichnung von tierischen
 landwirtschaftlichen Produkten** (Drs. 17/5193)

Beschlussempfehlung des Umweltausschusses
 (Drs. 17/6430)

Rosi Steinberger (GRÜNE)..... 3742

Michael Brückner (CSU)..... 3743

Harry Scheuenstuhl (SPD)..... 3745

Nikolaus Kraus (FREIE WÄHLER)..... 3745

Namentliche Abstimmung..... 3746

Ergebnis der namentlichen Abstimmung
 (s. a. Anlage 4)..... 3747

Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Rosi Steinberger u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bericht über die Zukunft der Putenmast
(Drs. 17/5486)

Beschlussempfehlung des Umweltausschusses
(Drs. 17/6242)

und

Antrag der Abgeordneten Eric Beißwenger, Dr. Otto Hünnerkopf, Gudrun Brendel-Fischer u. a. (CSU)

Tierschutz in der Putenmast (Drs. 17/5637)

Beschlussempfehlung des Umweltausschusses
(Drs. 17/6378)

Rosi Steinberger (GRÜNE).....	3747 3750
Eric Beißwenger (CSU).....	3748 3749 3750
Herbert Woerlein (SPD).....	3751
Benno Zierer (FREIE WÄHLER).....	3752

Beschluss zum GRÜNEN-Antrag 17/5486.....	3753
---	------

Beschluss zum CSU-Antrag 17/5637.....	3753
--	------

Schluss der Sitzung.....	3753
--------------------------	------

(Beginn: 14.05 Uhr)

Präsidentin Barbara Stamm: Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich bedanke mich bei Ihnen, die Sie schon hier sind, und darf bitten, die Plätze einzunehmen, damit wir mit unserer Arbeit beginnen können.

Ich eröffne die 45. Vollsitzung des Bayerischen Landtags. Presse, Funk und Fernsehen sowie Fotografen haben um Aufnahmegenehmigung gebeten. Die Genehmigung wurde wie immer vorab erteilt.

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, darf ich Glückwünsche aussprechen. Am 10. Mai feierte Herr Kollege Reinhold Strobl einen halbrunden Geburtstag. Herzlichen Glückwunsch und alles Gute im Nachhinein. Gesundheit vor allen Dingen!

(Allgemeiner Beifall)

Herr Dr. Herbert Kränzlein feierte am 14. Mai einen halbrunden Geburtstag. Einen Glückwunsch und auch für Sie alle guten Wünsche!

(Allgemeiner Beifall)

Ich rufe nun den **Tagesordnungspunkt 1** auf:

Aktuelle Stunde gem. § 65 BayLTGeschO auf Vorschlag der SPD-Fraktion

"Bayerns Kommunen beim Mietspiegel unterstützen: solide Datenbasis für die Mietpreisbremse und Rechtssicherheit für Mieter und Vermieter bayernweit schaffen!"

Die Redezeit ist nach der Geschäftsordnung bekannt, sodass wir jetzt in die Debatte einsteigen dürfen. – Als Erstem darf ich Herrn Kollegen Lotte für die SPD-Fraktion das Wort erteilen. Bitte schön, Herr Kollege.

Andreas Lotte (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Hohes Haus! Gestatten Sie mir zuerst einen kurzen Rückblick. Bei der Vorstellung des Wahlprogramms zur Bundestagswahl 2013 äußerte sich Angela Merkel im Mai desselben Jahres wie folgt:

Uns ist es wichtig, dass mehr bezahlbare Wohnungen gebaut werden, andererseits wollen wir gegen Mietwucher vorgehen. Wir wollen in unserem Wahlprogramm festlegen, dass künftig auch bei Neuvermietung – also bei einem Mieterwechsel – die Miete nicht beliebig steigen kann.

Schon stand sie da, die Mietpreisbremse, die langjährige Forderung der SPD, im Wahlprogramm der Union zur Bundestagswahl 2013, festgemauert, als sei es ewig so gewesen. Es ist nicht das erste Mal, dass die CDU/CSU quasi in einem U-Turn oder Unionsturn mit

ihrer Karre um 180 Grad wendet und auf die Spur der Vernunft, einschert,

(Beifall bei der SPD)

nämlich genau dorthin, wo sich die SPD schon seit Jahren befindet. Peinlich ist halt nur, dass man im Jahr 2013, gekettet an den damaligen Koalitionspartner FDP, weniger als drei Monate vor der Wahl gegen das eigene Wahlprogramm stimmen musste oder vielmehr konnte; denn die wirtschaftsnahen Flügel beider Unionsparteien haben gegen diese vermeintlich größtmögliche Katastrophe auf dem Mietwohnungsmarkt gewettert, als drohe der Untergang des Abendlandes.

Der nächste Unglücksfall für die Union war das Absinken der FDP in die bundespolitische Bedeutungslosigkeit. Pech! Es gab kein liberales Schutzmäntelchen mehr, unter dem man gegen die unliebsame Forderung aus dem eigenen Wahlprogramm hätte opponieren können. So kam es zum Koalitionsvertrag zwischen der Kraft der Vernunft der SPD, der anerkannten Mieterpartei in Deutschland, und den christlichen Unionsschwestern.

(Beifall bei der SPD)

Bundesjustizminister Heiko Maas – das war wirklich unangenehm – leistete auch noch zügige und hervorragende Arbeit. Schon im März 2014 lag den Bundesministerien ein Referentenentwurf zur Mietpreisbremse vor, und da fiel die mieterfreundliche Maske vom Gesicht der Union.

Den Anfang machte die CSU mit Gerda Hasselfeldt, die von der Gefahr schwadronierte, der Wohnungsneubau werde abgewürgt. Sekundiert wurde ihr durch den CDU-Wirtschaftsrat, der das Vorhaben als Investitionsbremse geißelte. Da wurde von unkalkulierbaren Investorenrisiken, von schweren Eingriffen in die Rechte von Immobilieneigentümern usw. usw. gezert.

(Volkmar Halbleib (SPD): Hört, hört!)

Trotz aller Warnungen, eine derartige Verzögerungsmentalität würde nur eines provozieren, nämlich sprunghafte Mietsteigerungen kurz vor Torschluss, hat es dann doch ein ganzes Jahr gedauert, bis sich die Unionsfraktionen endlich – ich vermute einmal, schweren Herzens – am 27. März dieses Jahres zur Einführung der Mietpreisbremse durchringen konnten. Ich möchte nicht wissen, wie viel Geld das verträdelte Jahr die bundesdeutschen und die bayerischen Mieterinnen und Mieter gekostet hat.

(Beifall bei der SPD)

Aber nun, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen, liegt der Ball wieder bei den Bundesländern, bei der Bayerischen Staatsregierung. Und was macht sie? Befragt man die Staatsregierung nach der aktuellen Beschlusslage für die Definition angespannter Wohnungsmärkte und danach, für welche bayerischen Kommunen denn die Mietpreisbremse demnach infrage käme – ich danke hier ausdrücklich dem Kollegen Mistol –, so lautet die Antwort: Das kann noch nicht angegeben werden. Fragt man sie, wann sie denn denke, die Mietpreisbremse zu erlassen, heißt es: Der Termin steht noch nicht fest.

Die bayerischen Mieterinnen und Mieter, vor allem in den Ballungsräumen, wissen nicht mehr, wie sie sich das Dach über dem Kopf leisten können sollen, und das Ministerium hat bereits seit Wochen die notwendigen Unterlagen erstellt, um die Geltungsbereiche der Mietpreisbremse auszuweisen. Alle benötigten Fakten und Daten liegen vor; aber die Bayerische Staatsregierung kommt nicht in die Gänge. Das, was hier abgeliefert wird, ist keine Verzögerungsmentalität mehr, das grenzt schon an Verschleppung.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, die Uhr tickt. Ab 1. Juni soll bundesweit die sowohl von der SPD als auch von der CDU/CSU beschlossene Mietpreisbremse gelten, eine Regelung, deren maßgeblicher Referenzpfeiler die ortsübliche Vergleichsmiete ist, jene ortsübliche Vergleichsmiete, die üblicherweise in den sogenannten Mietspiegeln ermittelt wird. Wie uns allen bekannt sein dürfte, hat das Amtsgericht Berlin-Charlottenburg den Berliner Mietspiegel 2013 mit der Begründung gekippt, er sei nicht nach wissenschaftlich anerkannten Methoden erstellt, und das, meine sehr verehrten Damen und Herren, immerhin bei einem Mietspiegel, der in Fachkreisen als einer der besten der Republik galt. Es ist also kein Wunder, dass die altbekannten Gegner des Mieterschutzes in Deutschland Morgenluft wittern und schon jetzt davon raunen, dies sei der erste Dominostein, als deren letzter die Mietpreisbremse endlich fallen müsse.

Ich kann Ihnen sagen: Sie haben sich vermutlich zu früh gefreut; denn amtsgerichtliche Entscheidungen beziehen sich nur auf den Einzelfall und schaffen keine Präcedenzwirkung. Durch die Mietpreisbremse sollen Mieten verhindert werden, die mehr als 10 % über der ortsüblichen Vergleichsmiete liegen. Wenn jedoch entgegen der Rechtsfrieden schaffenden Praxis bei den bisher von Mieter- und Vermieterverbänden mitzuberatenden Mietspiegeln keine Einigkeit mehr darüber besteht, was nun ortsüblich ist, dann wird es schwierig, Grenzen zu bestimmen.

Jan-Marco Luczak, der Mietrechtsexperte der Unionsfraktion im Bundestag, äußerte unlängst – ich zitierere –:

Gerade mit dem bevorstehenden Inkrafttreten der Mietpreisbremse in vielen Regionen kommt dem Mietspiegel eine wirtschaftlich und rechtlich noch größere Bedeutung zu. Die schwierige Festlegung der ortsüblichen Vergleichsmiete darf nicht allein Mietern und Vermietern aufgebürdet werden. Hier ist die Politik gefragt, Rechtssicherheit für alle Beteiligten zu schaffen.

Dem, liebe Kolleginnen und Kollegen, kann ich mich nur anschließen.

(Beifall bei der SPD)

Jenseits der Berechnungsmethodik muss die Erstellung der Mietspiegel generell, also nicht nur der qualifizierten Mietspiegel, auf eine breitere Basis gestellt werden. Eine Betrachtung, wie es im Moment der Fall ist, der Neuvermietungen der letzten vier Jahre genügt dazu nicht. Nein, dies führt sogar zu einem permanenten Höherdrehen der Preisspirale und heizt diese weiter an.

Die hypertrophen Mietpreiswucherungen der letzten Jahre ergeben also kein realistisches Bild des Mietwohnungsmarktes einer Kommune. Selbst in München gibt es auch in den In-Vierteln – man mag es kaum glauben, in Schwabing, im Lehel oder in Haidhausen – Nettokaltmieten, die weit unter 10 Euro liegen. Nur: Wenn diese nicht statistisch erfasst werden, dann führt das zu einer Berechnung des Mietspiegels mit einer ortsüblichen Miete, die weit über dem Niveau der Bestandsmieten liegt. Würden wir die tatsächlichen Mieten des Bestandes im Mietspiegel berücksichtigen, dann würde das automatisch zu einem Mietspiegel weit unter dem heutigen Niveau, wie es im Moment über den aktuellen Mietspiegel ausgewiesen wird, führen.

Das, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist auch die Forderung der SPD: Längerfristige Bestandsmieten aus Altverträgen müssen künftig in die Berechnung der Mietspiegel einfließen.

(Beifall bei der SPD)

Nur wenn die Mietspiegel auf einer bundeseinheitlich geregelten, belastbaren Basis stehen, können sie dem Rechtsfrieden in diesem Land dienen, nur dann ist der Vorwurf der politischen Manipulierbarkeit beweisbar entkräftet.

Auf Bundesebene berät in diesem Monat erstmalig die Expertengruppe zur Novellierung des Mietrechts

im Justizministerium über die Ausgestaltung des Mietspiegels. Wirken Sie auf Ihre Parteifreunde im Bund ein, dass alsbald bundeseinheitliche Grundlagen geschaffen werden, die die Aufstellung von Mietspiegeln präzise regeln und zukünftig in einen Gesetzentwurf einfließen.

(Beifall bei der SPD)

Eine weitere Verzögerung der Mietpreisbremse käme nicht nur die Mieterinnen und Mieter teuer zu stehen, auch die Vermieter stünden aufgrund der mangelnden Rechtssicherheit vor unkalkulierbaren Risiken.

Natürlich dürfen wir die Kosten für die erstellbaren und belastbaren Mietspiegel nicht allein den Kommunen aufbürden. Die CSU macht es sich leicht, wenn sie glaubt, die Gültigkeit der Mietpreisbremse werde ohnehin nur auf diejenigen Kommunen beschränkt bleiben, die sich heute schon die Erstellung eines qualifizierten Mietspiegels leisten.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

In der bayerischen Metropolregion Nürnberg haben nur die Städte Nürnberg und Erlangen, SPD-regiert, einen qualifizierten Mietspiegel. Das betrifft aber nur 18 % der Einwohner der Metropolregion. In München sind es 27 %; Rosenheim verfügt über gar keinen Mietspiegel.

(Zuruf von der CSU: Doch!)

Obzwar die Konnexität bundesrechtlich berührt würde, muss die Staatsregierung zusätzliche Anreize für die Kommunen für einen flächendeckenden Mietspiegel in Bayern schaffen, zum Beispiel dadurch, dass das im Statistischen Landesamt geballt vorhandene Know-how interessierten Kommunen bei der Berechnung zur Verfügung gestellt wird und auch eine fachliche Beratung der Kommunen erfolgt.

Meine Damen und Herren von der CSU, Sie tragen die Regierungsverantwortung für über 12 Millionen bayerische Bürgerinnen und Bürger. Werden Sie dieser Verantwortung gerecht; denn die meisten Bayern wohnen zur Miete!

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. – Für die CSU-Fraktion erteile ich jetzt Herrn Kollegen Westphal das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Manuel Westphal (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Das Thema der heutigen Aktuellen Stunde lautet: "Bayerns Kommunen beim Mietspiegel unterstützen: soli-

de Datenbasis für die Mietpreisbremse und Rechtssicherheit für Mieter und Vermieter bayernweit schaffen!"

(Florian von Brunn (SPD): Danke für den Hinweis!)

– Vielleicht ist der eine oder andere kurzichtig!

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Holla, holla!)

Angesichts dieses Themas sollte man sich vielleicht mal die Frage stellen, ob tatsächlich die Notwendigkeit besteht, über die bislang angestoßenen oder getätigten Maßnahmen hinaus aktiv zu werden. Es ist sicher sinnvoll, wenn man sich in diesem Zusammenhang einmal die Basics anschaut, nämlich die rechtlichen Grundlagen. Das ist in diesem Fall § 556d BGB, der die Mietpreisbremse regelt.

Absatz 1 sieht vor, dass bei Abschluss eines Mietvertrags über Wohnraum, der in einem Gebiet mit angespanntem Wohnungsmarkt liegt, die Miete zu Beginn des Mietverhältnisses maximal 10 % über der ortsüblichen Vergleichsmiete liegen darf. In Absatz 2 dieser Norm findet sich eine Regelung, die eine Ermächtigungsgrundlage für die Länder beinhaltet, damit diese die Gebiete durch eine Rechtsverordnung festlegen können.

Weiterhin findet man die Definition, dass ein angespannter Wohnungsmarkt dann besteht, wenn eine ausreichende Versorgung mit Mietwohnungen zu angemessenen Bedingungen besonders gefährdet ist. Das soll insbesondere dann gelten, wenn die Mietpreise deutlich höher ansteigen als im Bundesdurchschnitt, wenn die Mietbelastung den bundesweiten Durchschnitt deutlich übersteigt, wenn die Wohnbevölkerung sehr stark wächst, ohne dass eine entsprechende Neubautätigkeit erfolgt, oder wenn ein Missverhältnis zwischen dem Leerstand und der Nachfrage besteht.

(Zuruf von der SPD: Kommen Sie auch einmal zur Sache?)

- Ich spreche zur Sache.

Weiterhin geht es darum – auch das ist der gesetzlichen Regelung zu entnehmen –, dass die Rechtsverordnung angemessene Maßnahmen aufzeigen soll, die zur Behebung dieser Situation führen, was aber allein schon aus verfassungsrechtlichen Gründen – nämlich wegen des Selbstverwaltungsrechts der Kommunen – nur allgemein und abstrakt geschehen kann.

Bei der Anwendung dieser gesetzlichen Regelung im BGB ergeben sich aus meiner Sicht zwei wesentliche Fragestellungen. Erstens, die Festlegung der Gebiete mit angespanntem Wohnungsmarkt; zweitens, die Feststellung der ortsüblichen Vergleichsmiete. Bei der Festlegung der Gebiete hat die Bayerische Staatsregierung bereits in guter Art und Weise vorgearbeitet. Sie hat die Datenerhebung frühzeitig in Auftrag gegeben. Die Erhebung erfolgte durch das Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung; die Ergebnisse liegen inzwischen vor.

Es erfolgte die Abfrage bei den Gemeinden nach der Einschätzung der eigenen Situation im Zusammenhang mit der Wohnungsversorgung. In den Fällen, in denen das Ergebnis der Datenerhebung nicht mit der eigenen Einschätzung übereinstimmt, erfolgt eine Anhörung der Gemeinden.

Nächster Schritt ist nun die Bewertung der Ergebnisse, und dann kommt es zur Entscheidung, welche Kommunen in diese Rechtsverordnung aufzunehmen sind. Man ist also bereits sehr weit. Die Verordnung wird aller Voraussicht nach wohl noch im Laufe dieses Jahres in Kraft treten können.

Aus meiner Sicht war es wichtig und richtig, hier eine aktuelle, umfassende Datenerhebung vorzunehmen. Auch hier gilt der Grundsatz: Genauigkeit und Gründlichkeit gehen vor Schnelligkeit.

(Zuruf von der SPD)

Wir alle wollen eine rechtssichere und gerichtsfeste Regelung für diesen Bereich.

Ich komme zum nächsten Punkt: zu der Festlegung der ortsüblichen Vergleichsmiete. Bislang erfolgt dies durch den Mietspiegel. Hilfestellungen sind jedoch auch möglich durch Datenbanken, durch einfache Mietspiegel oder durch den Vergleich von Einzelfällen. Ein qualifizierter Mietspiegel zeichnet sich dadurch aus, dass er auf wissenschaftlichen Grundsätzen basiert und die Kommunen bzw. die Vertreter der Mieter und Vermieter zugestimmt haben. Dann wird dem Ganzen auch ein entsprechender Beweiswert zugesprochen.

Zugegebenermaßen ist eine gewisse Unsicherheit entstanden wegen eines Urteils des Amtsgerichts Berlin-Charlottenburg vom 11. Mai 2015. In diesem Urteil wurde der Mietspiegel gekippt, und zwar mit dem Argument, er sei nicht nach wissenschaftlichen Grundsätzen erstellt worden. Dabei wurde die Zuordnung der Wohnungen als systemwidrig erkannt; Zu- und Abschläge und Extremwertbereinigungen seien nicht nachvollziehbar und die Einordnung von Wohnlagen sei nicht differenziert genug gewesen.

Die Frage lautet: Welche Auswirkungen hat dieses Urteil? Gibt es tatsächlich die teilweise behauptete flächendeckende Rechtsunsicherheit bei der Anwendung von Mietspiegeln? – Definitiv nicht! Es handelt sich hier um eine Einzelfallentscheidung; das Urteil ist nicht rechtskräftig. Es ist lediglich ein Urteil eines einzelnen Amtsgerichts.

(Zuruf von der SPD: Und dazu noch ein Berliner Gericht!)

Das ist sicherlich nicht in der Lage, die bisherige ständige Rechtsprechung zu kippen. Eine grundsätzliche Rechtsunsicherheit ist also keinesfalls gegeben.

Sicher ist es sinnvoll, allgemeingültige Kriterien für die Feststellung der Vergleichsmiete oder die Erstellung des Mietspiegels festzulegen. Das kann aber nur durch eine bundesweite Regelung erfolgen. Dabei sind konkrete Kriterien zu benennen, wie Wohnungsmerkmale, Anzahl der zu untersuchenden Wohnungen, Zeitraum der Anpassung der Werte. Genau dies geschieht im Moment durch die vorhin bereits genannte Expertenkommission. Der Ball liegt also beim Bundesministerium der Justiz.

Fazit: Den Mietspiegel noch rechtssicherer zu machen, ist sicherlich sinnvoll, und zwar durch die Festlegung der von mir vorhin genannten Kriterien. Aber die Mietpreisbremse darf nicht weiter verschärft werden, etwa durch eine Ausdehnung der genannten Gebiete mit angespanntem Wohnungsmarkt oder durch eine Ausdehnung des Beobachtungszeitraums, den ein Mietspiegel aufweisen muss.

(Zuruf von den FREIEN WÄHLERN: Warum?)

Die genannten Maßnahmen reichen also aus, um die Kommunen zu unterstützen. Sie sind – und damit komme ich zum Schluss – aber auch geeignet, die berechtigten Interessen der Eigentümer auf der einen Seite und der Mieter auf der anderen Seite in Einklang zu bringen.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. – Für die Fraktion der FREIEN WÄHLER hat jetzt der Kollege Glauber das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Westphal und Herr Kollege Lotte: Wir haben jetzt zuerst etwas zur Entstehung des Gesetzes gehört und dann den Wikipedia-Eintrag zum Mietrechtsnovellierungsgesetz.

(Beifall und Heiterkeit bei den FREIEN WÄHLERN)

Sie haben hier einmal wieder gezeigt, wie nett Sie in der Koalition in Berlin miteinander umgehen, und Ihre Streitigkeiten tragen Sie hier im bayerischen Parlament aus. Aber weder Herr Lotte noch Herr Westphal hat vorgetragen, wie Sie mehr Wohnraum für die Bürger in Bayern schaffen wollen und wie Sie dem Thema eigentlich näher treten wollen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Aber das ist doch der entscheidende Punkt. Sie gehen her und erzeugen mit Ihrem Gesetz eine wahre Datensammelwut.

(Zurufe von der SPD)

Schauen Sie sich doch Ihr Gesetz an, dann erkennen Sie, was möglich ist: Der Bund hat die Länder ermächtigt, dort zu handeln, wo der Mietmarkt angespannt ist. Also sind jetzt die Kommunen in der Pflicht. Dann sollen die Kommunen auch handeln! In Bayern betrifft das aber nicht das ganze Land gleichermaßen. Es ist doch eine völlige Fehleinschätzung, wenn Sie ganz Bayern genau gleich behandeln wollen.

Wir haben die Enquete-Kommission "Gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Bayern" eingerichtet. Warum haben wir denn diese Enquete-Kommission für gleichwertige Lebensbedingungen ins Leben gerufen? - Doch deswegen, weil es in Bayern große Unterschiede gibt. Aber Sie wollen mit ein und demselben Instrument vorangehen, und Sie glauben, damit Erfolg zu haben. Das Gegenteil ist der Fall! Dort, wo der Mietmarkt angespannt ist, müssen Sie - -

(Volkmar Halbleib (SPD): Das geht auch an der Sache vorbei!)

- Jetzt hören Sie sich einmal an, was in den letzten Jahren passiert ist. Da waren Sie in Berlin in der Verantwortung, liebe Kollegen von der SPD.

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Im Jahr 1993 kamen 350 Millionen Euro für den Sozialen Wohnungsbau nach Bayern. Was kommt von der Großen Koalition heute? – Heute kommen Sie mit 50 Millionen Euro daher. Sie haben das Ganze abgeschmolzen auf ein Siebtel! Wenn Sie mit 50 Millionen Euro aus dem Bund nach Bayern kommen, brauchen Sie hier nicht zu klagen, sondern Sie sollten lieber Sozialen Wohnungsbau betreiben. Das ist ganz einfach.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Zurufe von der SPD)

- Nein, nein, ich kann euch schon noch ein paar Zahlen sagen. Die Staatsregierung hat immerhin gehandelt; der Innenminister hat heute mit weiteren 50 Millionen Euro für den Sozialen Wohnungsbau nachgelegt. Das ist auch richtig so. Ich habe dem Kollegen Rotter bei der letzten Diskussion hier vorgehalten, dass wir uns mit einer Summe von 159 Millionen Euro momentan auf dem tiefsten Stand befinden. Es ist völlig richtig, dass die Forderung der FREIEN WÄHLER nach mehr Mitteln für den Sozialen Wohnungsbau jetzt auch durch den Innenminister aufgegriffen wurde.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Schauen Sie sich die Zahlen doch einmal an. Sehen Sie sich die Zahlen von 1993 an. Damals waren Sie auch hier in München in der Verantwortung. Damals haben Sie unter Oberbürgermeister Ude Ihre Wohnbauzahlen nie hinbekommen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

1993 wurden in Bayern 14.000 Sozialwohnungen gebaut. Wo sind wir 2014? – Bei 2.400. Sie müssen sich, wie beschrieben, überlegen: Wenn ich die Bundesmittel auf ein Siebtel eindampfe, wenn ich die bayerischen Mittel kürze, dann brauche ich mich über das Ergebnis nicht zu wundern. Sie gehen aber her und wollen Daten sammeln, anstatt aktiv etwas für den Wohnungsbau zu tun.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Liebe Kollegen, gehen wir in der Programmatik weiter. Wir haben die EnEV in ihrer aktuellen Fassung von 2014. Im nächsten Jahr wird durch die Bundesgesetzgebung die EnEV 2016 oben draufgesetzt. Wenn Sie aktuell neu bauen, müssen Sie als Bauherrin, als Bauherr ein Gebäude errichten, das pro Quadratmeter äquivalent maximal 8 Liter Heizöl benötigt. Stellen Sie sich vor: Wenn Sie neu bauen, darf Ihr Gebäude nicht mehr Energie verbrauchen als den äquivalenten Wert von 8 Litern Heizöl pro Quadratmeter. Mit der neuen EnEV 2016 fahren Sie diesen Wert auf 6 Liter herunter. Sie senken ihn um weitere 25 % ab. Der Grenznutzen ist sehr gering. Sie müssen sehr viel Geld investieren, um diese Einsparung zu erreichen, während draußen flächendeckend Häuser mit strahlenden Heizkörpern stehen, die 30 Liter Heizöl pro Quadratmeter verbrauchen. Sie müssen an die Sanierung der Altbauten herangehen; denn dort werden auch die zweiten Mieten bezahlt, sprich: nicht die EnEV verschärfen, sondern endlich die Abschreibung

der Gebäudesanierung erhöhen, die Sie in Berlin nicht hinbekommen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Das wäre ein Instrument, das letztendlich auch den Markt entspannen würde. Also: Nicht Daten sammeln, sondern aktiv handeln, Geld in die Hand nehmen, Steuerabschreibungen schaffen. Dann werden Sie Erfolg haben, statt Bayern nur in München und Nürnberg einzuteilen. Außerdem hat Städtetagspräsident Ulrich Maly im letzten Schreiben des Städtetages explizit nicht einen Mietspiegel für ganz Bayern gefordert. Lesen Sie es nach. - Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Barbara Stamm: Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat jetzt Herr Kollege Mistol das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Jürgen Mistol (GRÜNE): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Auf den Konflikt zwischen den Berliner Koalitionspartnern CDU/CSU und SPD will ich jetzt nicht mehr eingehen, insbesondere zum Thema Mietpreisbremse, das auf der Tagesordnung steht. Die Kollegen Lotte und Westphal haben den Finger schon selber in die Wunde gelegt. Besser als in ihren Redebeiträgen hätten sie nicht dokumentieren können, dass das, was die Mietpreisbremse angeht und was dabei herausgekommen ist, nur ein Formelkompromiss ist, zumindest in der jetzigen Form.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Nichtsdestotrotz halte ich es für notwendig, die Mietpreisbremse zügig einzuführen, weil schon seit deren Ankündigung die Mieten, sozusagen in vorauseilendem Gehorsam, nach oben gegangen sind, weil gesagt wurde: Jetzt machen wir noch Mietpreissteigerungen; wenn die Mietpreisbremse kommt, sind wir auf der sicheren Seite.

Wie sieht die Situation aus? Ich habe sie mit einer Schriftlichen Anfrage abgefragt. Kollege Lotte hat schon darauf hingewiesen. Die Mietpreisbremse tritt zum 1. Juni offiziell in Kraft. Berlin wird sie auch zum 1. Juni einführen, NRW und das Saarland zum 1. Juli, Rheinland-Pfalz bis zur Sommerpause und Baden-Württemberg und Bremen immerhin bis spätestens 1. September. Im Freistaat beschränkt man sich ganz aktuell auf die Aussage, dass man sie zügig einführen will – so die Antwort der Staatsregierung.

Leider ist zu befürchten, dass sich die Umsetzung tatsächlich noch weiter hinziehen wird, weil die Staatsre-

gierung ihre Hausaufgaben noch lange nicht erledigt hat, weil immer noch nicht klar ist, in welchen Kommunen die Mietpreisbremse gelten soll und mit welchen Maßnahmen man den Wohnraummangel in Bayern beheben will. Da ist noch alles blank, was andere Bundesländer offensichtlich schon längst getan haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich möchte auch noch darauf hinweisen: Die Mietpreisbremse hat uns nicht überraschend über Nacht ereilt, sondern sie wird seit über zwei Jahren diskutiert – Zeit genug, um eine solide Datengrundlage zur Definition angespannter Wohnungsmärkte zu erheben und sich mit den betroffenen Städten und Gemeinden vorab ins Benehmen zu setzen und entsprechend abzustimmen. Zu Recht ist darauf hingewiesen worden, dass trotz allen Reformbedarfs für eine funktionierende Mietpreisbremse auch jeweils das Vorhandensein eines Mietspiegels wichtig wäre. Ein Mietspiegel legt die ortsüblichen Vergleichsmieten fest, an denen sich Mieterinnen und Mieter und Vermieterinnen und Vermieter orientieren, wenn es um Mieterhöhungen geht.

Es ist beschämend, dass bisher nur eine Handvoll Kommunen in Bayern einen Mietspiegel hat. Von 907 Kommunen, die an der Erhebung zur Wohnraumversorgung teilgenommen haben, bei denen man davon ausgehen kann, dass es diejenigen mit angespanntem Wohnungsmarkt sind, haben nur 33 Kommunen einen einfachen oder qualifizierten Mietspiegel.

Es ist schon richtig, dass man auch mit Vergleichsmietdatenbanken oder anderen statistischen Erhebungen die ortsübliche Vergleichsmiete berechnen kann. Diese Art der Hilfestellung halte ich aber für sehr konfliktträchtig und langfristig auch nur für bedingt geeignet. Stattdessen halte ich es für zielführender, die Kommunen mit entsprechenden Anreizen bei der Aufstellung von Mietspiegeln zu unterstützen.

Ich sehe allerdings großen Reformbedarf beim Mietspiegel, auch wenn ich sagen muss: Der Mietspiegel ist noch immer das beste Instrument, um eine verlässliche Übersicht über die Höhe der Mieten zu erhalten. Er hat bei Vermieterinnen und Vermietern und Mieterinnen und Mietern die größtmögliche Akzeptanz und schafft vor allem Rechtsfrieden.

In diesem Zusammenhang möchte ich auch noch betonen: Das Urteil des Amtsgerichts Berlin-Charlottenburg ist keinesfalls das Aus für die Mietpreisbremse. Es ist ein Einzelurteil; darüber sind wir uns einig. Für mich zeigt es aber auch, dass es notwendig ist, bundesweit einheitliche Kriterien für die Erhebung von Mietspiegeln festzulegen, um zu verhindern, dass der

Mietspiegel als Mietpreistreiber wirkt. Außerdem ist es erforderlich, dass bei der Berechnung des Mietniveaus die letzten zehn Jahre statt die letzten vier Jahre zugrunde gelegt werden. Zudem sollte auch die energetische Gebäudebeschaffenheit als Vergleichsvariable Eingang finden. Hierzu erwarte ich mir von der Staatsregierung entsprechende zeitnahe Bundesratsinitiativen, oder Sie wenden sich an Ihre Kolleginnen und Kollegen im Bundestag, die das übernehmen können.

Abschließend möchte ich sagen: Nur mit allgemein verbindlichen, repräsentativen Maßstäben kann auch die Mietpreisbremse letztendlich ihre volle Wirkung entfalten. Es bleibt zu hoffen, dass Sie die Mieterinnen und Mieter in Bayern nicht noch länger warten lassen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Für die CSU-Fraktion: Herr Kollege Rotter. Bitte schön, Herr Kollege.

Eberhard Rotter (CSU): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Nicht zum ersten Mal in diesem Jahr sprechen wir über diese Thematik. Anlass für die heutige Diskussion ist das aktuelle Urteil des Amtsgerichts Berlin-Charlottenburg, das Herr Kollege Lotte eingangs bereits geschildert hat. Die Ursache für die heutige Diskussion – das Urteil ist der Anlass – ist ein teilweise akuter Wohnungsmangel in Ballungsräumen oder auch in touristisch bedeutsamen Gebieten. Herr Kollege Glauber hat darauf hingewiesen, dass Bayern absolut nicht einheitlich gesehen werden kann. Wir haben Gebiete mit großem Wohnungsmangel, wir haben aber auch Gebiete mit großen Leerständen.

Die Mietpreisbremse, die die Große Koalition beschlossen hat, ist wohlgerne kein Allheilmittel. Sie kann aber ein Baustein sein, um bezahlbare Mietwohnungen zu erhalten. Ein ganzes Bündel von Maßnahmen ist für die ausreichende Wohnraumversorgung nötig. Ich habe hier bereits wiederholt darauf hingewiesen.

Bund, Länder und Kommunen müssen gemeinsam handeln. Dies fordert nicht nur Städtetagspräsident Ulrich Maly, sondern dies fordert auch ein Verbändebündnis Wohnungsbau, zu dem sich sieben Verbände breiter Couleur zusammengeschlossen haben – ich darf diese hier nennen –: der Deutsche Mieterbund, die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt, der Zentralverband des Deutschen Baugewerbes, der Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen, der Bundesverband Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen, der Bundesverband Deutscher Baustoff-Fachhandel und die Deutsche

Gesellschaft für Mauerwerks- und Wohnungsbau. Das sind also alles Verbände, die sich konkret mit dem Wohnungsbau beschäftigen. Sie haben sich zusammengeschlossen, um für ausreichenden Wohnraum zu sorgen. Sie haben festgestellt: Neubau wird immer teurer. Die Kosten für Neubauten sind um nahezu 40 % gestiegen. Das gilt auch für Mehrfamilienhäuser.

Herr Kollege Lotte, Sie haben gesagt, dass wir in Bayern überwiegend Mieter haben. Also spielen Mehrfamilienhäuser eine größere Rolle. Deren Baukosten sind in den vergangenen 40 Jahren um insgesamt 40 % gestiegen. Das ist auch der Grund für die hohen Mieten. Wenn die Neubaumieten so hoch sind, versucht man natürlich, die Bestandsmieten möglichst anzuheben. Dadurch wird das Wohnen insgesamt teurer.

Wir sollten uns hier endlich einmal auf eine sachliche Diskussion einlassen und miteinander überlegen, was wir tun können, um mehr Wohnungen zu schaffen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Denken Sie an die Bürokratie!)

- Herr Aiwanger, ich sage Ihnen doch immer wieder: Erst nachdenken, dann das Maul aufreißen. Erst zuhören, und dann können Sie sich mit Zwischenrufen zu Wort melden. Hören Sie mit Zurufen doch auf! Hören Sie zu!

Man kann nicht immer nur reflexhaft nach mehr Geld verlangen, sondern muss auch überlegen, wie man das Geld sinnvoller einsetzen kann. Von daher dürfen wir der Kostenexplosion nicht einfach tatenlos zusehen. Es geht hier um Bauwerks- und Planungskosten. Es geht darum, dass der Staat Verordnungen vorgibt, dass er sagt, was und wie geplant werden muss. Hierbei setzt er die Hürden immer höher.

Dabei sollten wir auf niemanden mit dem Finger zeigen. Wir alle, die wir politisch tätig sind, müssen uns den Schuh anziehen. Das gilt selbst für die FREIEN WÄHLER, auch wenn sie in Berlin nicht dabei sind. In den Kommunen sind sie doch dabei. Auch die Kommunen betätigen sich hier teilweise als Kostentreiber.

Es geht darum, dass man steuerliche und baurechtliche Vorgaben von Bund und Ländern nicht weiter nach oben treibt. Das schlägt sich nämlich auf den Quadratmeterpreis der Wohnfläche nieder. In den vergangenen 14 Jahren ist dieser Preis um über 800 Euro gestiegen. Allein diese Vorgaben schlagen mit 248 Euro pro Quadratmeter zu Buche. Wer Grund und Boden kaufen will, muss immer tiefer in die Tasche greifen. Der Kostenanstieg beträgt 115 Euro pro Quadratmeter. Auflagen der Kommunen haben einen

Kostenanstieg von 82 Euro pro Quadratmeter verursacht.

Welche Maßnahmen muss man miteinander in dem jeweils relevanten Bereich ergreifen? Der Bund ist insbesondere gefordert, steuerliche Rahmenbedingungen zu ändern, die Abschreibung zu verbessern, die AfA von 2 auf 4 % linear zu erhöhen. Dies haben Sie eine Zeit lang gefürchtet wie der Teufel das Weihwasser. Aber, ich glaube, mittlerweile ist hier die bessere Erkenntnis gereift. Da sollte auch der Bundesrat zustimmen, an dem dies vor zwei Jahren gescheitert war, nachdem es der Bundestag bereits beschlossen hatte.

Es geht darum, Sonderabschreibungen für den Sozialen Wohnungsbau zuzulassen. Wir müssen in den Ländern Förderprogramme für Ballungsgebiete und Wachstumsregionen entwickeln und weiterhin verbessern. Wir müssen die Förderprogramme passgenau machen. Die Kommunen sollten auch die Auflageflut stoppen.

Wir reden nicht nur, sondern handeln auch. Herr Kollege Glauber, Sie haben darauf hingewiesen, dass wir dieses Thema schon vor knapp zwei Monaten debattiert haben. Da habe ich gesagt: Wir wissen auch, dass wir mehr Geld in die Hand nehmen müssen. Dabei bleibt es nicht beim Reden. Heute hat die Staatsregierung beschlossen, die Wohnraumfördermittel auf 270 Millionen Euro aufzustocken. Die Staatsregierung hat ein Sonderprogramm beschlossen, das diese Aufstockung für das Jahr 2015 bringt. Zusätzliche 50 Millionen Euro kommen aus Labo-Mitteln. In den kommenden Jahren wird sich das fortsetzen.

Wir müssen also miteinander überlegen, was wir tun können, und dann gemeinsam handeln. Das müssen wir auch überall tun, wo Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, Mitverantwortung tragen.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Für die SPD-Fraktion erteile ich dem Kollegen Dr. Wengert das Wort.

Dr. Paul Wengert (SPD): Sehr verehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wohnen ist mehr, als ein Dach über dem Kopf zu haben. Nicht ohne Grund heißt es in England: My home is my castle.

Aber wie kann man sich in der eigenen Wohnung wohlfühlen, wenn man diese aufgrund der erdrückenden Miete Monat für Monat mehr und mehr als existenzielle Bedrohung empfindet? Wohnungen sind

längst nicht mehr nur in Ballungsräumen ein knappes und deswegen auch ein teures Gut.

Die Koalition hat nun quasi die Notbremse gezogen und die Mietpreisbremse gesetzlich verankert. Sie kommt spät, aber jetzt haben wir sie. Nun gilt es, dieses Instrument mit Leben zu erfüllen. Hunderttausende Mieter warten darauf.

Zu Recht weist der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags im jüngsten Informationsbrief seines Verbandes auf die damit verbundene Verschärfung des sozialen Klimas und auf den sozialen Sprengstoff hin, der entstehen wird, wenn es auf dem Mietwohnungsmarkt zu verschärfter Konkurrenz zwischen sozialhilfebedürftigen Familien, Alleinerziehenden, Rentnern, Obdachlosen, Flüchtlingen – ganz aktuell – und anerkannten Asylbewerbern kommt. Wir brauchen einen Mietpreis, "den alte Menschen, Alleinerziehende, junge Familien, Geringverdienende und anerkannte Flüchtlinge zahlen können, und zwar möglichst ohne soziale Transferleistungen. Dafür stehen Bund, Freistaat und Kommunen in der Pflicht", so der Vorsitzende Dr. Maly.

Bund und Land stehen in der Verantwortung, weil die Versorgung der Bevölkerung mit bezahlbaren Wohnungen höchste sozialpolitische Bedeutung hat. Liebe Kolleginnen und Kollegen, da sind wir uns sicherlich einig.

Jeder muss seine Hausaufgaben machen. Das Instrumentarium dafür ist breit gefächert. An dieser Stelle seien nur einige Punkte genannt. Ich nenne die Städtebauförderung, insbesondere das äußerst erfolgreiche Programm "Soziale Stadt", das wir in die politische Wirklichkeit gebracht haben.

(Beifall bei der SPD)

Dann geht es um die Schaffung von Anreizen für Investitionen in den Wohnungsbau *und* den Wohnungsbestand, lieber Kollege Rotter. Hier müssen wir den Gesamttraum Bayern genau anschauen; denn nicht nur in Nürnberg und München bestehen die Probleme der mangelnden Wohnraumversorgung. Auch schrumpfende Regionen brauchen attraktive und energieeffiziente Wohnungen.

Weiter denke ich an erhöhte Abschreibungsmöglichkeiten für die energetische und demografische Modernisierung von Mietwohnungen und an die degressive Abschreibung im Mietwohnungsbau und eben die Mietpreisbremse. Das eine zu tun, Kollege Glauber, nämlich für mehr Wohnungen zu sorgen, heißt doch nicht, das andere zu lassen, nämlich dafür zu sorgen, dass bestehende und neue Wohnungen bezahlbar bleiben.

(Beifall bei der SPD)

Herr Kollege Rotter hat natürlich recht, wenn er fordert, der Kostenexplosion im Wohnungsbau Einhalt zu gebieten.

Der Bayerische Städtetag hat zuletzt 2013 den berühmten Satz von Bundespräsident Theodor Heuss "Ohne Städte ist kein Staat zu machen" zum Leitmotiv seiner jährlichen Zusammenkunft gemacht und seinen Forderungskatalog an Bund und Land mit diesem Satz überschrieben. Er hat in diesem Zusammenhang seinerzeit auch die Mietpreisbremse gefordert. Und er hat das Land ganz gezielt aufgefordert, die Städte bei der Erstellung von Mietspiegeln fachlich und finanziell zu unterstützen. Die Notwendigkeit von Mietspiegeln, Herr Kollege Westphal, ist doch unbestritten. Ich hätte von Ihnen nicht ein solches juristisches Geschwurbel erwartet, sondern mir eine klare politische Aussage gewünscht.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben auch nicht gesagt, wie wir die Kommunen dabei unterstützen können. Ohne diese Unterstützung werden es nur die großen und finanzkräftigen Kommunen schaffen, einen Mietspiegel zu erstellen, der für die Umsetzung der Mietpreisbremse letztlich die Basis ist.

Mittlere und kleine Kommunen werden außen vor bleiben, weil ihre Verwaltungen über die notwendigen Kenntnisse und Erfahrungen nicht verfügen und sich den "Einkauf" eines Mietpreisspiegels nicht leisten können. Es geht hier nicht um den politischen Willen, nicht um das Wollen, sondern um die tatsächliche Fähigkeit zur Umsetzung. Es geht also um das Können.

Die Mietpreisbremse darf im Interesse der Bürger, der Mieter und Vermieter nicht an den Kosten des erforderlichen Verwaltungsaufwands scheitern. Ich gehe davon aus, dass wir uns zumindest in den Fraktionen, die die Koalition in Berlin tragen und die Mietpreisbremse einvernehmlich auf den Weg gebracht haben, einig sind. Da können Sie, Herr Kollege Glauber, sich noch so sehr echauffieren.

Die Kommunen stehen nun in der Pflicht, Mietspiegel zu erstellen. Sie lassen sich in diese Pflicht nehmen, weil sie die hohe Bedeutung bezahlbaren Wohnraums für ihre Zukunftsfähigkeit durchaus einzuschätzen wissen. Aber sie dürfen nicht allein gelassen werden. Daher brauchen sie die finanzielle und fachliche Unterstützung des Freistaats.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Verehrte Kolleginnen und Kollegen, bevor ich in der Rednerliste fortfahre, darf ich Gäste auf der Ehrentribüne begrüßen. Ich begrüße Sie, Herr Bischof Apolo aus Ägypten. In Ihrer Begleitung ist der Pater Abuna Deuscoros EL Antony. Sind Sie uns herzlich willkommen.

(Allgemeiner Beifall)

Anlass Ihres Besuches ist es, uns die Situation der koptischen Kirche in Ägypten in Gesprächen nahezubringen. Wir wünschen Ihnen gute Gespräche und einen guten Aufenthalt. Die guten Wünsche des Hohen Hauses begleiten Sie.

(Allgemeiner Beifall)

Ich darf nun in der Rednerliste fortfahren: Frau Kollegin Petra Guttenberger für die CSU-Fraktion. Bitte schön.

Petra Guttenberger (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich unterstelle, dass jedem hier im Raum bewusst ist, dass Mieterschutz wichtig ist. Da brauchen wir dann auch nicht den Hinweis, dass die meisten in Miete wohnen; denn das ist wirklich jeder und jedem hier in diesem Hohen Hause bewusst.

(Volkmar Halbleib (SPD): Dann müssen Sie aber das politische Handeln daran ausrichten, Frau Kollegin! Das ist der entscheidende Punkt!)

Allerdings bin ich doch etwas überrascht, dass hier immer wieder durch Formulierungen der Eindruck erweckt wird, man würde sich darum nicht kümmern.

(Volkmar Halbleib (SPD): Der drängt sich auf!)

Wie war der Spruch, Herr Mistol? Man beschränke sich auf Aussagen? – Das ist schlicht falsch. Ich begrüße ausdrücklich, dass die SPD inzwischen den Titel ihrer Aktuellen Stunde so umformuliert hat, dass sie auf solider Datenbasis eine Mietpreisbremse schaffen will. Das war vorher nämlich nicht so angesagt. Wenn ich nur einmal an Ihren Antrag erinnern darf mit der schönen Nummer 17/5650. Da wählten Sie noch die Formulierung: "Mietpreisbremse ohne Verzug umsetzen!" Sie wollten keine weiteren Daten abwarten. Jetzt hingegen diskutieren Sie auf der Basis unseres Antrags 17/5670, in dem es heißt: "Mietpreisbremse unverzüglich, aber auf solider Datengrundlage umsetzen!"

(Volkmar Halbleib (SPD): Wo ist der Widerspruch?)

Wir fordern das deshalb, weil wir echte Planungssicherheit und Verlässlichkeit für die Mieter wollen. Wir wollen eine Regelung, die dann auch hält. Wir wollen also nicht Steine statt Brot, sondern wir wollen eine verlässliche Grundlage.

(Volkmar Halbleib (SPD): Unverzüglich, das ist doch was!)

Wir wollen hier also eine verlässliche Basis.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Wie wichtig eine verlässliche Basis ist, das hat sich nicht zuletzt an dem Gerichtsurteil gezeigt. Es stimmt nicht, dass nichts geschehen ist. Hier wurde vielmehr bereits im Jahr 2014 eingeleitet, dass die entsprechenden Daten gesammelt werden. Diese Daten waren dann im April 2015 vorhanden. Seither konnten sie kontinuierlich ausgewertet werden. Wir sind der Ansicht, wir müssen erst Daten sammeln für eine verlässliche Datenbasis, dann müssen wir das Gespräch mit den Kommunen führen und dann muss das entsprechend umgesetzt werden. Nur diese Reihenfolge kann eine vernünftige Reihenfolge sein. Sie verleiht dann auch wirklich Schutz; denn dann hat die Mietpreisbremse auch Bestand. Schnellschüsse sind im Hinblick auf die Rechtssicherheit immer ein Irrweg. Wir sind deshalb froh, dass auch Sie inzwischen auf die Linie eingeschwenkt sind, dass wir erst eine verlässliche Datenbank brauchen und dann eine Regelung schaffen, damit diese Regelung letztendlich auch hält.

Das ist für uns aber nur die eine Seite. Für uns ist genauso wichtig, dass das, was im Koalitionsvertrag festgelegt wurde, auch zügig umgesetzt wird. Das betrifft die breitere Basis für eine ortsübliche Vergleichsmiete in den Mietspiegeln, damit hier eine größere Realitätsnähe entsteht. Aber auch das ist bereits im Koalitionsvertrag vereinbart worden und wird kontinuierlich umgesetzt. Wichtig ist für uns auch, dass wir für die Mieterinnen und Mieter bei Sanierungen keine finanzielle Überforderung wollen. Aber auch hier sehen wir derzeit keinen Handlungsbedarf, weil auch dieser Punkt bereits Bestandteil des Koalitionsvertrages ist und entsprechend umgesetzt wird. In diese Richtung gehen auch die Anpassung der Härtefallklausel und die Festlegung von 10 % bei der Möglichkeit der Umlage von Modernisierungskosten. Auch das sind Dinge, die bereits jetzt auf den Weg gebracht wurden und kontinuierlich umgesetzt werden. Es ist schlicht falsch, wenn Sie sagen, man beschränke sich auf Aussagen zum Mieterschutz. Wir arbeiten intensiv daran. Wir arbeiten auch daran, eine verlässliche Basis zu finden - eine verlässliche Basis, die etwaigen rechtlichen Anfechtungen standhält. Nur dann ist

nämlich ein wirklicher Schutz der Mieterinnen und Mieter gegeben.

Ich sage auch eines: Der beste Mieterschutz ist auch aus unserer Sicht – ich glaube, dieses Argument nannte Herr Glauber -, ausreichend Wohnraum zur Verfügung zu haben.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Deshalb steht für uns an erster Stelle, und daran geht auch nichts vorbei, die Wohnraumförderung. Gleichzeitig brauchen wir aber auch eine degressive AfA – Absetzung für Abnutzung. Alles, was Wohnungen schafft, hilft den Mietern. Wir würden uns deshalb über eine breite Unterstützung bei der Einführung der degressiven AfA freuen. Das ist eine Basis, auf der Wohnraum geschaffen wird. Je mehr Wohnraum zur Verfügung steht, umso besser ist das für die Position des Mieters.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. Für die Staatsregierung hat Herr Professor Dr. Bausback ums Wort gebeten. Herr Staatsminister, bitte.

Staatsminister Prof. Dr. Winfried Bausback (Justizministerium): Frau Präsidentin, Herr Ministerpräsident, Kolleginnen und Kollegen! Die CSU hat sich im Wahlkampf für die Mietpreisbremse ausgesprochen. Wir haben in den Koalitionsverhandlungen für die Mietpreisbremse gekämpft. Wir haben als Freistaat Bayern auch versucht, im Rahmen der Verhandlungen im Bundesrat - das will ich nicht verhehlen - die eine oder andere Verbesserung im Sinne von mehr Spielraum für die Länder bei der Umsetzung der Mietpreisbremse zu erreichen. Insgesamt gesehen können wir feststellen, die Mietpreisbremse, so wie sie am 27. April mit dem Mietrechtsnovellierungsgesetz im Bundesgesetzblatt verkündet ist, ist ein gemeinsamer Erfolg. Sie ist aber auch ein Erfolg der CSU.

Wir haben uns sehr schnell, noch während der Diskussionsprozess lief, auf den Weg gemacht, um eine gute Datenbasis zu schaffen. Wir wollten dafür Sorge tragen, dass wir so schnell, aber auch so rechtssicher wie nur irgend möglich dieses Instrument einführen können. Die Mietpreisbremse ist ein Element, kein Allheilmittel, aber ein Element, um Investitionsanreize zu schaffen. Sie steht neben den Dingen, welche die Kollegen hier genannt haben. Vielen Dank an Frau Kollegin Guttenberger, Herrn Kollegen Rotter, Herrn Kollegen Westphal und auch an Sie, Herr Dr. Wengert, für die sachlichen Beiträge.

Lieber Herr Kollege Lotte, in Berlin hat das Amtsgericht Charlottenburg den sogenannten WoWi-Mietspiegel aufgehoben,

(Markus Rinderspacher (SPD): An dem sich viele Kommunen in Bayern ein Beispiel genommen haben!)

den Mietspiegel also, der in der Verantwortung des Regierenden Bürgermeisters Klaus Wowereit erstellt wurde. Kolleginnen und Kollegen, dieses Urteil zeigt, dass es richtig ist, eben weil wir eine schnelle Lösung brauchen, für den Mietspiegel eine gesetzliche Grundlage zu schaffen. Wir haben sie gemeinsam mit dem Bundesminister Maas und den Kollegen im Bundesrat erreicht. Sie ermöglicht, eine Mietpreisbremse unabhängig von einem Mietspiegel einzuführen.

Wir brauchen eine schnelle Lösung. Herr Kollege Lotte, Sie mögen durchaus flott unterwegs sein, dabei lassen Sie aber manchmal die Daten und die Fakten am Wegesrand liegen. Sie werfen uns vor, und dem hat sich Herr Kollege Mistol teilweise auch angeschlossen, wir würden nicht handeln. Das Gegenteil ist aber der Fall. Ich kann Ihnen versichern, die Staatsregierung wird die Rechtsverordnung so zügig wie irgend möglich erlassen. Das geht aber nicht, wenn wir eine rechtssichere Art und Weise wollen, ohne eine tragfähige und der rechtlichen Überprüfung standhaltende Datenlage.

Ein angespannter Wohnungsmarkt ist die Voraussetzung für die Mietpreisbremse, und der besteht - so sagt es das Gesetz -, wenn die ausreichende Versorgung der Bevölkerung mit Mietwohnungen in einer Gemeinde oder in einem Teil einer Gemeinde zu angemessenen Bedingungen besonders gefährdet ist. Dies muss vom Ordnungsgeber untersucht und festgestellt werden. Das Staatsministerium der Justiz hat gemeinsam mit dem Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr bereits im Dezember 2013 - da haben Sie noch gar nicht an dieses Thema gedacht, Herr Lotte - das Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung beauftragt, eine Erhebung zur Wohnraumversorgung 2014 durchzuführen. Das Ergebnis dieser Erhebung liegt mittlerweile vor. Zum einen soll es als Grundlage für die Überprüfung und Aktualisierung von bestehenden Gebietskulissen nach der Wohngebietsverordnung und nach § 3 Absatz 1 der Verordnung zur Durchführung des Wohnungsrechts und des Besonderen Städtebaurechts dienen. Zum anderen kann die Untersuchung aber auch als Grundlage für die Bewertung herangezogen werden, welche Städte und Gemeinden Gebiete mit angespanntem Wohnungsmarkt im Sinne des § 556 d BGB sind.

Meine Damen und Herren, selbstverständlich möchten wir eine solche Verordnung nicht über die Köpfe der Städte und Gemeinden hinweg erlassen. Deshalb wurden die Städte und Gemeinden, die an der Erhebung beteiligt wurden, nach der eigenen Einschätzung gefragt. Die Städte und Gemeinden kennen die Verhältnisse vor Ort. Derzeit werden die Kommunen, deren Einschätzung nicht mit dem Ergebnis der statistischen Untersuchung übereingestimmt hat, erneut angehört. Sie haben damit Gelegenheit, zusätzliche Argumente vorzutragen, die für oder gegen ihre Aufnahme in die Gebietskulisse einer künftigen Rechtsverordnung zur Mietpreisbremse sprechen. Dieser Faktenfindungsprozess dauert natürlich länger als bei einem Stadtstaat wie Berlin. Das liegt auf der Hand. Ein Schnellschuss würde aber niemandem helfen. Wir würden damit nur das Risiko eingehen, dass die Verordnung letztlich keinen Bestand vor unseren Gerichten hat.

Nicht alle Gemeinden, die nach unseren Zahlen in die Gebietskulisse fallen, wollen von der Mietpreisbremse Gebrauch machen. Einige wehren sich gegen die Aufnahme in diese Gebietskulisse. Deshalb möchten wir - das ist der richtige Weg - diesen Dialogprozess führen. Nicht entscheidend für die Frage - das halte ich im Interesse der betroffenen Mieterinnen und Mieter für richtig -, ob ein angespannter Wohnungsmarkt im Sinne des Gesetzes vorliegt, ist das Vorhandensein eines einfachen oder qualifizierten Mietspiegels, den eben viele bayerische Gemeinden nicht haben. Von den 907 Städten und Gemeinden, die an der Erhebung zur Wohnungsversorgung 2014 teilgenommen haben, haben lediglich 33 angegeben, dass sie einen Mietspiegel haben.

Zweifelsohne wäre es wünschenswert, dass in allen Städten und Gemeinden, die künftig eine Mietpreisbremse haben werden, zumindest ein einfacher Mietspiegel aufgestellt wird. Um zu bestimmen, welche Mierte bei einer Neuvermietung zulässig ist, müssen Vermieter und Mieter wissen, wie hoch die ortsübliche Vergleichsmiete ist. Ein Mietspiegel, am besten natürlich ein qualifizierter, liefert hierfür wertvolle Anhaltspunkte. Aber auch ohne Mietspiegel kann wie bisher die ortsübliche Vergleichsmiete bestimmt werden. Mietdatenbanken oder ein Gutachten können Vermietern oder Mietern hierbei weiterhelfen.

Die Erstellung eines einfachen oder qualifizierten Mietspiegels war und ist nach dem Gesetz Sache der Gemeinden oder einer gemeinsamen Initiative von Interessenvertretern der Vermieter und Mieter. Dies erscheint auch sachgerecht, da es sich bei den Kenntnissen über die Mieten um ortsspezifische Kenntnisse handelt. Hier eine staatliche Beteiligung zu fordern, ist weder angemessen noch angebracht. Die Gemeinden

haben in der Vergangenheit Mietspiegel auf solider Grundlage aufgestellt. Sie werden dies auch weiterhin tun, wenn sie es für richtig erachten.

Sinnvoll erscheint es mir dagegen, die Anforderungen an den Mietspiegel näher zu regeln, um so die Rechtssicherheit zu erhöhen und Urteile wie zuletzt gegen den Berliner Mietspiegel zu vermeiden. Dieser WoWi-Mietspiegel wurde vom Amtsgericht Charlottenburg als ungültig angesehen.

(Markus Rinderspacher (SPD): Den viele Gemeinden in Bayern gerne haben würden!)

Die Koalition will sich dieses Themas im Rahmen des Zweiten Mietrechtspaktes annehmen. Dafür braucht der Kollege Maas offensichtlich noch etwas Zeit. Wir begleiten diese Überlegungen selbstverständlich. Gerade im Hinblick auf die zusätzliche Bedeutung von Mietspiegeln aufgrund der Einführung der Mietpreisbremse erscheint mir dies wichtig. Abzuwarten bleibt, welche Vorschläge der Bundesjustizminister hierzu vorlegen wird.

Insgesamt sind wir mit der Mietpreisbremse auf einem guten Weg. Wir haben uns in Bayern so schnell wie überhaupt nur denkbar darum bemüht, die Faktenbasis zu schärfen. Wir müssen uns aber darüber im Klaren sein – das haben wir von Anfang an gesagt –, dass die Mietpreisbremse nur eine flankierende Maßnahme, aber kein Allheilmittel gegen steigende Mieten sein kann. Ein wichtiges Mittel – das ist von den Kolleginnen und Kollegen heute mehrfach angesprochen worden – ist und bleibt der Wohnungsbau. Hier ist Bayern unter allen Ländern vorbildlich. Wir werden an der Mietpreisbremse weiter dranbleiben.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Staatsminister. Damit ist die Aktuelle Stunde beendet.

Ich darf jetzt **Tagesordnungspunkt 2** aufrufen:

Regierungserklärung der Staatsministerin für Gesundheit und Pflege
"Für eine moderne und menschliche Gesundheits- und Pflegepolitik"

Frau Staatsministerin Huml, Sie haben das Wort. – Vielleicht können sich die Reihen bei einem so wichtigen Thema noch ein bisschen schließen.

(Kathrin Sonnenholzner (SPD): Wir hören der Ministerin schon zu!)

– Bitte, Frau Staatsministerin.

Staatsministerin Melanie Huml (Gesundheitsministerium): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn ich in Bayern unterwegs bin, stellen mir die Menschen immer wieder drei Fragen: Wie bleibe ich möglichst lange gesund? Wie bekomme ich die bestmögliche Versorgung, wenn ich krank bin? Und: Wie kann ich in Würde alt werden?

Das bewegt die Menschen. Das sind die Fragen, an denen ich meine Politik ausrichte. Die Menschen und ihre Bedürfnisse stehen im Mittelpunkt meiner menschlichen und modernen Gesundheits- und Pflegepolitik für Bayern. Ein gutes Leben lang! Dafür veretze ich alle Ebenen besser und breche verkrustete Strukturen auf.

(Beifall bei der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich setze in Gesundheit und Pflege drei Schwerpunkte:

Erstens will ich eine Bürgerbewegung Prävention anstoßen. Dafür haben wir den ersten bayerischen Präventionsplan erarbeitet. Er kommt übrigens gerade druckfrisch in Ihre Postfächer.

Zweitens will ich mehr Ärzte aufs Land bringen und Digitalisierung und Vernetzung in der Versorgung zum Wohle der Patienten vorantreiben.

Drittens starte ich in der Pflege eine Offensive für mehr Selbstbestimmung im Alter.

Damit komme ich zur ersten Frage: Wie bleibe ich möglichst lange gesund? - Eine menschliche und moderne Gesundheitspolitik, wie ich sie verstehe, verleiht der Prävention mehr Gewicht. Das wirkt doppelt. Erstens bleiben die Menschen länger gesund. Das ist gut für jeden Einzelnen. Und zweitens kann es uns damit gelingen, unser hochwertiges Gesundheitswesen bezahlbar zu halten. Das ist wiederum gut für uns alle.

Dabei geht es mir um Mitwirkung. Im Gegensatz zu einer Politik, die alles vorschreibt und regelt, möchte ich bei den Menschen das Verantwortungsbewusstsein für das eigene gute Leben schärfen. Ich will weder einen verordneten Veggie-Day noch eine Staatsmedizin.

(Beifall bei der CSU)

Vielmehr schaffen wir einen Rahmen, der dem Einzelnen einen möglichst großen Entscheidungsspielraum lässt und gleichzeitig die Allgemeinheit schützt. Bei jeder politischen Entscheidung müssen wir auch an das Thema Gesundheit denken. Wir wollen alle einbeziehen. Beim Präventionsplan funktioniert dies bereits

hervorragend. Alle Ministerien wirken mit. Dafür an dieser Stelle Dank an alle Kolleginnen und Kollegen. Ebenso wirken weitere staatliche und nicht staatliche Organisationen mit. Unser Ziel ist auch entsprechend ambitioniert. Wir wollen die bestmögliche Gesundheit für die Menschen in Bayern. Dort, wo wir Defizite feststellen, steuern wir gegen. Deshalb bauen wir beispielsweise die Früherkennung von Diabetes aus.

Wir wollen gesundheitliche Chancengleichheit für Menschen in allen bayerischen Regionen und in allen Lebenslagen. Das gilt auch für den Bereich Gesundheit und Pflege. Wir werden zum Beispiel das bewährte Gesundheitsprojekt "Mit Migrant*innen für Migrant*innen" – MiMi – weiter voranbringen. Noch in diesem Jahr kommt in der Oberpfalz ein zehnter MiMi-Standort hinzu. Damit haben wir ein erstes Ziel erreicht: In allen bayerischen Regierungsbezirken gibt es muttersprachliche Gesundheitslotsen.

(Beifall bei der CSU)

Gesundheitsförderung und Prävention müssen unsere gesamte Gesellschaft durchdringen. Dafür geben wir als Gesundheitsministerium jedes Jahr rund 20 Millionen Euro aus. Ich wünsche mir eine Bürgerbewegung Prävention, bei der jede und jeder mitmacht. Sie als Kolleginnen und Kollegen sind auch gefragt, dabei mitzumachen. Deswegen will ich die Menschen in ihren Lebenswelten erreichen, dort wo sie sind: in den Familien, in den Kindertagesstätten und Schulen, im Seniorenheim genauso wie am Arbeitsplatz. Beim betrieblichen Gesundheitsmanagement setze ich sehr auf unsere Kur- und Heilbäder.

(Beifall bei der CSU)

Ziel des ersten bayerischen Präventionsplans ist auch ein Bündnis für Prävention. Eine gemeinsame Erklärung werden wir dazu im Herbst unterzeichnen. Ich fordere Verbände und Institutionen auf, unserem Bündnis für Prävention beizutreten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, für "ein gutes Leben lang" beginnen wir bei unseren Jüngsten. Heute habe ich die Homepage zum Themenschwerpunkt Kindergesundheit freigeschaltet. Unter "www.ich-mach-mit.bayern" finden Sie wichtige Informationen zu unseren Aktionen.

Am 17. Juni richten wir einen Fachtag Kindergesundheit aus. Dort stelle ich der Öffentlichkeit unseren ersten bayerischen Kindergesundheitsbericht vor. Damit haben wir eine umfassende Datenbasis für unser weiteres Vorgehen. Es ist sehr wichtig, die Daten zu erfassen, um noch besser arbeiten zu können.

(Beifall bei der CSU)

Von Juli bis September gibt es gemeinsam mit einem Medienpartner eine Ferienpass-Aktion, bei der Bewegung und Ernährung im Mittelpunkt stehen. Speziell der Ernährung widmet sich die Sonderausgabe eines prämierten Familienspiels, die wir gemeinsam mit einem bayerischen Spieleverlag entwickelt haben. Dieses Spiel wird in einer deutschen und in einer türkischen Ausgabe erscheinen. Wir gehen damit auch neue Wege.

Ich werde es nicht nur bei der körperlichen Gesundheit belassen. Im kommenden Jahr wird mein Schwerpunkt auf der psychischen Gesundheit von Kindern und Jugendlichen liegen. Das ist auch sehr wichtig. Den steigenden Zahlen müssen wir entgegenwirken. Mir geht es auch um das Suchtverhalten unserer nachwachsenden Generationen. Der ansteigende Konsum Neuer Psychoaktiver Substanzen – NPS –, beschönigend als Legal Highs bezeichnet, bereitet mir ernsthaft Sorgen. Überwiegend junge Leute bestellen sich im Internet Giftmischungen, deren Wirkung völlig unklar ist. Dabei lauern große Gefahren für die Gesundheit. Ich fordere den Bund auf, endlich ganze Substanzgruppen und nicht nur einzelne Substanzen unter das Betäubungsmittelrecht zu stellen.

(Beifall bei der CSU)

Damit wird die strafrechtliche Verfolgung einfacher. Die gewissenlosen Anbieter dieser Giftmischungen können effektiver bekämpft werden.

Gleichzeitig müssen wir über die Gefahren dieser Substanzen verstärkt aufklären. Einen Anfang haben wir bereits im Sommer 2014 mit unserer Tagung zu Crystal Meth und den Legal Highs gemacht. Ich konnte dank der Unterstützung des Landtags die Crystal-Hotline eröffnen. Dort können sich Eltern und Betroffene informieren und beraten lassen. Es ist wichtig, dass auch die Angehörigen, die Freunde und Bekannten die Chance erhalten, sich zu informieren. Die Eltern haben viele Sorgen, die wir ernst nehmen müssen. Wir müssen Antworten geben.

(Beifall bei der CSU)

So viel zur Frage, wie man möglichst lange gesund bleibt. Jetzt komme ich zur zweiten wichtigen Frage: Wie bekommt man die bestmögliche Versorgung, wenn man krank ist? Die medizinische Versorgung in Bayern ist sehr gut. Wir sind sehr gut mit Ärzten versorgt. Es gibt jedoch ein Verteilungsproblem, und wir stehen vor großen gesellschaftlichen Herausforderungen.

Erstens müssen wir die Folgen des demografischen Wandels abfedern. Das betrifft die älter werdende Bevölkerung genauso wie die älter werdenden Ärzte.

Zweitens hat die neue Medizinergeneration andere Vorstellungen von ihrer Arbeitswelt: Arbeiten im Team und Vereinbarkeit von Familie, Freizeit und Beruf gewinnen an Wert. Das müssen wir berücksichtigen. Drittens geht es um die Attraktivität des ländlichen Raumes; denn häufig findet die junge Ärztegeneration große und mittelgroße Städte wesentlich attraktiver als das Leben und Arbeiten auf dem Land. Dort, wo Ärzte fehlen, verschwinden als Nächstes die Apotheken.

Mein zweites großes Vorhaben neben der Bürgerbewegung Prävention heißt daher: Ich will mehr Ärzte auf dem Land. Wir haben ein erfolgreiches Förderprogramm auf die Beine gestellt. Bisher hatten wir 15,5 Millionen Euro für innovative medizinische Versorgungskonzepte, ein Stipendienprogramm und die Niederlassung von Hausärzten im ländlichen Raum. In den Jahren 2015 und 2016 kommen weitere 11,7 Millionen Euro hinzu – aber ich will mehr. Wir wollen die Niederlassungsförderung auf alle grundversorgenden Facharztgruppen, zum Beispiel Augen- und HNO-Ärzte, ausweiten.

(Beifall bei der CSU)

Ich würde mich freuen, wenn das Parlament dem dazu vorliegenden Antrag zustimmt. Mein Dank gilt hier den Kolleginnen und Kollegen aus der CSU-Fraktion, die die Initiative dazu ergriffen haben.

Außerdem halte ich eine breite Palette von Niederlassungsformen für notwendig: facharztgleiche Medizinische Versorgungszentren – MVZ –, Satellitenpraxen, Praxisnetze und Gemeinschaftspraxen. All das werden wir in Zukunft noch viel mehr benötigen. Dazu haben wir auch schon Modellprojekte gefördert und werden es auch weiter tun.

Das bestehende Stipendienprogramm will ich noch attraktiver gestalten. Medizinstudenten, die sich für eine Tätigkeit im ländlichen Raum verpflichten, sollen 500 Euro im Monat anstatt der bisherigen 300 Euro erhalten.

(Beifall bei der CSU)

Stipendien allein reichen aber nicht aus. Deshalb habe ich den Runden Tisch "Ärztewachstum in Bayern" einberufen. Dort werde ich zusammen mit dem Wissenschaftsminister und weiteren Experten einen Aktionsplan "Mehr Ärzte aufs Land" entwickeln. Außerdem habe ich den Bundesgesundheitsminister aufgefordert, Folgendes in den Masterplan Medizinstudium 2020 aufzunehmen: Erstens sollen mehr Studienplätze im Fach Medizin geschaffen werden. Zweitens soll beim Studienzugang weniger Gewicht auf die Abiturnote, dafür mehr Gewicht auf soziale und medi-

zisch-pflegerische Kompetenzen gelegt werden. Drittens soll eine Landarztquote geprüft werden.

(Beifall bei der CSU)

Ob Prävention, medizinische Versorgung oder Pflege – menschlich und modern heißt: Die Bürger erwarten passgenaue Lösungen vor Ort. Die Herausforderungen sind regional sehr unterschiedlich. Deshalb habe ich die Gesundheitsregionen^{plus} eingeführt. Auch hier will ich all diejenigen miteinander ins Gespräch bringen, die für die gesundheitliche Versorgung und Prävention eine Rolle spielen: Ärzte, Apotheker, Vertreter der Kassen und der Kassenärztlichen Vereinigung, Vertreter aus den Pflegeberufen und nicht zuletzt die Vertreter der Kommunalpolitik.

Im Doppelhaushalt 2015/2016 haben wir Geld für 24 Gesundheitsregionen^{plus} erhalten. Diese Mittel waren innerhalb von zweieinhalb Monaten ausgeschöpft. Ich finde, das ist ein schöner Erfolg. Daran sieht man aber auch, dass der Bedarf da ist. Weitere Regionen wollen mitmachen. Deshalb möchte ich die Förderung ausbauen. Ich will die Anzahl der Gesundheitsregionen^{plus} verdoppeln und habe dafür entsprechende Mittel beantragt. Vernetzungspotenzial bietet vor allem das Zusammenspiel von ambulanter und stationärer Versorgung. Dafür richten wir ein gemeinsames Landesgremium nach § 90a SGB V ein.

(Kathrin Sonnenholzner (SPD): Das ist eine Farce, Herr Ministerpräsident!)

Die entsprechende Verordnung wird es noch vor der Sommerpause geben. Die diesbezügliche konstituierende Sitzung wird im Herbst stattfinden.

Außerdem will ich eine Brücke zwischen Krankenhaus, Reha und Pflege schlagen. Wir lassen gerade am Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit Modellprojekte für die Zwischenpflege ausarbeiten. Das hilft nämlich den Angehörigen und den Betroffenen gleichermaßen. Das ist menschlich und modern.

(Beifall bei der CSU)

Zusätzlich will ich die Versorgung von Menschen in psychischen Krisensituationen verbessern. Eine geschlossene Unterbringung soll möglichst vermieden werden. Deshalb bringen wir das Psychisch-Krankenhilfe-Gesetz auf den Weg. Eckpunkte dafür werde ich dem Landtag noch heuer vorlegen.

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, mein Ziel ist es aber auch, den Megatrend Digitalisierung zum Wohl der Patienten und der Pflegebedürftigen in Bay-

ern zu nutzen. Mich interessiert, welche Chancen die Digitalisierung auf den Gebieten Gesundheit und Pflege bietet, aber auch, wo Gefahren lauern. Wir holen uns von Experten Rat, um aus der Digitalisierung den größtmöglichen Nutzen zum Beispiel für unsere Arztpraxen, Krankenhäuser und Pflegeheime zu ziehen. Ich will, dass die Digitalisierung bei den Menschen ankommt. Die Menschen sollen direkt vor Ort von der Digitalisierung profitieren können. Das finde ich sehr wichtig.

(Beifall bei der CSU)

Ein ganz konkretes Beispiel dafür ist der neue "Notdienste-Finder Bayern" des Gesundheitsministeriums. Diese App steht ab Juni kostenlos zur Verfügung und hilft dabei, den Bereitschaftsdienst, den nächstgelegenen Zahnarzt oder die nächste Apotheke zu finden. Mir ist es wichtig, in diesem Bereich sehr praktisch zu sein.

Außerdem werden wir mit dem bewährten Instrument der Förderung innovativer Versorgungskonzepte ab sofort die Digitalisierung befeuern. Für das digitale Krankenhaus werden wir in diesem Jahr ein erstes Modellprojekt starten. Ich könnte mir einen komplett papierlosen Prozess von der Aufnahme bis zur Entlassung, aber auch darüber hinaus vorstellen.

Klar ist aber auch: Schon jetzt hinterlässt jeder von uns im Alltag digitale Spuren. Auch wenn wir beim Arzt oder in der Klinik sind, werden Daten erhoben. Ich will wissen, wie wir diese Daten zum Beispiel für die Präventionspolitik und zur Bürgerinformation nutzen können. Deshalb haben wir eine Machbarkeitsstudie für ein Bayerisches Gesundheitsdatenzentrum ausgeschrieben. Wir wollen wissen, wie wir diese Daten für uns nutzbar machen können. Dabei ist es natürlich ganz wichtig, dass genau diese Daten vor unerwünschten Zugriffen geschützt werden; denn bei solchen sensiblen Daten hat die Sicherheit oberste Priorität.

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, mithilfe modernster Technik gelingt es uns, Spezialwissen in die Fläche zu bringen. Die Telemedizin macht es schon heute möglich. Seit heuer gibt es in Bayern flächendeckend Netzwerke zur Versorgung von Schlaganfallpatienten. In ganz Bayern ist es uns gelungen, zugunsten von Schlaganfallpatienten Minuten zu sparen, was für deren Gesundung und überhaupt für den Heilungsprozess von Vorteil ist. Ich finde, das ist ein Erfolg unserer Politik. Davon profitieren die Menschen in Bayern.

(Beifall bei der CSU)

Wir wollen die guten Erfahrungen aus der Schlaganfallversorgung auf andere Krankheiten übertragen. Wir werden das Erlanger Epilepsienetzwerk TelEp auf den niedergelassenen Bereich ausdehnen. Weitere Projekte werden in den telemedizinischen Zentren Ingolstadt und Bad Kissingen beispielsweise in der Notfallversorgung erarbeitet. Lebenswichtige Daten werden noch während der Fahrt aus dem Rettungswagen an das Krankenhaus übermittelt. Das spart Zeit. Das sind Minuten für den Patienten. Das sind die Vorteile der Telemedizin. So sieht menschliche und moderne Gesundheitspolitik aus.

(Beifall bei der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, damit komme ich zu unseren Krankenhäusern. Wir haben in Bayern eine flächendeckende Krankenhausversorgung, die höchsten Ansprüchen gerecht wird. Das kommt nicht von ungefähr. Was die staatliche Förderung der Investitionen betrifft, sind wir mit über 21 Milliarden Euro in der Vergangenheit und aktuell einer halben Milliarde Euro jedes Jahr die Nummer 1 in Deutschland.

(Beifall bei der CSU)

Das Ergebnis kann sich sehen lassen. Unsere Krankenhäuser befinden sich ganz überwiegend in einem hervorragenden baulichen Zustand. Bei uns in Bayern gibt es keine Wartelisten für Bauvorhaben und keinen Investitionsstau. So soll es auch bleiben.

(Beifall bei der CSU – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Schmarrn! Kreiskrankenhaus Landshut!)

Der gute bauliche Zustand ist Voraussetzung für eine gute Hygiene. Hygiene ist ein Thema, um das wir uns auch in Zukunft intensiv kümmern werden, indem wir unser Zehn-Punkte-Programm fortschreiben. Wir haben in Bayern nach wie vor die strengste Verordnung zur Hygiene und Infektionsprävention in medizinischen Einrichtungen. Für die Umsetzung ist jedoch ausreichend Personal notwendig.

Wir müssen gemeinsam eine bessere Finanzierung der Betriebskosten erreichen. Bei den Verhandlungen über die Eckpunkte der Krankenhausreform im Bund haben wir es geschafft, dass Notfälle künftig besser vergütet werden. Außerdem wird die doppelte Degression abgeschafft. Ab 2017 werden mengenbedingte Kostenvorteile nur noch bei denjenigen Krankenhäusern berücksichtigt, die tatsächlich Mehrleistungen erbringen. Es werden nicht alle in Generalhaftung genommen.

(Beifall bei der CSU)

Aber ich werde nicht nachlassen, bis auch auf anderen Gebieten deutliche Verbesserungen für die bayerischen Krankenhäuser erreicht werden. Dafür werde ich in Berlin weiterhin mit Vehemenz kämpfen, aber dort auch andere bayerische Themen vertreten. So fordere ich eine auskömmliche Finanzierung für Hebammen. Ich fordere eine Reform des Risikostrukturausgleichs.

(Beifall bei der CSU)

Dieser Schatten-Länderfinanzausgleich in der gesetzlichen Krankenversicherung kann so nicht fortbestehen.

(Beifall bei der CSU – Kathrin Sonnenholzner (SPD): Das gefällt euch!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich komme zur dritten großen Frage, die mir die Menschen immer wieder stellen: Wie kann ich in Würde alt werden? Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir blicken auf 20 Jahre Pflegeversicherung zurück und stellen fest: Vieles ist besser, und die Pflegelandschaft ist bunter geworden. Niedrigschwellige Betreuungs- und Entlastungsangebote unterstützen Pflegebedürftige und Angehörige.

Immer mehr Menschen wohnen in ambulant betreuten Wohngemeinschaften. Mit Pflegeoasen und Nachtcafés gehen viele Heime besser auf die Bedürfnisse auch demenzkranker Bewohnerinnen und Bewohner ein. Liebe Kolleginnen und Kollegen, nach der Bürgerbewegung Prävention und der Aktion "Mehr Ärzte aufs Land" komme ich nun zu meinem dritten Schwerpunkt, zur Offensive für mehr Selbstbestimmung im Alter.

Ich will die Menschen in ihrer Wahlfreiheit stärken. Das gilt nicht nur für Menschen in der Familienphase, sondern auch für die ältere Generation. Die Menschen sollen selbst entscheiden, wo und wie sie im Alter leben. Das ist für mich menschliche und moderne Pflegepolitik.

(Beifall bei der CSU)

Dabei spielen auch die Kommunen eine große Rolle; denn sie kennen die Bedürfnisse der Menschen vor Ort. Sie verfügen über das Know-how in der Sozialberatung und der Wohnungsberatung. Sie gestalten den Sozialraum und haben einen Überblick über das ehrenamtliche Angebot. Wir wollen den Kommunen die notwendigen Instrumente an die Hand geben. In der Bund-Länder-Arbeitsgruppe haben wir erreicht, dass wir neue Formen der Zusammenarbeit von Pflegekassen und Kommunen erproben können. So erhalten zum Beispiel Städte und Gemeinden das Initiativrecht dafür, Pflegestützpunkte einzurichten. Ziel ist die Be-

ratung aus einer Hand. Wir brauchen für die Menschen, für die Angehörigen, Anlaufstellen, wenn sie mit den Themen Alter oder Pflege konfrontiert sind. Sie müssen die Strukturen und ihre Ansprechpartner kennen. Deswegen ist unser Ziel die Beratung aus einer Hand.

(Beifall bei der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, engagierte Pflegepolitik hat in Bayern Tradition. Mit der Errichtung eines Ministeriums für Gesundheit und Pflege hat unser Ministerpräsident Horst Seehofer diese Tradition fortgesetzt. Ich finde, dies ist eine Entscheidung mit Weitblick.

(Beifall bei der CSU – Kathrin Sonnenholzner (SPD): Schon wieder eine Bewerbungsrede!)

Die bevorstehenden Herausforderungen sind gewaltig. In Bayern leben heute etwa 220.000 Menschen mit Demenz. Aufgrund der demografischen Entwicklung müssen wir in den nächsten Jahren damit rechnen, dass diese Zahl drastisch ansteigen wird. Laut WHO ist die Demenz eine der häufigsten Ursachen für die Pflegebedürftigkeit älterer Menschen. Deswegen wollen wir mit unserer bayerischen Demenzstrategie den Ansatz der Lebenswelten verfolgen und werden im Rahmen des Projekts "Menschen mit Demenz im Krankenhaus" weitere Krankenhäuser im Umgang mit dementen Patienten schulen. Wir möchten Ehrenamtliche dafür gewinnen, sich als Demenzpaten zu engagieren. Das ist menschliche und moderne Pflegepolitik für die Menschen in Bayern.

(Beifall bei der CSU)

Selbstverständlich haben wir auch die Heime im Blick. Die Angst vor dem Heim ist vielfach die Angst vor dem Verlust der Selbstständigkeit. Daher brauchen wir noch mehr moderne pflegerische Konzepte. Wir müssen die Räume noch stärker an den Bedürfnissen der Bewohner ausrichten. Unsere Fachstellen, unsere FQAs und die Bauaufsichtsbehörden müssen hierbei unbedingt noch besser zusammenarbeiten. Ich will die Barrierefreiheit in allen Einrichtungen in Bayern. Hier sind vor allem auch die Träger gefordert.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, jeder Bewohner soll sich umfassend umsorgt fühlen. Auch die Angehörigen brauchen das gute Gefühl, dass ihre Liebsten zu jeder Tages- und Nachtzeit in guten Händen sind. Daher habe ich dafür gesorgt, dass die Vorgaben für die Nachtdienste jetzt konkret formuliert worden sind, weil nicht eine Pflegekraft für 90 Bewohner verantwortlich sein kann.

(Beifall bei der CSU)

Keiner soll alleingelassen werden, weder die Pflegebedürftigen noch das Personal. Bei einer Pflegekraft für 90 Personen in der Nacht ist das nicht mehr möglich. Das lässt mich nicht ruhig schlafen. Deswegen haben wir konkretisiert, dass im Nachtdienst mehr Personal zur Verfügung steht.

(Beifall bei der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zu einer menschlichen und modernen Pflegepolitik gehört es, für qualifiziertes Personal zu sorgen. Bayern steht hier gut da. Wir haben mit die besten Personalschlüssel in der Pflege. Wir haben mehr Fachpersonal in der Pflege. Die Gehälter in der Altenpflege liegen bei uns über dem Bundesdurchschnitt. Damit es aber auch künftig genügend Fachkräfte in der Pflege gibt, wurde der Personalschlüssel zu Beginn meiner Amtszeit angehoben. Im Jahr 2016 geht es weiter. Außerdem habe ich im vergangenen Jahr meinen Fünf-Punkte-Plan zur Pflege vorgelegt, der Schritt für Schritt umgesetzt wird. Wichtige Punkte sind dabei die Verbesserung der Praxisanleitung in der Ausbildung und die Einführung einer Ausbildungsumlage; denn wir brauchen auch in der Zukunft Menschen, die in der Pflege arbeiten.

(Beifall bei der CSU)

Ich werde mich außerdem dafür einsetzen, pflegewissenschaftliche Lehrstühle an staatlichen bayerischen Universitäten einzurichten. Damit werten wir die Pflegeberufe spürbar auf. Außerdem brauchen wir eine Standesvertretung auf gleicher Augenhöhe. Für mich gilt dabei der Grundsatz: Mitwirkung aus Überzeugung statt Pflichtmitgliedschaft und Zwangsbeitrag.

(Beifall bei der CSU)

Ich beabsichtige deshalb die Gründung eines Bayerischen Landespflegerings als Körperschaft des öffentlichen Rechts, das heißt eine Pflegekammer ohne Zwangsbeiträge.

(Beifall bei der CSU)

Unter dem Motto "Gemeinsam.Direkt.Stark!" möchte ich den Pflegenden das notwendige Gewicht verschaffen. Dieser bayerische Weg hat Vorbildcharakter.

Meine Kolleginnen und Kollegen, wir wollen die Digitalisierung auch für die Pflege nutzen. Mit ihrer Hilfe wollen wir mehr Zeit für menschliche Zuwendung gewinnen und den Arbeitsalltag der Pflegekräfte erleichtern. Die Dokumentation muss verringert und vereinfacht werden.

(Beifall bei der CSU)

Zugleich will ich das Zusammenspiel von Heimen, ambulanter und stationärer Versorgung verbessern. Bei der zahnärztlichen Versorgung haben wir schon viel geschafft. Jetzt will ich für alle Heimbewohner ein regelmäßiges Augenscreening erreichen. Damit verringern wir die Sturzgefahr und sorgen für deutlich mehr Lebensqualität.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, um Lebensqualität geht es auch am Lebensende. Wir haben in Bayern an zahlreichen Krankenhäusern palliativmedizinische Angebote. Zusätzlich sorgen wir mit ambulanten Teams dafür, dem Wunsch vieler Menschen, bis zuletzt in ihrer vertrauten Umgebung zu bleiben, entsprechen zu können. All dies geht aber nur mit der Hospizarbeit; denn Zeit und Zuwendung können wir nicht verordnen. Umso wichtiger sind unsere 6.600 ehrenamtlichen Hospizhelfer in Bayern, die Tag und Nacht unterwegs zu Sterbenden und ihren Angehörigen sind.

(Beifall bei der CSU)

Deswegen mache ich mich dafür stark, dass die Kassen die Hospizkosten zu 100 % übernehmen.

(Beifall bei der CSU)

Wenn wir die Palliativmedizin und die Hospizarbeit stärken, sind das die besten Argumente gegen Forderungen nach einer aktiven Sterbehilfe und einer organisierten Beihilfe zur Selbsttötung. Beides lehne ich nach wie vor kategorisch ab.

(Beifall bei der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Menschen in Bayern sind es wert, dass wir uns für sie einsetzen.

Ich danke dem Gesundheitsausschuss für die gute Zusammenarbeit, vor allem der Vorsitzenden, der Kollegin Kathrin Sonnenholzner, ihrem Stellvertreter Bernhard Seidenath und dem Patienten- und Pflegebeauftragten der Bayerischen Staatsregierung Hermann Imhof. Gemeinsam haben wir schon viel erreicht. Danke dafür!

(Beifall bei der CSU)

Mein besonderer Dank gilt aber allen Menschen, die sich in Gesundheit und Pflege engagieren, häufig Tag und Nacht, häufig bis an die Grenze der eigenen Belastbarkeit. Vielen herzlichen Dank! Denn davon profitieren wir alle in Bayern – ein gutes Leben lang.

(Anhaltender Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Verehrte Frau Staatsministerin, ein ganz herzlicher Dank aus dem Hohen Hause. Ich darf Ihnen heute auch gute Wünsche für die nächste Woche, für die größer werdende Familie aussprechen. Alles Gute für Sie persönlich und auch für die Familie!

(Allgemeiner Beifall – Abgeordnete Kathrin Sonnenholzner (SPD) begibt sich zum Rednerpult)

- Frau Kollegin Sonnenholzner, Sie können hierbleiben. Ich möchte aber noch kurz einige Bemerkungen anschließen. – Frau Staatsministerin, wir haben Ihre Regierungserklärung in einen Thementag heute im Hohen Hause eingebunden. Wir haben heute Morgen die Ausstellung "GEMEINSAM GEHEN. Wege der Sterbebegleitung und Versorgung für Schwerstkranke und Angehörige" eröffnet. Ich danke den zahlreichen Kolleginnen und Kollegen, die heute Morgen anwesend gewesen sind. Wer von den Kolleginnen und Kollegen die Ausstellung noch nicht gesehen hat, möge sich bitte heute noch die Zeit dafür nehmen. Es ist eine Wanderausstellung; das heißt, Sie können sie dann auch in Ihren Stimmkreisen und Wahlkreisen abrufen. Das ist das eine.

Das andere ist: Wenn ich "Thementag" sage, dann darf ich mich bei den Kolleginnen und Kollegen des interfraktionellen Frühstückstreffens hier im Bayerischen Landtag sehr herzlich bedanken: bei Herrn Kollegen Unterländer, bei Frau Kollegin Stachowitz, bei Herrn Kollegen Streibl und bei Frau Kollegin Celina. Sie haben uns für heute Abend eingeladen – deswegen machen wir auch rechtzeitig Schluss – zum Thema "In Würde sterben", zur aktuellen Diskussion über Sterbehilfe, Hospiz- und Palliativstrukturen. Ich denke, dass wir mit der Regierungserklärung heute und mit den Themen, die wir uns hier in diesem Hohen Haus heute setzen, zeigen, wie wichtig uns diese gesellschaftspolitischen Herausforderungen sind, gerade auch was die Würde des Menschen anbelangt.

Frau Kollegin Sonnenholzner, jetzt sind Sie dran. Bitte schön.

Kathrin Sonnenholzner (SPD): "Ein gutes Leben lang", Frau Staatsministerin, schon beim Lesen, aber jetzt noch mehr beim Hören, bin ich mir vorgekommen wie in einer der zahlreichen Wellness-Oasen der bayerischen Bäder. Die raue Wirklichkeit der Gesundheitspolitik ist aber leider ein bisschen anders, da geht es nicht nur um Gesundheit und um gutes Leben; das ist das Ziel, aber das erreichen wir nicht immer. Es geht um Krankheit, es geht um Verteilungskämpfe, es geht natürlich um Geld, es geht um Nachhaltigkeit; und was Sie und Ihr Haus angeht, geht es selbstver-

ständig um Steuerung. Davon habe ich heute relativ wenig gehört. Ich frage mich ein bisschen, warum Sie bis gestern 23.00 Uhr gebraucht haben, um dieses Manuskript dann doch an die Fraktionen zu schicken – wahrscheinlich deswegen, weil Sie es noch von dem Prosa-Spezialisten des Kollegen Spaenle im Bildungsministerium haben abgleichen lassen. Es klingt ein bisschen so.

(Zurufe von der CSU: Oh! – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Die haben momentan andere Aufgaben! Die kommen zu so etwas nicht mehr!)

- Beruhigen Sie sich, Kolleginnen und Kollegen! - Ich darf Ihnen allerdings tatsächlich Fleißbildchen austeilen, zumindest virtuell: Sie haben von September 2014 bis gestern sage und schreibe 212 Pressemitteilungen veröffentlicht. Der Herr Finanzminister bringt es nur auf 160. – Das würde mir an Ihrer Stelle zu denken geben, Herr Dr. Söder.

(Beifall bei der SPD)

Ich glaube, Frau Ministerin, in dieser Hinsicht sind Sie tatsächlich an der Spitze. Sie haben nur leider nicht immer die Substanz, die wir uns wünschen würden.

(Zustimmung des Abgeordneten Markus Rinderspacher (SPD))

Worum geht es aber denn eigentlich bei dem Thema Gesundheit und der Regierungserklärung zur Gesundheit? – Es geht natürlich erstens um die flächendeckende Versorgung. Die flächendeckende Versorgung umfasst das gesamte Spektrum der Medizin. Das beginnt bei der Notfallversorgung, zu der Sie heute kein Wort gesagt haben. Wenn ich die Menschen frage "Was ist euch wichtig?", kommt immer: "Wichtig ist mir, dass ich im Notfall gut versorgt bin." – Unser Antrag auf einen Runden Tisch, der jetzt umgesetzt wird, ist ein erster Schritt; aber er kann nicht für die Zukunft eine generelle Debatte über die Art des Notfalldienstes, unter Umständen, Herr Kollege Herrmann, unter Einbeziehung des Rettungsdienstes, auslösen. Selbstverständlich brauchen wir auch da zunehmend – und da stimme ich Ihnen zu – die telemedizinische Unterstützung. Da würden wir uns aber wünschen, dass sehr viel mehr in die Regelversorgung geht.

Was die ambulante Versorgung angeht, stehen wir selbstverständlich auch zu den niedergelassenen Ärzten und Ärztinnen. Wir stellen aber fest, dass die gesellschaftlichen Entwicklungen anders sind und dass nicht mehr jeder dieses Risiko eingehen wird. Wir wollen deswegen flächendeckend andere Modelle wie Hausarzt-MVZ und vor allen Dingen auch eine engere

Verzahnung zwischen stationärem und ambulantem Sektor, wo es gebraucht wird.

Ihre Vorstöße, um Landärzte zu gewinnen, umfassen Förderprogramme, gegen die wir gar nichts haben, von denen wir aber eigentlich wissen, dass sie in anderen Bundesländern nichts geholfen haben, weil es eben keine Frage des Geldes ist. Alles, was Sie darüber hinaus fordern, können Sie schon in unserem Antrag zur Erstellung eines Masterplans zur ambulanten Versorgung vom 19.12.2008 – der hat die Drucksachennummer 16/218 – lesen.

Was die stationäre Versorgung angeht, ist es wirklich ärgerlich, dass Sie kein Wort zu Ihrer originären Aufgabe der Krankenhausplanung gesagt haben. Krankenhausplanung – und da können Sie hingehen, wohin Sie wollen – findet in diesem Freistaat nicht mehr statt; die einzelnen Häuser beantragen, was sie wollen. In den Verwaltungsräten wird schon gesagt: Alle Anträge, die gestellt werden, werden auch genehmigt, ob sie sinnvoll sind oder nicht. - Dazu passt auch, dass Sie sich ursprünglich geweigert haben, in diesen Investitionsfonds auf Bundesebene zu investieren, der Umwandlungen zum Beispiel von Krankenhäusern, die nicht gebraucht werden, in Pflegeheime ermöglicht, wo es nötig ist.

Über die finanzielle Situation der Krankenhäuser haben Sie gesprochen. Da bin ich bei Ihnen; die müssen wir verbessern.

Dass Sie bei den Investitionskosten sagen, es gebe keinen Förderstau, ist wirklich tricky; denn es stimmt, was Sie sagen. Sie sagen aber nicht, dass von den förderfähigen Kosten ganz vieles eben nicht umfasst ist:

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Da sind Küchen nicht drin, da sind die Apotheken nicht drin, da sind andere Dinge nicht drin. Das hindert die Häuser daran, überhaupt Anträge zu stellen, weil sie die Eigenbelastung nicht schultern können und das ein Hemmnis oder eine Hinderung an der Beantragung ist. Deshalb ist die Frage: Gibt es denn die angekündigten Änderungen? – Sie werden sehen, dann wird es auch bald einen Förderstau geben, weil dann wieder mehr Anträge gestellt werden.

Wir brauchen tatsächlich eine realistische Bestandsaufnahme, welche der kleinen Häuser draußen systemrelevant sind. Ich habe es Ihnen schon in der ersten Sitzung nach Abschluss des Koalitionsvertrags gesagt; der bietet mit dieser Definition der Erreichbarkeit tatsächlich eine gute Möglichkeit, genau das zu planen. Ich sage: In einem Staat wie Bayern brauchen wir diese Erreichbarkeit in Minuten und nicht in Kilo-

metern, damit wir auch das Allgäu und andere Regionen, die schwerer erreichbar sind, vernünftig versorgen.

(Beifall bei der SPD)

Aber diese Häuser müssen finanziell dann auch überleben können.

(Beifall bei der SPD)

Das Krankenhausstrukturgesetz gibt Ihnen die Aufgabe, diese Präzisierung vorzunehmen und die Sicherstellungszuschläge auszugestalten. Auch da werden Sie in der Pflicht sein, die entsprechende Verordnung schnell umzusetzen, wenn das Gesetz da ist. Ich appelliere an den Ministerpräsidenten, dass es nicht wieder so geht wie beim Landesgremium. – Die Mindestanforderung an solche Häuser ist die Vorhaltung je einer Abteilung für Innere Medizin, einer für Chirurgie und einer für Gynäkologie und Geburtshilfe; Letzteres halte ich für ein Gebot der Daseinsvorsorge. Wenn es eine solche Abteilung nicht gibt, kriegen Sie auch sonst niemanden mehr in die ländlichen Räume. Da können wir, würde ich sogar sagen, gut auch Steuergelder hineinstecken; denn solche Maßnahmen für den ländlichen Raum kommen dreifach zurück.

(Beifall bei der SPD)

Wir brauchen Flächendeckung auch im Bereich der Palliativmedizin und der Hospize. In ganz Niederbayern haben wir nur zehn Hospizplätze. Wir haben Nachholbedarf bei der Spezialisierten Ambulanten Palliativversorgung - SAPV - und großen Bedarf in der Aus- und Weiterbildung, damit wir die Abteilungen auch mit qualifiziertem Personal besetzen können. Natürlich brauchen wir auch flächendeckend stationäre und ambulante Pflege; auf das Thema Pflege komme ich noch in einem Extra-Punkt zu sprechen.

Das Gleiche gilt selbstverständlich auch für die Apotheken. Sie haben das schon ins Landesentwicklungsprogramm 2006 geschrieben, obwohl Sie dafür weder die Zuständigkeit haben noch irgendwelche Anstrengungen unternommen haben. Wir brauchen die Apotheken im ländlichen Raum in der Tat dringend für die Prävention; wir brauchen sie auch zusätzlich für das Medikationsschema. Ich will gar nicht so weit gehen wie die Schweiz, wo die Apotheker auch impfen dürfen, sondern sage nur, die Vorhaltung von Apotheken ist auch Daseinsvorsorge.

Der zweite wichtige Punkt ist mindestens die Linderung des bestehenden und prognostizierten Fachkräftemangels. Dazu haben Sie sehr wenig gesagt. Sie schreiben, dass die Themen nur mit ausreichendem Personal zu schultern sind; da haben Sie natürlich

recht. Ich gebe auch zu, dass das Problem ein gesamtgesellschaftliches, kein bayerisches oder deutsches, sondern mindestens ein europäisches ist. Deswegen brauchen wir auch eine Debatte in der Gesellschaft und in den Medien, die endlich einmal tatsächlich die Wertschätzung dieser Berufsgruppen bringt, ohne deswegen Fehlverhalten unter den Tisch zu kehren. Wir tun gut daran, diese Berufe nicht mehr nur in Sonntagsreden hochzuhalten, sondern auch in der täglichen Praxis. Das gilt gleichermaßen für die Pflegeberufe wie für die Ärzte und Ärztinnen und die medizinischen Hilfsberufe; denn wir stellen fest: Es gibt immer weniger Leute in diesen Berufen, aber es gibt immer mehr Pflegebedürftige.

(Beifall bei der SPD)

Wir brauchen auch die generalistische Ausbildung, endlich und schnell, aber richtig, wie wir im Ausschuss auch schon besprochen haben, und wir müssen die Pflege endlich besser bezahlen. Ich kann das Mantra der Beitragssatzstabilität schon nicht mehr hören: Wenn es uns mehr Beitrag kostet, müssen wir ihn eben leisten, um ausreichend viel und motiviertes Personal zu bekommen; denn ausreichendes Personal senkt nachgewiesenermaßen die Fehlerquote. Dass man dafür mehr Geld in die Hand nehmen muss, kann man, glaube ich, auch den Versicherten erklären.

Wir brauchen die Personalbemessungsquote im Krankenhausbereich, damit die Arbeitsbedingungen mindestens leichter werden; denn die Tatsache, dass man immer 24 Stunden an 365 oder 366 Tagen besetzen muss, bleibt. Und wir brauchen – da bitten wir um Unterstützung – eine schnellere Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse, gerade bei der Regierung von Oberbayern. Zum Teil ist es skandalös, wie lange so ein Verfahren dauert und wie die Leute behandelt werden. Ich kenne Pflegedienstleitungen, die die Betroffenen dorthin begleiten, damit diese sich nicht so dumm anreden lassen müssen.

(Beifall bei der SPD)

Die Pflege ist der dritte große Punkt. 90 % der Menschen wollen zu Hause gepflegt werden, solange es geht. Ja, wir brauchen immer mehr individuelle Lösungen und den Spielraum, an der einen oder anderen Stelle etwas auszuprobieren. Sie haben vor acht Monaten, im Oktober 2014 Ihren Fünf-Punkte-Plan vorgelegt, auf den Sie auch jetzt gerade wieder ständig verweisen und den Sie dauernd loben. Aber Dinge, die die Situation tatsächlich verbessern würden, haben wir zumindest noch nicht gesehen.

Was die Herzwerker-Kampagne Ihrer Vorgängerin oder Vor-Vorgängerin – ich weiß das gar nicht mehr

so genau – wirklich bringt, ist zu fragen; denn eine Wohlfühlkampagne mit Bildern löst die Probleme tatsächlich nicht. Das Gleiche gilt übrigens auch für die Kindergesundheit. – Bei der Frage der besseren Anleitung in der praktischen Ausbildung haben Sie noch nichts vorgelegt. Sie haben auch heute wieder von einer deutlichen Entbürokratisierung der Pflegearbeit durch weniger Dokumentationsaufwand geredet. Dabei fehlt halt die Rechtssicherheit; und die müssen Sie schaffen, wenn Sie hier auch nur annähernd einen Fortschritt erreichen wollen. Auch hier sehen wir dringenden Handlungsbedarf.

Ein konkretes Konzept für die Ausbildungsumlage ist auch noch nicht da. Das Problem wird sich mit der Generalistik und einem neuen Finanzierungsmodell wahrscheinlich irgendwann erledigen, ohne dass Sie konkret etwas getan haben. Wir fordern das seit Legislaturperioden. Sie sind erfreulicherweise auf dieses Pferd aufgesprungen, aber konkret haben wir noch nichts gesehen. – Das Projekt zum Stopp von Ausbildungsabbrüchen war angekündigt; Sie haben es heute aber nicht erwähnt – wahrscheinlich aus gutem Grund. Auch davon haben wir noch nichts gehört.

Ihrem Konzept der Pflegekammer bzw. des Pflegeringes, Frau Ministerin, stehen wir prinzipiell positiv gegenüber. Wir fragen uns manchmal, ob wir da die Einzigen sind und ob die Reihen der Unterstützer bei Ihnen womöglich schon so durchlöchert sind, dass unsere Unterstützung nichts mehr hilft. Aber wir wollen tatsächlich, dass in diesem Pflegering definitiv die Pflegenden das Sagen haben, nicht etwa andere Berufsgruppen. Das ist nämlich die Grundvoraussetzung für unsere Zustimmung an dieser Stelle.

(Beifall bei der SPD)

Wir kennen das Konzept noch nicht in seinen Details, wir kennen es noch nicht einmal grob. Aber wir hören gerüchteweise, dass das nicht der Fall sein kann, und da sage ich Ihnen klipp und klar: Das ist tatsächlich die *Conditio sine qua non*. Ohne das wird es nicht gehen und tatsächlich nur ein Lippenbekenntnis bleiben, und das wollen wir nicht. Wir wollen auch keine Symbolpolitik à la Pflegekammer; wir wollen vielmehr eine wirkliche Aufwertung der Pflege durch ein Gremium, in dem die Pflegenden mitreden, für ihre Belange eintreten und entscheiden können.

(Beifall bei der SPD)

Noch im Mai 2014 haben Sie einen Antrag zu den Pflegestützpunkten abgelehnt. Inzwischen ist allerdings die Notwendigkeit anerkannt, Unterstützungsangebote auszubauen. Jetzt haben Sie ein Initiativrecht für die Kommunen angekündigt. Das klingt gut. Allerdings haben Sie die Frage, wer das denn dann be-

zahlt, nicht beantwortet. Geht das nach der Maßgabe "Wer anschafft, zahlt", oder hat die Kommune tatsächlich das Recht zu sagen: Wir haben hier ein Defizit, das wir durch einen Pflegestützpunkt mindern bzw. beseitigen wollen, wobei die Finanzierung dann wie gewohnt läuft? – Dann wäre das gut. Ansonsten wäre Ihre Ankündigung nur eine Worthülse, die natürlich von keiner Kommune entsprechend umgesetzt würde.

Wie groß der Druck auf die pflegenden Angehörigen ist, hat die Anhörung im Ausschuss ergeben. Wir sind, glaube ich, wirklich gut beraten, alles zu tun, was deren Probleme löst. Neulich hat eine betreuende Angehörige in einer Eingabe, die wir auch noch im Ausschuss behandeln werden, gefordert: Wir brauchen einen ADAC für die pflegenden Angehörigen. – Man muss kein Freund des ADAC sein; aber in der Tat weiß jeder, der eine Autopanne hat, dass er den ADAC anrufen kann. Genauso braucht jeder, der in die Situation kommt, rasch einen Angehörigen pflegen zu müssen, einen Ansprechpartner, von dem er weiß: Dort bekomme ich Hilfe. Das ist nun mal der Pflegestützpunkt.

Die Investitionskostenzuschüsse für die Pflegeheime sind abgeschafft, und es gibt immer noch keine Entlastung. Sie bekommen auch keinerlei Unterstützung – all unsere entsprechenden Anträge haben Sie abgelehnt – für Modernisierungen und die Anpassung an aktuelle Richtlinien, etwa beim Stichwort Barrierefreiheit. - Dass das Pflegestärkungsgesetz gerade für die Pflegebedürftigen und ihre Angehörigen zu Hause eine große Entlastung bringt, ist unstrittig. Aber ohne die entsprechende Länderverordnung geht nichts, und wir fordern Sie auch hier noch einmal auf: Bringen Sie diese schnell auf den Weg. Sie haben von der Nachtdienstregelung gesprochen. Natürlich geht es nicht – das sage ich als jemand, der während des Studiums in der Pflege gearbeitet hat –, dass das eine Kraft alleine macht. Das ist niemandem zuzumuten. Es geht natürlich auch nicht, dass eine Kraft für 90 Bewohnerinnen und Bewohner zuständig ist. Nur frage ich mich an dieser Stelle, wo denn da die örtliche FQA war. Da braucht es nämlich keine Verordnung der Ministerin; da hätte die Heimaufsicht schon vorher hinschauen und sagen müssen: Halt! So könnt und dürft ihr das nicht machen.

30 bis maximal 40 Bewohner pro Pflegekraft sind nach Angaben vieler Träger nicht sachgerecht. Ich kann das nicht abschließend beurteilen. Ich kann aber beurteilen, dass die Tatsachen, dass es keinen finanziellen Ausgleich gibt und dass der Nachtdienst zulasten des Tagdienstes geht, mit Sicherheit zulasten der Bewohnerinnen und Bewohner gehen. Für den Pflegenden oder die Pflegenden im Nachtdienst ist es viel einfacher, um 2.00 Uhr nachts die Bewohner zu we-

cken und zu waschen. Dann hat sie nämlich etwas zu tun. Aber für die Bewohner, Frau Ministerin, ist das nicht lustig. Nur sehe ich im Moment auch keine andere Möglichkeit. Deswegen muss da mindestens noch nachgebessert werden, damit es zu einem Ausgleich kommt.

Sie haben unsere volle Zustimmung zu den Modellprojekten "Zwischenpflege". Da gibt es in der Tat ein riesiges Problem, für das es – auch wegen der vielfachen Schnittstellen zwischen unterschiedlichen Kostenträgern; einige von ihnen sitzen heute auf der Tribüne – noch keine vernünftige Lösung gibt. Hier haben Sie unsere große Zustimmung. Machen Sie das bitte schnell, und lassen Sie uns gemeinsam versuchen, das vernünftig umzusetzen!

Das vierte große Thema ist die Prävention. Ich kann es Ihnen auch heute nicht ersparen zu sagen, dass, wie auch Sie wissen, das Verhältnis zwischen der Verhaltens- und der Verhältnisprävention 4 : 96 beträgt. Nur 4 % sind bereit, ihr Verhalten zu ändern, und 96 % hilft eine Veränderung der Verhältnisse deutlich besser. Deswegen ist es – das sage ich im Vorgriff auf eine Initiative unserer Landtagsfraktion – sinnvoller, den Zucker zu reduzieren, als Kindern auf Plakaten zu sagen, dass Cola, Softdrinks und Müsli-riegel ungesund sind.

Sie haben flüchtige Kampagnen. Ich bin fast geneigt zu sagen: Jedes Jahr wird eine neue Sau durchs Dorf getrieben. Es sind immer wichtige Themen. Aber beim Thema Diabetes, das ich vergangenes Jahr bei Veranstaltungen und mit Initiativen selber positiv begleitet habe, zeigt eine kritische Bestandsaufnahme – auch mit denen, die sich des Themas angenommen haben –, dass die Durchdringung trotz größter Bemühungen praktisch gleich null war. Deswegen bitte ich Sie, noch einmal zu überlegen, ob die Schwerpunktsetzung in dieser Form richtig war. Denn das kostet viel Geld und viel Man- und Womanpower, und es macht auch den einen oder anderen unzufrieden, wenn dabei nichts herauskommt.

Sie haben gesagt, Sie wollen die Diabetes-Früherkennung verbessern. Ich begrüße das, würde nur gerne wissen, wie das aussehen soll. Ich bitte Sie auch herzlich, die Bundesratsinitiative zweier sozialdemokratisch regierter Länder zu einem Diabetesplan nachhaltig zu unterstützen. Dänemark hat so etwas schon lange, und auch Deutschland braucht einen Diabetesplan.

Zu dem Thema Kindergesundheit war am 19. Mai noch nichts bekannt. Jetzt ist die Werbekampagne freigeschaltet. Das ist, finde ich, angesichts der Tatsache, dass die Kindergesundheit zum einen das

Schwerpunkthema 2015 ist und die Probleme zum anderen wirklich enorm sind, ein bisschen dürftig. Das geht von Anorexie bis Zahngesundheit, also buchstäblich von A bis Z, und das geht bis zur mangelnden Finanzierung der Kinderuniversitätskliniken. Ich nenne nur die Station III des Haunerschen Kinderspitals. Wir hatten dazu schon in der vorvorletzten Legislaturperiode eine Petition. Ich bitte Sie noch einmal, Frau Ministerin: Haben Sie den Mut zu einer kritischen Bestandsaufnahme der Maßnahmen, damit wir die Gelder zielgerichtet und vernünftig einsetzen können!

(Beifall bei der SPD)

Ein Thema, das ich Ihnen auch heute nicht erspare, ist die nach wie vor skandalöse Tatsache, dass in bayerischen Justizvollzugsanstalten keine Kondome verteilt werden. Es würde praktisch nichts kosten, auf diese Weise HIV, Hepatitis und ähnliche Erkrankungen zumindest zu reduzieren. Geben Sie bitte auch hier Ihrem Herzen einen Stoß!

Selbstverständlich haben Sie uns an Ihrer Seite, wenn Sie bei Ihren Präventionsbemühungen Chancengleichheit fordern. Nur zielen Ihre Vorschläge wie viele andere auch leider wieder einmal auf das bildungsorientierte Bürgertum ab. Die gesundheitliche Ungleichheit wird durch solche Maßnahmen verstärkt und nicht abgemildert. Damit bleiben Sie – das sage ich wirklich nicht gern – sogar hinter dem Präventionsgesetz des Bundes zurück. Dort wurde das Problem zumindest erkannt. Von dem Gesetz halte ich aber nicht wahnsinnig viel. Ich hatte mir gestern Nachmittag noch aufgeschrieben: Wir warten gespannt auf den Präventionsplan Bayern, der wohl, Herr Ministerpräsident, auf Ihre Initiative zurückgeht. Jetzt habe ich gehört, dass er gerade verteilt worden ist. Gespannt bin ich immer noch. Aber die Spannung wird nicht mehr lange anhalten, schätze ich.

Frau Ministerin, ich darf Sie weiter ermuntern zu versuchen, in Berlin doch noch Änderungen am Präventionsgesetz anzubringen. Ich weiß, dass das schwierig ist, weil Herr Gröhe da vergleichsweise dickfellig ist. Ich finde nach wie vor, dass die Länder da ein Mitspracherecht brauchen, und meine, dass zumindest die Apotheker und die Ärzte mit beteiligt werden müssen. Ich finde auch persönlich die Konzentration auf die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung sehr schwierig.

Zum Thema Psychiatrie kommt ein kleines Lob, das ich allerdings dadurch einschränke, dass ich darauf hinweise, dass die Tatsache, dass wir uns jetzt auf den Weg zu einem PsychKHG – Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz – gemacht haben, nicht nur, aber auch langjährigen Bemühungen der SPD zu verdanken ist.

Ich finde, wir sind da auf einem guten Weg. Die Eckpunkte aus Ihrem Haus kamen relativ schnell, und Arbeitsgruppen sind installiert. Ich begrüße sehr, dass Sie den Prozess bis zum Jahresende abgeschlossen haben wollen und wir damit einen Zeitplan haben. Da haben Sie mich mit jeder Unterstützung, die ich leisten kann, gern an Ihrer Seite.

Die psychiatrische Versorgung ist, wie wir wissen, stark defizitär. Sie haben ja zwei Punkte – Kinder und Jugendliche – angesprochen und gesagt, dass Sie mehr tun würden. Die Botschaft hör' ich wohl, allein mir fehlt die Präzisierung.

Zum Thema der Krisenintervention. Ich glaube, wir sollten alle gemeinsam daran arbeiten, dass die Konzepte, die es ja gibt, umgesetzt werden können. Mir sind auch die Suizidprävention und die Angebote für Suizidgefährdete ganz besonders wichtig. Denn wir haben gerade vor Kurzem gesehen, dass Bayern da an der Spitze ist. Es ist ein Skandal, dass wir keine ausreichenden und zeitnahen Beratungsangebote für Menschen in suizidalen Situationen, seien es Kinder, Jugendliche oder auch Erwachsene, haben.

Zu dem Thema Drogen und Sucht aus Zeitgründen nur sehr wenig. Das Thema Alkohol haben Sie nicht angesprochen. Ich bin nach wie vor der Meinung, dass auf diesem Problem unser stärkster Fokus liegen muss. Wir haben dazu erst kürzlich wieder Zahlen gesehen.

Bei den Themen E-Shishas und E-Zigaretten hätten wir uns mehr Aktivität aus Bayern gewünscht. Jetzt richtet es die Bundesfamilienministerin im Jugendschutzgesetz. Aber ich denke, auch da sind Chancen vertan worden. Zur E-Zigarette zeigen neue Erkenntnisse der LMU, dass es starke Hinweise auf allergieauslösende Faktoren bei nichtbeteiligten Dritten in geschlossenen Räumen gibt. Auch darüber werden wir in der Zukunft noch reden müssen.

Zu dem Thema Krankenhaushygiene. Frau Ministerin, Sie haben gesagt, es gibt ausreichend Personal. Wenn es nicht so traurig wäre, müsste ich fast lachen. Natürlich braucht es ausreichend Personal. Aber Sie haben uns doch neulich auf eine Anfrage der Kollegin Müller selber geantwortet, dass nur 37 % der Stellen besetzt sind. Das ist richtig alarmierend, und da frage ich mich schon, warum nicht mehr getan wird, warum der Lehrstuhl in Regensburg erst jetzt ausgeschrieben wird und warum nicht viel mehr mit den Mikrobiologen auf allen Ebenen kooperiert wird. Uns läuft doch die Zeit davon, und wir bekommen mehr und nicht weniger Probleme.

(Beifall bei der SPD)

Die Reha-Geriatrie ist zu zwei Dritteln defizitär. Ich bitte um nachdrückliche und rasche Umsetzung des von der SPD eingebrachten Antrags zur Mitfinanzierung der Reha-Geriatrie durch die Pflegeversicherung. Natürlich stellen wir uns – das betone ich, weil Krankenkassenvertreter auf der Tribüne sitzen – nicht vor, dass die Pflegeversicherung einen Teil des bisherigen Pflegesatzes übernimmt, sondern wir erwarten, dass es eine vernünftige zusätzliche Zahlung gibt, damit die Einrichtungen wirtschaftlich arbeiten können, um die Patienten für das Leben zu Hause fit zu machen.

Sie haben leider kein Wort zu dem Thema Impfen gesagt. Das finde ich sehr schade, weil wir jede Gelegenheit nützen sollten, zu einer Steigerung der Impfraten aufzurufen. Zum gemeinsamen Landesgremium fällt mir nichts mehr ein. Ich glaube, dazu muss man auch nichts mehr sagen. Ich beschränke mich jetzt – unter Weglassung der Themen Gesundheitsregionen, Organspende und Antibiotikaresistenzen – nur noch auf den Dank, der schon seit gestern Abend auf meinem Zettel steht.

Frau Ministerin, vieles ist zu tun, manches hätten wir anders gemacht, aber trotzdem haben Sie immer Respekt vor dem Ausschuss gezeigt. Ich hoffe, dass das so bleibt. Das ist nicht überall üblich. Deshalb herzlichen Dank und auch danke an die Kolleginnen und Kollegen des Ausschusses. Unsere Anträge, die zahlreich beschlossen worden sind, hätten wir ohne Sie nicht durchgebracht, so realistisch sind wir.

Wir nehmen in Kauf, dass das Copyright an der einen oder anderen Stelle verloren geht, zum Beispiel bei der Kampagne "0,0 Promille in der Schwangerschaft". Damit habe ich die Überleitung, Frau Ministerin: Wir wünschen Ihnen beiden alles Gute. Wir werden uns vielleicht noch einmal sehen, bevor Sie in den Mutterschutz gehen. Wir hoffen, dass Sie eine schöne Zeit haben und uns im Ausschuss mit Ihrem Nachwuchs nach der Sommerpause besuchen werden. Alles Gute! - Vielen Dank fürs Zuhören.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön. – Frau Kollegin, für den Dank und die guten Wünsche habe ich Sie Ihre Redezeit gern überziehen lassen.

Als Nächster hat Herr Kollege Bernhard Seidenath von der CSU das Wort. Bitte schön.

Bernhard Seidenath (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben heute in diesem Hohen

Haus einen historischen Moment erlebt: die erste Regierungserklärung einer bayerischen Gesundheits- und Pflegeministerin. Es war eine sehr gute und eine sehr gehaltvolle Rede obendrein. Der heute vorgestellte Präventionsplan ist tatsächlich der Paradigmenwechsel, der von unserem Ministerpräsidenten Horst Seehofer in seiner Regierungserklärung am 20. November 2013 angekündigt worden ist: mit der Bürgerbewegung Prävention und mit dem Ziel, die Menschen in ihren Lebenswelten zu erreichen.

Überhaupt steht, so sehr wie wohl in keinem anderen Politikfeld, in der Gesundheits- und Pflegepolitik der Mensch im Mittelpunkt: der verletzlich, der verletzte, der kranke, der schwache Mensch. Die Ministerin hat es deutlich gemacht und den Bogen gespannt vom Baby und Kind hin zum pflegebedürftigen alten Menschen, vom Schwerpunktthema Kindergesundheit, das natürlich das Thema Impfen enthält, Frau Sonnenholzner, in den Präventionsanstrengungen des Freistaats in diesem Jahr bis hin zu den vielfältigen Maßnahmen, damit wir alle in Würde alt werden können; denn am Umgang mit den Pflegebedürftigen, mit den Schwächeren und den Schwachen zeigt sich die Humanität unserer Gesellschaft.

(Beifall bei der CSU)

Frau Staatsministerin Melanie Huml hat hier wichtige Akzente gesetzt – heute in ihrer Regierungserklärung, aber auch schon in den vergangenen eineinhalb Jahren. Schon dass es sie als Gesundheits- und Pflegeministerin überhaupt gibt, ist ein wichtiges Statement, das die Staatsregierung, das unser Ministerpräsident Horst Seehofer zu Beginn dieser Legislaturperiode bewusst gesetzt hat.

Der Aufbau des neuen Ministeriums dagegen trägt die Handschrift von Melanie Huml. Der Aufbau ist gut gelungen. Sie hat die Kompetenzen, sie hat die Experten, sie hat die Professionen zusammengeführt. Das Haus wächst als schlagkräftiges Team am neuen Standort Haidenauplatz sehr gut zusammen, alles ist bestens gelungen. Für diese Aufbauleistung sagen wir an dieser Stelle den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Ministeriums sowie insbesondere ihrer Chefin, Melanie Huml, ein herzliches Dankeschön.

(Beifall bei der CSU)

Die Zusammenarbeit mit der Ministerin und mit ihrem Ministerium ist gut, aber auch – das ist mir wichtig zu betonen – das Einvernehmen mit den anderen Fraktionen ist gut. Eben weil der Mensch im Mittelpunkt steht, sind die Gesundheits- und die Pflegepolitik Felder, bei denen es sich lohnt, gemeinsam an einem Strang in die gleiche Richtung zu ziehen; auch fraktionsübergreifend, wie etwa bei der Erarbeitung eines

Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetzes, bei der die Fraktionen das Prozedere gemeinsam festgelegt haben. Die GRÜNEN mussten wir zwar noch ein wenig schieben und drücken, aber mit dem nun tagenden Runden Tisch mit allen Experten und Involvierten wird hier gerade in fünf Arbeitsgruppen ein sehr guter und wichtiger Weg beschritten.

Auch zu einem anderen wichtigen und vielleicht dem zentralen gesundheitspolitischen Thema hat die Ministerin – übrigens auf Anregung der CSU-Fraktion – einen Runden Tisch eingesetzt, nämlich den Runden Tisch zur Gewinnung ärztlichen Nachwuchses, insbesondere für den ländlichen Raum. Auch hier sind alle Involvierten an Bord. Gemeinsam an einem Strang ziehen: Ein gutes Beispiel hierfür ist der von der SPD eingebrachte Dringlichkeitsantrag zur Notfallversorgung in bayerischen Krankenhäusern. Wir haben ihn im Februar in diesem Hohen Haus noch gemeinsam redigiert und dann einstimmig – wohlgermerkt einstimmig – beschlossen. Dieser Antrag greift auch auf das Instrument des Runden Tisches zurück, um Maßnahmen zur nachhaltigen Verbesserung der Situation zu erarbeiten.

Das ist der rote Faden in der Gesundheitspolitik in Bayern: das gemeinsame Suchen nach der Lösung für die wichtigen Probleme. Die Zusammenarbeit ist gut, sowohl im Ausschuss für Gesundheit und Pflege, in dem wir – so empfinde ich es – ehrlich und fraktionsübergreifend um die besten Lösungen ringen, als auch und erst recht mit dem Ministerium. Das ist gut, weil die Herausforderungen gravierend sind.

Die CSU-Fraktion und der Arbeitskreis der CSU "Gesundheit und Pflege" wollen ihren Beitrag hierfür leisten und haben bereits in einigen Punkten Akzente gesetzt: am Anfang der Legislaturperiode im Bereich der Kindergesundheit, bei der Verbesserung der Arbeitsbedingungen für die Hebammen. Das war der allererste Dringlichkeitsantrag, den wir in dieser Legislaturperiode gestellt haben, er hat die flächendeckende Versorgung mit Hebammenleistungen betroffen. Für uns stand und steht dieses Thema ganz oben auf der Liste.

Seither hat das Thema der Förderung von Hebammen nichts von seiner Dringlichkeit eingebüßt. Unser Ziel war damals und ist weiterhin eine angemessene Vergütung. Die Ministerin hat dies auch heute wieder zum Ausdruck gebracht.

(Beifall bei der CSU)

Einen weiteren Akzent bei der Kindergesundheit hat unser Arbeitskreis im Bereich von Drogen und Sucht, Internetsucht, aber auch bei illegalen Substanzen gesetzt, die leider auch bei Kindern und Jugendlichen

eine Rolle spielen. Angesichts dessen, liebe Kolleginnen und Kollegen, wäre es völlig falsch, Drogenkonsumräume einzurichten oder über die Legalisierung von Cannabis auch nur nachzudenken. Allein dies weckt Neugier und kann verführen. Kiffer-Clubs einzurichten ist nun wirklich kein zentrales gesundheitspolitisches Thema. Dazu muss man manche wieder auf den Boden der Tatsachen zurückholen.

(Beifall bei der CSU)

Wir begrüßen es ausdrücklich, dass im Präventionsplan der Lebensweltenansatz verfolgt wird. Für Kinder heißt das, die "gute, gesunde Schule" noch stärker zu betonen. Es gibt dieses wirklich gute Programm, das weiter ausgebaut werden soll, und das ist gut so.

Bei den Erwachsenen ist es spiegelbildlich in deren Lebenswelt das betriebliche Gesundheitsmanagement, das stärker betont wird. Insgesamt unterstreicht das neue Bündnis für Prävention die Gemeinschaftsaufgabe, die hierin steckt, es fordert aber dennoch jeden Einzelnen; denn es ist die eigene Gesundheit, um die es geht. Unser Kollege Klaus Holetschek wird auf diese Themenfelder später noch ausführlicher eingehen.

Wo haben wir als CSU Akzente gesetzt? Was ist uns wichtig? - Das ist zum einen die ärztliche Versorgung auf dem Land, und zwar durch Hausärzte und Fachärzte. Wir haben den Anstoß gegeben, dass das Programm auf alle Fachärzte der unteren Ebene ausgeweitet wird. Wer sich auf dem Land als Facharzt niederlassen möchte, kann das künftig tun. Das beinhaltet der Antrag unserer Fraktion. Für uns geht Jürgen Baumgärtner anschließend auf diesen bedeutenden Themenkreis noch näher ein.

Von mir nur so viel: Der Masterplan "Medizinstudium 2020" ist bedeutsam, um junge Ärzte besonders für das Land zu gewinnen.

(Beifall bei der CSU)

Ein ganz entscheidender Punkt ist ebenso die heute von der Ministerin angekündigte Erhöhung des Stipendiums auf 500 Euro. Eine Erhöhung von 300 Euro auf 500 Euro ist ein großer und gewichtiger Schritt für den Einzelnen, aber, ich denke, ein verkraftbarer Schritt für die Gemeinschaft.

(Beifall bei der CSU)

Ich komme zum Thema Digitalisierung. Mit "Digitalisierung zur Rettung von Menschenleben nutzen" war einer der ersten Anträge, die unsere Fraktion in dieser Legislaturperiode gestellt hat, überschrieben. Wir wollen die moderne Technik nutzen, um das therapiefreie

Intervall zu verkürzen. Immerhin sterben pro Jahr 150.000 Menschen an einem plötzlichen Herztod. Die größten Innovationsschübe liegen auch im Bereich der Medizin in der modernen digitalen Technik; das betrifft Gesundheitsdaten, Telemedizin, Digitalisierung. Gut und begrüßenswert ist da, dass die "Plattform Gesundheit" ins Zentrum Digitalisierung Bayern aufgenommen wird. Auf diesen Themenkreis wird nachher der Kollege Sandro Kirchner noch detaillierter eingehen.

Als Zeichen, mit der Zeit gehen zu wollen, ist die heute angekündigte App "Notdienste-Finder Bayern" des Gesundheitsministeriums gut. Aber das reicht auf Dauer nicht aus. Deswegen haben wir als CSU-Fraktion den Anstoß gegeben, dass die Machbarkeit eines bayerischen Gesundheitsdatenzentrums geprüft wird, und zwar unter staatlicher Obhut. Wenn es der Staat nicht macht, dann macht es Google oder dann macht es Apple. Aber: Der Staat kann es verantwortlicher.

(Beifall bei der CSU)

Im Bereich der Pflege hat sich unsere Fraktion für die Entbürokratisierung der Pflegedokumentation eingesetzt. Wir haben bewusst dem Modell ReduDok das Wort geredet und haben zu mehr Mut zur Lücke aufgefordert. Dieser Antrag wurde ebenfalls einstimmig beschlossen. Das ist gut so. Auch unser Antrag, in dem wir die Staatsregierung darin bestärken, eine Ausbildungsumlage einzuführen, gehört in diesen Zusammenhang.

Wir haben uns auch klar positioniert, was die Reform des Risikostrukturausgleichs angeht. Die Ministerin hat recht: Dieser Schatten-Länderfinanzausgleich in der gesetzlichen Krankenversicherung kann so nicht bleiben. In einem Antrag zum GKV-Versorgungsstärkungsgesetz auf Bundesebene haben wir jüngst noch einmal betont: Wir wollen keine Benachteiligung Bayerns durch das GKV-VSG. Wir halten am Leitbild des freiberuflich tätigen Arztes fest. Überdies darf es keine Zunahme von Bürokratie durch dieses neue Gesetz geben.

(Beifall bei der CSU)

Auch das ist eine Position Bayerns.

Das Anliegen der CSU-Fraktion war und ist es immer noch, die Schnittstelle zwischen Krankenhaus und Pflegeeinrichtung zu verbessern. Es war vor ziemlich genau einem Jahr, als wir hier im Hohen Hause beschlossen haben, das System der Schnelleinstufung zu verbessern und eine Rehabilitationspflege einzuführen. Genau in diese Richtung geht das heute von der Ministerin vorgestellte Modell einer Brücke zwischen Krankenhaus, Reha und Pflege: der Zwischen-

pflege. Das also ist ein altes Anliegen unserer Fraktion. Es geht darum, Drehtüreffekte zu vermeiden und die Patienten frühzeitig zu mobilisieren; es geht um Lebensqualität. Deswegen stehen wir voll dahinter.

(Beifall bei der CSU)

Mit unserer Fraktionsreserve haben wir für den Doppelhaushalt weitere Akzente gesetzt, und zwar im Bereich der Demenz, der modernen Geißel der Menschheit, indem wir einen Demenz Survey ermöglicht haben. Damit wollen wir die Versorgungsforschung voranbringen. Solange wir nicht wissen, wie es zur Demenz kommt, müssen wir dafür sorgen, dass diejenigen, die an Demenz erkrankt sind, und vor allem diejenigen, die die Demenzkranken pflegen – also die Angehörigen –, so gut wie möglich betreut werden. Zudem haben wir einen Demenzpreis für gute Beispiele auf kommunaler Ebene ausgelobt und eingeführt.

Wir haben eine bessere finanzielle Ausstattung für das Bündnis für Organspende ermöglicht, wodurch wieder mehr Vertrauen in diese so wichtige Therapieform hergestellt werden soll. Davon soll folgendes Signal ausgehen: Organspende ist gut, Organspende rettet Leben – vielleicht einmal dein eigenes.

(Beifall bei der CSU)

Zudem haben wir eine höhere Förderung der Hospizvereine und somit der 6.600 ehrenamtlich Engagierten ermöglicht. Das ist uns ein enorm wichtiges Anliegen. Das haben wir heute Morgen hier im Hohen Hause – die Präsidentin hat es erwähnt – nebenan im Senatssaal zum Ausdruck gebracht, als wir die Wanderausstellung "Gemeinsam Gehen. Wege der Sterbebegleitung und Versorgung für Schwerstkranke und Angehörige" eröffnet haben.

Wir wollen das Hospizwesen und die Palliativmedizin als Kontrapunkt zu Überlegungen in Richtung einer aktiven Sterbehilfe ausbauen. Wir wollen eine 100%-Finanzierung der Hospize durch die Krankenkassen. Auch wir haben einen solchen Antrag gestellt.

(Beifall bei der CSU)

Wir begrüßen und unterstützen zudem die Förderung der SAPVen – der Spezialisierten Ambulanten Palliativversorgungen – in unserem Land.

Zusammenfassend möchte ich festhalten: Wir haben eine große Regierungserklärung zu wichtigen, die Menschen bewegenden Themen gehört. Sie hat viele Neuerungen gebracht, etwa den neuen Präventionsplan, die Fast-Verdoppelung der Stipendien für angehende Landärzte, die neue App "Notdienste-Finder

Bayern", das Augenscreening im Altenheim, den Vorschlag für eine sogenannte Zwischenpflege. Das alles zeigt: Wir sind auch in der Gesundheitspolitik auf einem zwar langen und steinigen, aber auf einem guten Weg. Herzlichen Dank dafür an die Ministerin und an ihr Haus, und herzlichen Dank Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Anhaltender Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächster hat Herr Dr. Karl Vetter von den FREIEN WÄHLERN das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Dr. Karl Vetter (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Ministerpräsident, Herr Präsident, Frau Staatsministerin, Kolleginnen und Kollegen! Ich hoffe, ich kann diese spannende Debatte noch ein bisschen bereichern. Frau Staatsministerin, Ihre Rede war nett, das muss ich sagen. Ich kann fast alles unterschreiben, was Sie da gebracht haben. Wir alle wollen natürlich eine moderne, menschliche Gesundheitspolitik. Das ist ganz klar.

Was mir als FREIEM WÄHLER ganz am Anfang Ihrer Rede jedoch gefehlt hat, war Folgendes: Wir brauchen diese Politik gleichwertig, und zwar überall in ganz Bayern; wir brauchen sie in Stadt und Land.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Für uns FREIE WÄHLER steht hier an erster Stelle, dass wir flächendeckend in ganz Bayern eine gute Gesundheitspolitik anbieten können. Jeder Bürger muss in angemessener und zumutbarer Zeit – das heißt wohnortnah – einen Arzt, eine Apotheke, ein Krankenhaus, einen Physiotherapeuten aufsuchen können. Das gilt vor allem für den Hausarzt, aber auch für Fachärzte und für Krankenhäuser.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Ich habe leider nicht so viel Zeit zur Verfügung wie die Regierungsfraktion, darum möchte ich nur ein paar Punkte herausgreifen. Mir wäre eine moderne – wenn wir hier schon von "modern" reden – Bedarfsplanung für niedergelassene Ärzte sehr wichtig; das gilt auch für die Krankenhäuser, Frau Kollegin Sonnenholzner. Eine moderne Bedarfsplanung muss mehr die Infrastruktur vor Ort berücksichtigen, auch demografische Faktoren und soziale Strukturen.

Die Bedarfsplanung, wie wir sie im Moment in Bayern haben, vor allem was die Versorgung mit niedergelassenen Ärzten betrifft, ist von einem fernen Gemeinsamen Bundesausschuss in Berlin bestimmt worden.

Wir müssen aber viel mehr vor Ort unsere Kommunen und unsere Landkreise einbinden. Das ist im Übrigen vor einigen Tagen auch eine massive Forderung des Bayerischen Landkreistages gewesen.

Wissen Sie eigentlich, dass nach der jetzigen Bedarfsplanung für die niedergelassenen Ärzte in einer Stadt wie zum Beispiel Regensburg doppelt so viele Fachärzte pro Einwohner zugelassen werden können wie auf dem Land, zum Beispiel im Landkreis Cham? Viele wissen das gar nicht. Andere Beispiele sind Eichstätt/Ingolstadt oder auch Würzburg/Kitzingen; dort gilt dieselbe Relation.

In Bayern gibt es viele solcher Beispiele. Ein Facharzt auf dem flachen Land muss fast doppelt so viele Patienten versorgen wie in der Großstadt. Was erreichen wir letztendlich damit? - Patientenströme und damit Menschenströme werden vom Land in die Stadt umgeleitet; denn es ist immer wieder so, dass ganze Familien in die Städte fahren, zum Beispiel nach Regensburg, weil auf dem Land beim Facharzt kein Termin zu bekommen ist. Das ist nicht im Sinne von uns FREIEN WÄHLERN.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Die Benachteiligung des ländlichen Raums prangern wir schon seit Jahren an. Jetzt kommt es zu einer besseren Förderung der Niederlassungen von Hausärzten, hoffentlich auch denen der Fachärzte. Das begrüße ich.

Die Ursachen unserer Probleme werden damit jedoch nicht beseitigt, Frau Ministerin. In den nächsten sechs Jahren – dazu nenne ich Ihnen ein paar Zahlen – werden in Bayern von 10.000 Hausärzten 3.000 in den Ruhestand gehen. In Bayern sind im Moment 160 Kassensitze im Bereich Allgemeinmedizin vakant; sie sind nicht besetzt. Hier hätte ich mir von den zuständigen Menschen in Bayern, von den Gesundheitsministern, auch ihren Vorgängern, Frau Huml, und von Ihnen eine vorausschauende Gesundheitspolitik, ein schnelleres und nachhaltigeres, rechtzeitiges Handeln erwartet. Jetzt haben wir die Probleme. Jetzt ist es vielleicht schon drei Minuten nach zwölf. Darum begrüße ich natürlich, dass wir endlich auch einen Masterplan für die Hausarztversorgung und Runde Tische haben. Ich glaube, es ist allerhöchste Zeit dafür, Kolleginnen und Kollegen; die Probleme haben wir jetzt schon.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ein Grund dafür, dass wir wenige Allgemeinmediziner und wenige Ärzte haben, die auf dem Land tätig sein wollen, ist einfach, dass die Zugangsvoraussetzungen zum Medizinstudium aus meiner Sicht nicht richtig

sind. Unsere notenbezogene Zugangsvoraussetzung, also eine Abi-Note von 1,0, bringt meines Erachtens nicht immer die besten Ärzte, Ärzte mit mehr Empathie, Ärzte mit mehr sozialer Kompetenz. Ich glaube, wir müssen ganz dringend an dieses Auswahlverfahren herangehen. Sie haben dies auch erwähnt. Wir haben vor ein paar Wochen ganz konkrete, gut ausgearbeitete Vorschläge gebracht und einen Gesetzentwurf vorgelegt. Ich kann nicht verstehen, dass dieser Gesetzentwurf mit fadenscheinigen Begründungen von der Regierungsfraktion wieder abgelehnt worden ist, Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Sie sagen, dass Sie im Bund den Bundesgesundheitsminister aufgefordert haben, bis 2020 einen Masterplan zu erarbeiten – bis 2020. Wir haben 2015, Frau Huml, immerhin, aber Frau Ministerin, es ist einfach alles viel zu spät. Wir müssen von Bayern aus noch mehr Druck machen, weil uns die Ärzte auf dem Land ausgehen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zur Bereitschaftsdienstordnung für Ärzte: Auch diesbezüglich sind die Ärzte auf dem Land stärker betroffen. Ich fordere – das wird in den nächsten Wochen und Monaten eine zentrale Forderung auch an Sie sein –, dass wir in Bayern an allen Krankenhäusern, zumindest an einem im Landkreis oder in den größeren Städten, eine Bereitschaftsdienstpraxis für die niedergelassenen Ärzte einrichten, wie immer dies auch zu realisieren ist. Mir ist klar, dass wir die Selbstverwaltung haben und wir das nicht allein bestimmen können. Es ist aber Aufgabe eines Gesundheitsministers oder einer Gesundheitsministerin, etwas in Bewegung zu setzen. Ich weiß auch, dass Sie hinter dieser Idee stehen. Kümmern Sie sich aber bitte noch mehr darum; denn viele Patienten, die am Wochenende oder in der Nacht in die Krankenhäuser gehen, gehören dort nicht hin. Dort werden Ressourcen vergeudet, und in vielen Fällen wird auch eine viel zu aufwendige Diagnostik betrieben. Ich fordere also Bereitschaftsdienstpraxen zumindest in jedem Landkreis, an jedem größeren Ort an den Krankenhäusern oder in der Nähe von Krankenhäusern. Das hätte auch den Vorteil, dass die Schnittstelle zwischen ambulant und stationär und die sektorenübergreifende Medizin in diesen Bereichen verbessert werden könnten. Ich sehe darin eine ganz große Chance, Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zur Krankenhausversorgung: Mehr als 50 % unserer Krankenhäuser schreiben rote Zahlen. Kleinere Krankenhäuser, vor allem auch in kommunaler Träger-

schaft, haben mittlerweile teils existenzbedrohende Probleme. Erfreulich ist, dass sich in der Bund-Länder-Gruppe etwas tut. Ein Eckpunktepapier ist vorhanden; ein Gesetzentwurf liegt vor.

Ich möchte davon etwas herausgreifen, nämlich die sogenannte Qualitätsoffensive. Mehr Qualität, noch mehr Qualität an unseren qualitativ sowieso hochwertigen Krankenhäusern in Bayern ist immer richtig. Das Bessere ist der Feind des Guten – keine Frage. Wie setzen wir das aber um, Kolleginnen und Kollegen? In der Theorie ist alles gut. Gute Leistung soll besser bezahlt werden – ja. Mir stellt sich aber die Frage – das muss man noch klären –: Wie misst man Qualität in der Medizin? Ich bin gespannt, welche Leistungen der Gemeinsame Bundesausschuss für die Qualitätsbeurteilung auswählen wird. Das werden wir sehen. Was wir als FREIE WÄHLER auf keinen Fall wollen, Kolleginnen und Kollegen: Wir wollen keine amerikanischen Verhältnisse an unseren Krankenhäusern im Gesundheitswesen. Wir wollen keine Patientenselektion. Wir wollen keine Abweisung von Menschen, weil das Behandlungsergebnis hinterher fraglich ist, Kolleginnen und Kollegen. Das wollen wir nicht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Das würde letztendlich auf Kosten unserer alten und polymorbiden Patienten gehen, also jener mit Begleiterkrankungen, wobei ja heute im Gesundheitssektor schon das Geld fehlt. Unsere alten Menschen, unsere polymorbiden Menschen, also diejenigen mit Mehrfachkrankheiten bräuchten eigentlich heute schon schnellere und intensivere Hilfe, als dies momentan der Fall ist. Es stellt sich auch die Frage nach dem bürokratischen Aufwand. Der Landkreistag hat vor einigen Tagen von einem Bündel hochkomplexer Vorschriften geredet. Vielleicht wäre es sinnvoller gewesen, noch einmal darüber nachzudenken, ob man die positiven Anreize für die Qualitätsverbesserung und die Qualitätssicherungsprogramme hätte weiterführen können. Ich gebe zu und weiß selber, dass es wahrscheinlich zu spät ist.

Kolleginnen und Kollegen, zur Investitionskostenförderung für die Krankenhäuser: Auch hier haben wir – ich glaube, Frau Sonnenholzner hat es angesprochen – keine zukunftsfähige Lösung. Dazu nur zwei Zahlen: Bereits 1990 haben wir in Bayern dafür 664 Millionen Euro ausgegeben. 2014 waren es 500 Millionen Euro. Gut, das soll in den nächsten Jahren so weitergeführt werden. Was wird aber überhaupt gefördert? Was sind die förderfähigen Kosten? Das sind die Fragen. Ich bedauere, dass Bayern seinen Einfluss in der Bund-Länder-Gruppe nicht stärker in Richtung einer verbesserten Patientenversorgung und einer angemessenen Finanzierung der Krankenhäuser geltend

machen konnte und gemacht hat. Ich habe so das Gefühl, auch wenn man in diesen Tagen die Diskussionen über die Stromtrassen usw. betrachtet, dass wahrscheinlich der Einfluss der CSU in Berlin mittlerweile marginal oder gleich null ist. Dann funktioniert das Ganze natürlich nicht, Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Menschliche Medizin, moderne Medizin, was immer das auch ist – modern; ja, okay –, sind Ansätze in die richtige Richtung – keine Frage. Wenn ich Lehrer wäre, was ich leider nicht bin, und das beurteilen müsste, würde ich sagen: Ja, das geht schon. Frau Ministerin, wir haben aber viele, viele Baustellen, und diese eine haben Sie heute in der Regierungserklärung leider überhaupt nicht angesprochen. Sie sind mit keinem Wort auf den unsäglichen Streit zwischen dem Hausärzterverband und der AOK in Bayern eingegangen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich kann mich noch erinnern, dass Sie vor vier Wochen auf dem Bayerischen Hausärztetag in Würzburg versprochen haben: Für den Fall, dass drei Tage nach einer Besprechung keine Einigung erzielt wird, habe ich jetzt schon mein Schreiben auf dem Schreibtisch liegen; es geht am übernächsten Tag hinaus. Haben Sie den Verpflichtungsbescheid schon geschickt? Das ist meine Frage. Wieder sind vier Wochen vergangen, obwohl Sie dort aktives Vorgehen für die nächsten Tage versprochen hatten.

Dasselbe Problem haben wir mit den Hebammenverbänden. Die Hebammenverbände haben im Moment die Verhandlungen mit der AOK in Bayern eingestellt, unterbrochen oder verschoben – keine Ahnung. Auch hier geht nichts vorwärts. Frau Ministerin, ich habe gelesen, dass Sie mit Ihrer heutigen Regierungserklärung die politische Reifepfung abliefern sollten. Bitte mischen wenigstens Sie sich moderierend mehr als bisher in solche Verhandlungen ein.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich bitte Sie darum. Ich glaube, Sie können das auch, wenn Sie es wollen oder wenn Sie es dürfen. Ab und zu müssen Sie dann eben Herrn Seehofer fragen.

Zum Thema BDO, also der Bereitschaftsdienststörung für Ärzte und Notarztversorgung: Das sind Themen, die auch noch nicht geklärt sind, also offene Baustellen in Bayern.

Zusammengefasst: Mir fehlen Visionen in der bayerischen Gesundheitspolitik. Mir fehlen langfristige Perspektiven. Wo ist der große Wurf in der bayerischen

Gesundheitspolitik? Wir FREIE WÄHLER – ich sage das jetzt nur nebenbei – haben schon vor einigen Jahren ein Konzept vorgelegt: die soziale Gesundheitsversicherung der FREIEN WÄHLER. Ich glaube, wir müssen wieder darüber reden. Darin befinden sich zukunftsweisende Ansätze. Wir werden sie wieder in die Diskussion einbringen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Noch zwei, drei Beispiele: Machen Sie die Hygiene-problematik, den Antibiotikaeinsatz und Resistenzen zur Chefsache. Auch beim Masterplan zur Hausärzterversorgung müssen wir in Bayern dranbleiben. Ich nenne auch den Zugang zum Medizinstudium. Wir haben Ihnen Vorlagen dafür geliefert, wie es ginge. Das ist ganz unkompliziert. Vielleicht greifen wir dieses Thema noch einmal gemeinsam auf. Gehen Sie weg von einer Symbolpolitik, vom Tagesgeschäft, vom Löcherstopfen, ich sage manchmal auch: vom Hinterherhecheln. Kolleginnen und Kollegen, Geld in Zeiten sprudelnder Steuereinnahmen ausgeben, Förderbescheide verteilen, Gruppen beruhigen, ist gut; dazu stehen wir auch. Das kann es insgesamt aber nicht sein. Wir als FREIE WÄHLER erwarten von einer bayerischen Gesundheitspolitik mehr.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Insgesamt werden wir als Fraktion der FREIEN WÄHLER eine moderne, zukunftsweisende Gesundheitspolitik, die auch den ländlichen Raum einschließt, weiterhin konstruktiv begleiten, Kolleginnen und Kollegen. Das Klima im Ausschuss ist auch dank der Vorsitzenden und dank der Kolleginnen und Kollegen sehr gut. Ansonsten wünsche auch ich Ihnen, Frau Staatsministerin, für die nächsten Wochen und Monate alles Gute und hoffe, dass wir uns im Herbst gesund wiedersehen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächster hat der Kollege Ulrich Leiner von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Ulrich Leiner (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Mir ist der Kuschelkurs, der hier im Plenum gefahren wurde, fast ein bisschen peinlich. Ich war gestern mit Pflegekräften bei einer Veranstaltung in Landshut. Ich darf Ihnen sagen: Dort sah die Situation wesentlich anders aus. Was ich dort darüber hören musste, was wir alles nicht tun und was in dem Bereich der Gesundheits- und vor allem der Pflegepolitik alles falsch läuft, hat nicht dem ent-

sprochen, was Sie gesagt haben und was ich hier von Ihnen gehört habe.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bayern ist zweifelsohne eines der reichsten Bundesländer. Deshalb ist es unsäglich, dass für kranke und alte Menschen im Freistaat noch immer so wenig getan wird.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Leider ist der Herr Ministerpräsident nicht mehr da. In seiner Regierungserklärung vom 12. November 2013 hat er gerade einmal zwei Absätze dem Thema Gesundheit gewidmet. Das Wort Pflege kommt in seiner langen Rede nur am Rande vor, beim Thema Seniorenpolitik. Das zeigt, wie "wichtig" ihm dieses Thema ist – und das als ehemaliger Gesundheitsminister! Das bedauern wir außerordentlich.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In der Regierungserklärung wurde schon wenig versprochen; doch es wurden leider noch weniger Versprechen eingehalten. Ja, es gibt ein Gesundheits- und Pflegeministerium. Ja, es gibt einen Patienten- und Pflegebeauftragten. Aber welche Wirkung entfaltet eigentlich der Pflegebeauftragte, und welchen Einfluss hat er? – Wir sehen keine Unterstützung für seine Vorhaben. Wir sehen keinerlei Unterstützung des Bayerischen Ministerpräsidenten für die Belange von Gesundheit und Pflege. Leider sehen wir diese Unterstützung weder in Berlin noch in ausreichendem Maße hier in Bayern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich komme zu Ihrer Regierungserklärung, sehr geehrte Frau Ministerin. Ich befürchte, Sie setzen das traditionelle Vorgehen der für die Gesundheit und Pflege zuständigen Vertreter der bayerischen Regierung fort: viel ankündigen, viele Gespräche führen und unzählige Runde Tische einberufen, um dann wenig bis nichts zu entscheiden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Genau diese Situation kennen die Menschen seit Jahren. Sie leiden darunter. Nach der Veranstaltung gestern darf ich Ihnen sagen: Die Menschen haben es längst satt. Im Gesundheits- und Pflegebereich haben wir kein Erkenntnisproblem, sondern seit Jahren ein Umsetzungsproblem – und dies unter jahrelanger Regierungszeit der CSU.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Konkrete Maßnahmen müssen endlich getroffen werden. Uns fehlen die Lösungen; denn wie sieht es wirklich aus? – Der Kollege Vetter hat die tatsächliche Situation bei uns dankenswerterweise wenigstens knapp angesprochen. Sie sagten: Gerade dort, wo wir Defizite feststellen, steuern wir gegen. – Dazu sage ich: Wir haben bereits mit einem Pflegenotstand zu tun. Viele Probleme in der Pflege waren schon lange absehbar.

Sie haben ausführlich über Präventionsmaßnahmen in allen möglichen Bereichen gesprochen. Wäre es nicht viel klüger, hier viel früher tätig zu werden? – Sie sprechen über ein modernes und menschliches Handeln im Bereich von Pflege und Gesundheit. Frau Ministerin, ist es menschlich, dass gestresste Schülerinnen und Schüler der Altenpflegeschulen ohne Praxisanleitung in den Einrichtungen professionell pflegen müssen und sie dabei regelrecht verheizt werden?

Bis heute hat sich an der Ausbildung in der Pflege nichts Wesentliches geändert. Immer noch gibt es keine Ausbildungsumlage. Zu Ihrer Ehrenrettung füge ich hinzu, dass ihre Einführung wenigstens angekündigt ist. Wir haben sie mehrmals gefordert. Es hat lange gedauert, bis Sie sich dazu entschlossen haben.

Auch an der Bezahlung des Pflegepersonals hat sich noch nichts grundlegend geändert. Herr Imhof, haben Sie die notwendige Unterstützung für Ihre Forderung nach einem Gesamtarifvertrag? Wo ist die mehrmals versprochene Aufwertung der Pflegeberufe? Was wird die angestrebte generalistische Ausbildung bringen? – Bei diesem Thema haben die Betroffenen große Ängste und Unsicherheiten: Wie soll diese Ausbildung in Wirklichkeit ablaufen? – Fragen über Fragen, deren Beantwortung uns die Bayerische Staatsregierung schuldig bleibt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Frau Ministerin, ist es menschlich, dass es immer noch die Minutenpflege gibt und Patienten in der Psychiatrie und in Pflegeheimen immer noch tagelang fixiert werden? – Liebe Kolleginnen und Kollegen, der eigentliche Skandal aber besteht im Umgang mit den alten Menschen in Bayern. Daran ist nichts modern und menschlich. Wir alle wissen, was auf uns zukommt. Wir alle kennen die Zahlen; ich brauche sie nicht zu wiederholen.

Gerade wir in Bayern sind bis jetzt nicht in der Lage, auf diese Herausforderung ausreichend zu reagieren. Wieso ist das der Fall? – Sie haben die Mega-Herausforderung Demenz angesprochen. Die Zustände in den Pflegeheimen sind schon jetzt zeitweise nicht

auszuhalten. Das gilt sowohl für die Bewohnerinnen und Bewohner als auch für das Personal. Meldungen in der Presse über Missstände erreichen uns fast täglich. Ich verzichte jetzt darauf, sie zu nennen. Wir können diesem Problem nicht entkommen. Ganz besonders brauchen die Pflegekräfte eine Vertretung für ihre Interessen. Es hilft alles nichts: Wir brauchen eine Pflegekammer.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir GRÜNE im Bayerischen Landtag fordern sie seit Langem. Alle anderen vorgeschlagenen Alternativen sind untauglich; wir haben sie geprüft. Frau Ministerin, wir brauchen die Vertretung der Pflege auf Augenhöhe mit den anderen Kammern und den anderen Berufsständen, und zwar als Kammer.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich darf als Beispiel anführen, dass einige Kollegen und ich vor Kurzem ein Gespräch mit der Landesärztekammer geführt haben. Wir haben uns über die Gesundheitsreform unterhalten und uns über die neuen Richtlinien der Finanzierung der niedergelassenen Ärzte ausgetauscht. Ich frage mich: Mit wem sollen wir auf dem Gebiet der Pflege über die Themen Ausbildung, Erfassung der Pflegekräfte, berufliche Weiterbildung, Qualität und weitere wichtige Themen sprechen? – Hier kann uns nur eine Pflegekammer unterstützen und wertvolle Dienste zur Verbesserung der Situation leisten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Hören Sie doch endlich einmal auf, Beitragshöhen an die Wand zu malen, die völlig utopisch sind! Das gilt besonders für Kollegen aus den Reihen der CSU, aber leider auch für Kollegen aus den Reihen der SPD. Alle wissen, dass die Einkommen der Pflegekräfte nicht mit denen der Ärzte oder anderer Akademiker vergleichbar sind. Es gibt Möglichkeiten, die Beitragshöhen vernünftig zu gestalten. Frau Staatsministerin Huml, führen Sie die Pflegekammer endlich ein, und zwar jetzt!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Was ist eigentlich modern oder menschlich daran, dass pflegende Angehörige immer noch alleingelassen werden? – Die pflegenden Angehörigen stellen immer noch einen Anteil von 70 % der Pflegenden. Liebe Kolleginnen und Kollegen, dieser Personengruppe fehlt es immer noch an Beratung und Unterstützung. Zudem fehlt es an der Wertschätzung für diesen Personenkreis.

Wo sind die lange zugesagten Pflegestützpunkte? – Ich habe sehr erfreut wahrgenommen, dass sie demnächst eingeführt werden sollen. Wir wissen noch nicht, wie das geschehen soll. Diese Information ist ganz neu. Wir haben die Einrichtung von Pflegestützpunkten beantragt; der Antrag wurde abgelehnt. Ich würde mich freuen, wenn sie nun eingerichtet werden. Bisher gibt es in Bayern gerade einmal neun Stützpunkte. Der im Elften Buch Sozialgesetzbuch festgelegte gesetzliche Auftrag zur wohnortnahen Einrichtung von Pflegestützpunkten wird in Bayern bisher ignoriert. Das weitgehende Fehlen unabhängiger Beratung hat wahrlich nichts mit moderner Pflege zu tun.

Welchen Problemen stehen wir heute gegenüber? – Die heutige Lebenssituation unterscheidet sich von der früheren grundlegend. Kinder leben nicht mehr in der Nähe ihrer Eltern. Häufig sind beide Ehepartner berufstätig. Wie soll über die beruflichen Verpflichtungen hinaus eine Familie auch noch drei Kinder erziehen? Denn auch das verlangt unsere Gesellschaft. Und dazu sollen die Menschen auch noch ihre Alten pflegen? – Das ist ein Familienbild, das nicht mehr stimmt, eine Aufgabe, die unsere Familien nicht mehr stemmen können. Liebe Kolleginnen und Kollegen, diese Menschen brauchen Hilfe und Unterstützung. Sie brauchen auch eine Ausbildung in der Pflege, die sie bisher nur ungenügend erhalten. Sie brauchen Alternativen, um ein modernes Leben mit der Betreuung ihrer Lieben verbinden zu können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Frau Ministerin, ich frage Sie: Ist es eine menschliche Gesundheits- und Pflegepolitik, wenn es bei uns Menschen gibt, die lieber sterben wollen, als gepflegt zu werden? Woher kommt das? – Ich sage es Ihnen: Wir haben zu wenig Palliativmedizin, und zwar sowohl stationär als auch ambulant. Wir haben zu wenige Hospize und Kinderhospize. Die Hospize leisten hervorragende Arbeit, aber ihre Finanzierung überlassen wir größtenteils privaten Spendern oder privaten Stiftungen. Das Gleiche gilt für die psychosozialen Krebsberatungsstellen. Sie müssen erhalten und ausgebaut werden. In diesen Dingen muss von staatlicher Seite mehr getan werden. Da muss mehr Unterstützung kommen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wie Sie, Frau Ministerin, sind auch wir sicher – und das war nicht abgesprochen -, dass eine Verbesserung in diesem Bereich auch die Diskussion über die aktive Sterbehilfe in ganz andere Bahnen lenken würde. Die Diskussion, die wir jetzt führen müssen, haben wir nämlich wegen der Zustände, die bei uns herrschen. Das müssen wir in erster Linie ändern. Es

sollte uns auch sehr nachdenklich machen, dass Bayern nach wie vor die höchste Suizidrate aller Bundesländer aufweist. Patienten in Bayern müssen überall Monate auf einen Termin für eine Psychotherapie warten. Im Gegensatz zu einigen anderen Bundesländern haben wir noch immer kein modernes Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz. Dies alles muss zum zentralen Thema der Bayerischen Staatsregierung werden. Bislang ist es das leider nur eingeschränkt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sehr geehrte Damen und Herren, die moderne Versorgung älterer Mitbürgerinnen und Mitbürger ist nur durch die Vernetzung aller Pflegebereiche möglich. Das heißt, wir brauchen auch in kleineren Kommunen nicht nur wohnortnahe medizinische Zentren, sondern zusätzlich wohnortnahe Pflegezentren. Dort muss die ambulante, teilstationäre und stationäre Pflege vernetzt werden, damit vor allem den häuslich Pflegenden größtmögliche Unterstützung gewährt werden kann. Dazu müssen wir aber - und das haben Sie, Frau Ministerin, angedeutet - die Kommunen mit Mitteln ausstatten, die dies ermöglichen. Wir haben deshalb verlangt, die Investitionskostenzuschüsse für die Errichtung solcher - und hier sage ich - moderner Pflegezentren wieder einzuführen. Leider wurde unser Antrag aber von der CSU abgelehnt.

Entscheidend ist dabei, dass die Bayerische Staatsregierung massiv auf die Kranken- und Pflegekassen Einfluss nimmt, damit Gesamtversorgungsverträge für solche Einrichtungen abgeschlossen werden können, die alle Bereiche, die ich gerade genannt habe, finanziell abdecken. Es muss uns weiterhin klar sein, dass wir trotz aller Maßnahmen auf stationäre Einrichtungen nicht ganz verzichten können.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zur stationären Gesundheitsversorgung kommen. Es wurde schon angesprochen: Die Hälfte der bayerischen Krankenhäuser schreibt rote Zahlen. Eine Verbesserung ist absolut nicht in Sicht. Das führt in der Folge dazu, dass die Menschen, die den an und für sich schönen Dienstleistungsberuf Pflege ergriffen haben, frustriert sind und ihn zum Teil aufgeben. Zu gleicher Zeit fehlen - auch das wurde angesprochen - die Hygienefachkräfte. Infektionen mit Krankenhauskeimen und deren Resistenzen nehmen aber zu. Die Folgen für das Personal und die Patienten sind katastrophal. Was also ist an der eingeschlagenen Richtung modern und menschlich?

(Beifall bei den GRÜNEN)

In diesem Zusammenhang muss es erlaubt sein, Frau Ministerin, eine Überprüfung und Neuausrichtung der Fallpauschalen zu diskutieren. Die Bedeutung der

Pflege muss in der Vergütung angemessen abgebildet sein; ansonsten wird sich die Situation in den Krankenhäusern nicht grundlegend ändern. Dafür sollte sich Bayern im Bund einsetzen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Noch schlimmer aber ist - aber das wurde bereits angesprochen, allerdings ganz anders, als wir es sehen -, was unter dem Deckmantel der Qualitätssicherung im aktuellen Referentenentwurf des Bundesgesundheitsministeriums steht. Wenn kommt, was geplant ist, dann werden viele Häuser in Bayern schließen müssen. Die Landtagsfraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN sagt deshalb Nein zu diesem Entwurf des Krankenhaus-Strukturgesetzes und fordert die Bayerische Staatsregierung auf, sich vehement gegen diesen Plan zu stellen. Meines Wissens sind Sie Mitglied dieser Regierung. Machen Sie Ihren Einfluss geltend, damit dieses Gesetz so, wie es vorgesehen ist, nicht kommt!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Was wir vielmehr brauchen, ist eine vernünftige Krankenhausbedarfsplanung für Bayern. Wo ist welches Haus mit welchem Versorgungsgrad notwendig? Wie kann man die übrigen Einrichtungen zur Versorgung der Bevölkerung erhalten und in welcher Form? - Dazu gehört ehrlicherweise auch die Aussage - und ich stehe dazu -, dass wir nicht alle Krankenhäuser in der jetzigen Form werden erhalten können. Genauso wesentlich ist aber die Aussage, dass nicht alle notwendigen systemrelevanten Kliniken in Bayern kostendeckend arbeiten können. Sie sind aber trotzdem für die medizinische Versorgung unserer Mitbürger und Mitbürgerinnen dringend notwendig. Auch in diesem Fall dürfen wir die Träger, vor allem die kommunalen, nicht im Regen stehen lassen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Lassen Sie mich noch zur ambulanten Versorgung kommen, Frau Ministerin. Ist es modern, dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf in der Medizin immer noch zu oft ein Fremdwort ist? Ist es menschlich, dass der Zugang zur ambulanten medizinischen Versorgung auf dem Land schwieriger ist als in der Stadt? - Frau Ministerin, Sie haben gesagt, Sie wollen eine bestmögliche medizinische Versorgung für alle. Wir hoffen inständig, dass Sie das auch so meinen. Die Substitutionsbehandlung in Bayern steht nämlich im Moment auf der Kippe. Die Zahl der Drogentoten in Bayern nahm um 42 % in drei Jahren zu. Es handelt sich um schwerstkranke Menschen, die einen Anspruch auf Therapie haben, wie alle anderen auch.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich frage mich des Weiteren: Müsste man nicht viel früher damit anfangen, der in vielen Orten in Bayern bestehenden dramatischen Entwicklung entgegenzuwirken? - Ich muss das jetzt einmal sagen: Dem Sicherstellungsauftrag wird die Kassenärztliche Vereinigung Bayerns schon lange nicht mehr gerecht. Versorgungsregionen und auch ärztliche Versorgungsgruppen müssen neu gefasst werden. Es müssen weitere Anreize, und zwar nicht nur finanzieller Art, gestaltet werden.

Was ist die letztlich alles entscheidende Frage? – Es ist die: Kann sich eine wohlhabende Gesellschaft eine gute Pflege- und Gesundheitsversorgung in Bayern leisten? – Die Wirtschaftlichkeit kann nicht der überwiegende, der allein entscheidende Faktor sein. Nicht jede Klinik kann sich selbst tragen oder wird sich selbst tragen können. Nicht jede Pflegeeinrichtung, egal wie modern sie gestaltet wird, muss oder kann sich tragen. Wir GRÜNE im Bayerischen Landtag sagen: In unserer reichen Gesellschaft muss es aber möglich sein, unsere alten und unsere kranken Menschen bestmöglich zu versorgen.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN)

Das ist unsere Verantwortung. Dafür müssen wir sorgen.

(Anhaltender Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. Als Nächster hat Herr Kollege Klaus Holetschek von der CSU das Wort. Bitte schön.

Klaus Holetschek (CSU): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir führen heute eine gute Debatte, die von Sachlichkeit und davon getragen ist, dass der Mensch im Mittelpunkt unseres Bemühens steht. Beim Kollegen Leiner, den ich ansonsten sehr schätze, habe ich allerdings bei ein paar Formulierungen nicht genau gewusst, ob er daran anknüpfen wollte. Er sagte, dass am Umgang mit den alten Menschen in Bayern nichts menschlich sei. Lieber Kollege Leiner, das möchte ich zurückweisen.

(Beifall bei der CSU)

Wir alle wissen – hier gilt der Dank denjenigen, die in der Pflege tätig sind, den Familienangehörigen und auch den professionellen Pflegekräften –, dass sich die Pflegenden mit Herzblut und großer Leidenschaft den älteren Menschen widmen. Davor ziehe ich meinen Hut, und dafür möchte ich heute allen, auch in unser aller Namen, meinen großen Respekt ausdrücken.

(Beifall bei der CSU)

Die Gesundheitspolitik und die Pflegepolitik werden uns auch in Zukunft beschäftigen. Wir alle wissen, dass wir damit nie fertig werden, sondern dass Gesundheit und Pflege ein Prozess und eine große Herausforderung sind, der wir uns stellen müssen. Dieser Prozess ist der Tatsache geschuldet, dass die Gesellschaft älter wird und in der Medizin Fortschritte gemacht werden. Wie können wir dafür in der Politik die richtigen Rahmenbedingungen setzen?

Unsere Staatsministerin hat heute eindrucksvoll dargestellt, dass es um die richtigen Rahmenbedingungen geht. Es geht darum, dass wir selber den Maßstab anwenden, den wir bei diesem Thema setzen wollen. Es geht ganz unmittelbar um die Menschen – Kollege Seidenath hat es gesagt – in einem Zustand, in dem sie verletzlich, vielleicht sogar in ihrem letzten Lebensabschnitt sind. Wir müssen uns immer dessen bewusst sein, dass wir dafür Politik machen. Hier geht es nicht nur um irgendwelche Dienstleistungen, nicht nur um Maschinen, sondern es geht um den Menschen. Wenn wir Politik ernst meinen, müssen wir uns dieser Herausforderung stellen.

Die Ministerin hat heute deutlich gemacht, dass wir dies tun. In der Prävention haben wir einen Paradigmenwechsel. Wir schaffen es jetzt im Bund nach vier Anläufen, endlich ein Präventionsgesetz auf den Weg zu bringen. In Bayern haben wir schon einen eigenen bayerischen Präventionsplan, der sich der Prävention vom Anfang bis zum Ende widmet, der einen ganzheitlichen Ansatz bringt, der alle Präventionspartner miteinander vernetzt und der auch Investitionen in Strukturen und nicht nur in leere Hülsen vorsieht. Dafür bin ich sehr dankbar; denn ich glaube, wir brauchen die Prävention, wenn wir auf diesem Weg vorankommen wollen.

Wir brauchen diesen Paradigmenwechsel gerade auch beim betrieblichen Gesundheitsmanagement. Dieses Thema wird uns zunehmend beschäftigen, weil wir eine ältere Gesellschaft und eine längere Lebensarbeitszeit haben. Deswegen müssen wir die Unternehmer mit auf diesen Weg nehmen. Sie müssen das betriebliche Gesundheitsmanagement in ihrem Leitbild verankern. Das Stichwort heißt "Wertschöpfung durch Wertschätzung". Ein Teil der Wertschätzung, die wir den Arbeitnehmern gegenüber zum Ausdruck bringen, ist die Frage: Wie gehen wir mit ihrer Gesundheit um?

Wir haben vor Kurzem unter Schirmherrschaft der Ministerin ein erstes Bündnis für gesunde Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ins Leben gerufen. Dabei geht es um die Fragen: Wie können wir die Unternehmer mit-

nehmen? Wie können wir auch für kleine Unternehmen die richtigen Anreize setzen? Mir ist es ein großes Anliegen, dass wir uns dabei auch um die Pflegekräfte kümmern. Wenn wir aktuellen Studien glauben dürfen, ist der Krankenstand bei den Pflegekräften um 36 % höher als in allen anderen Branchen. Deswegen tun wir gut daran, auch hier Akzente zu setzen und den Pflegekräften zu zeigen, dass wir es mit der Wertschätzung ihnen gegenüber ernst meinen und dass wir uns für diese Menschen, die wirklich harte körperliche Arbeit leisten und eine große psychische Belastung haben, engagieren wollen.

(Beifall bei der CSU)

Ein weiterer Punkt, der mir am Herzen liegt, ist die Rehabilitation. Frau Sonnenholzner hat es vorhin schon angesprochen. Wir müssen darüber neu nachdenken, und wir müssen den Grundsatz "Reha vor Pflege" leben. Wir müssen die geriatrische Rehabilitation nach vorne bringen. Wir dürfen nicht gleich mit der Einschätzung der Pflegestufe beginnen. Das ist der falsche Weg. Wir müssen gemeinsam die Krankenkassen und Rentenversicherungen auffordern, hier einen Wechsel vorzunehmen.

Ich denke an die geriatrische Rehabilitation, ich denke aber auch an die Kinderrehabilitation. Auch die ist mir ein großes Anliegen. Wir müssen dort neue Akzente setzen. Das Wort vom Bürokratieabbau ist heute das eine oder andere Mal gefallen. Am meisten regt mich in meiner politischen Arbeit auf, dass wir dabei zu geringe Fortschritte erzielen. Wir brauchen in unserer Gesellschaft einen großen politischen Konsens für Bürokratieabbau. Wir brauchen aber auch ein Umdenken der Menschen in dieser Gesellschaft. Die Pflegekräfte sagen zwar, dass sie die Dokumentation schon jetzt reduzieren können, fragen aber: Wer ist dann haftbar, wenn etwas passiert? Wer ist dann schuld? Wo finden wir den Nächsten, den wir an irgendeinem Baum aufknüpfen können? - So können wir die Bürokratie in diesem Land nicht zurückdrängen. Wir brauchen Mut zur Lücke, Verantwortung nach unten, und wir müssen gerade in diesen wichtigen Bereichen tatsächlich entscheidend vorankommen. Das wird eine der zentralen Aufgaben sein, die wir vor uns haben.

(Beifall bei der CSU – Klaus Adelt (SPD): Zu viele Juristen!)

– Das hat nichts mit zu vielen Juristen zu tun, sondern damit, dass wir in der Politik die Rahmenbedingungen setzen müssen, dass wir aber auch die Gesellschaft verändern müssen. Die Menschen müssen mitmachen, wenn wir etwas erreichen wollen. Ohne die Menschen wird es nicht gehen.

(Beifall bei der CSU)

Ich denke nur an die Kuren. Sie wissen, dass ich ein großer Anhänger der guten und qualitativ hochwertigen Arbeit der Kur- und Heilbäder in diesem Land bin. Wenn ich aber daran denke, dass es einen Antrag braucht, um einen Antrag auf eine Kur stellen zu können, dann wird mir im wahrsten Sinne des Wortes übel. Das versteht kein Mensch mehr. Ich denke beispielsweise daran, dass eine Mutter für eine Kinderrehabilitation zehn Monate lang kämpfen muss, weil die Kassen den Antrag ablehnen, den Widerspruch zurückweisen und den Fall immer wieder hin- und herschieben, obwohl die Notwendigkeit der Maßnahme offensichtlich klar auf der Hand liegt. Daran müssen wir etwas ändern. Dieser Aufgabe wollen und müssen wir uns in Zukunft noch mehr stellen. Das betrifft alle Bereiche im Gesundheitswesen, vor allem aber die Pflege.

Zum Abschluss will ich schon noch deutlich machen, dass ich sehr begrüße, was die Ministerin heute zum Bayerischen Landespflegering gesagt und auf den Weg gebracht hat. Ich glaube, dass der bayerische Weg einer Pflegekammer ohne Pflichtmitgliedschaft ein großer Wurf werden kann, um den Pflegekräften zu ermöglichen, was sie wollen, dass sie nämlich auf Augenhöhe in den entscheidenden Fragestellungen mitreden können, dass sie aber dort, wo es keine Probleme gibt, nicht dabei sein müssen. Wir wollen auch nicht, dass die Arbeitgeber an jeder Schnittstelle mit eingebunden werden. Es soll ein Landespflegering für die Pflegekräfte in diesem Land werden. Das ist unser Signal. Dort müssen die Arbeitgeber nicht immer mit am Tisch sitzen. Sie müssen nur dann dabei sein, wenn es erforderlich ist. Deswegen müssen wir die Diskussion über den Landespflegering in den nächsten Wochen noch weiterführen.

Ich halte diesen bayerischen Weg für einen ganz zentralen und wichtigen, um damit einen Akzent zu setzen. Natürlich wissen wir, dass wir damit nicht alle Probleme der Pflege lösen werden. Natürlich wissen wir auch, dass die Pflegekräfte ganz andere Probleme haben; das sehe ich, wenn ich in den Pflegeeinrichtungen Gespräche führe. Wir haben heute über den Nachtwachenschlüssel und ähnliche Probleme gesprochen. Diese Themen bewegen die Pflegekräfte mehr als eine neue Einrichtung.

Insgesamt sind wir wirklich auf einem guten Weg. Diesen guten Weg haben wir einer sehr engagierten Ministerin und einem sehr engagierten Ministerium zu verdanken. Ich sage ein herzliches "Vergelt's Gott" für diese Arbeit, die wir vom Parlament aus gerne weiterbegleiten.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. - Als nächsten Redner bitte ich nun Herrn Professor Bauer zum Rednerpult.

Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Frau Ministerin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst stelle ich für die Landtagsfraktion der FREIEN WÄHLER fest, dass die heutige Regierungserklärung notwendig und wichtig war. Eigentlich war sie schon überfällig; denn sie zeigte endlich einmal auf, wie die Handlungsweise und die Ziele der Staatsregierung aussehen. Für uns alle ist es wichtig, dieses gesamtgesellschaftlich entscheidende Thema immer wieder zu besprechen. Darüber hinaus unterstützen die FREIEN WÄHLER diese Politik. Sie unterstützen auch – das hatte ich an dieser Stelle schon einmal gesagt – die Schaffung eines eigenständigen Ministeriums für Gesundheit und Pflege. Wir haben eine Ministerin, die dafür die erforderliche soziale Kompetenz, die erforderliche Menschlichkeit und die erforderliche Fachkenntnis mitbringt. Ebenso möchte ich das dem Kollegen Imhof, dem Pflegebeauftragten der Staatsregierung, zugestehen. Dennoch müssen diese Regierungserklärung und meine Antwort darauf – ich habe in Absprache mit dem Kollegen Vetter den Bereich Pflege übernommen – dafür genutzt werden, um Fehlentwicklungen in der Pflege zu vermeiden. Diese Fehlentwicklungen möchte ich Ihnen ganz klar darstellen. Dankenswerterweise haben Sie Ihre Regierungserklärung gestern schon vorab zugeschickt. Das zeugt von Respekt gegenüber den Parlamentariern. Dafür möchte ich mich ganz herzlich bedanken. Bei anderen Ministerien ist das leider nicht immer der Fall. Einige Ministerinnen und Minister könnten sich eine Scheibe davon abschneiden. Diese Regierungserklärung ist hinsichtlich ihrer Themen für die nächsten Jahre prägend. Das würde ich so einschätzen. Der Begriff "modern" macht mir jedoch zu schaffen. Was ist denn modern? – Das ist ein sehr zwiespältiger und ein sehr gefährlicher Begriff. Meinen Sie mit "modern" die Sachaussage eines Werbeunternehmens: Geiz ist geil? Meinen Sie mit "modern" vielleicht die verfehlte politische Handlungsweise Ihrer Amtsvorgängerin bzw. der zuständigen Ministerin, die im Rahmen "moderner" Politik die Abschaffung eines privaten Schulgeldes für Pflegefachschülerinnen und Pflegefachschüler abgelehnt hat? Meinen Sie das mit dem Begriff "modern"? - Dieser kleine Einschub zeigt, dass wir mit diesem Begriff sehr sorgfältig umgehen sollten. Ich bin der Meinung, dass wir von einer menschlichen und sozialen Pflege sprechen müssen. Das ist der richtige Ausdruck für diese Regierungserklärung und für unsere Handlungsweise.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich habe mir zwei Punkte aus der Regierungserklärung herausgegriffen, um Fehlentwicklungen zu vermeiden. Ein Punkt betrifft die Pflegekammer, die vorhin schon einmal angesprochen worden ist. Dieser "Eiertanz", der aufgeführt worden ist, ist eigentlich nicht zu verstehen. Der eingeführte "Pflegering" ist das Gegenteil von Selbstverwaltung! Dieser "Pflegering" hat keine Selbstverwaltung. Das ist ein wichtiger Punkt, der zu kritisieren ist. Das ist eigentlich ein Offenbarungseid der jetzigen Regierung gegenüber der Vorgängerregierung; denn im Jahr 2011 – daran darf ich erinnern – war noch der jetzige Finanzminister Söder für den Bereich Gesundheit zuständig. Minister Söder hat damals schon einen Gesetzentwurf in der Schublade gehabt, der sich klar für eine Pflegekammer ausgesprochen hat!

Frau Ministerin, außerdem haben Sie nach der Bewertung der repräsentativen Umfrage unter den Pflegekräften, die Sie und Ihr Haus in Auftrag gegeben haben, in Ihrer Pressemitteilung selbst geschrieben – ich zitiere –: "Bayerns Pflegekräfte pro Pflegekammer". Was ist denn da passiert? Das kann ich mir nicht zusammenreimen. Für die Pflegekammer haben 50 % der Pflegekräfte, die sich damals an dieser Umfrage beteiligt haben, gestimmt. Diese Pflegekräfte kann man einfach nicht vernachlässigen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Es gibt keine sachlichen Gründe dafür, warum Pflegerinnen und Pfleger in Bayern nicht auf Augenhöhe mit anderen Akteuren im Gesundheitswesen stehen sollen. Die Augenhöhe ist eben nicht gewährleistet, wenn wir diesen "Pflegering" einführen. Was soll dieser "Pflegering" eigentlich? – Das ist noch nicht konkret dargestellt und auch nicht verbindlich festgelegt worden.

Der "Pflegering" eignet sich nicht dazu, die unmittelbare Gesamtvertretung der Pflegekräfte zu gewährleisten. Die Mitgliedschaft ist rein freiwillig. Folglich hätte man keine verbindlichen Zahlen – das ist ein wichtiger Punkt pro Kammer –, die aussagen, wie viele Pflegefachkräfte es in Bayern gibt, ob sie Vollzeit oder Teilzeit arbeiten oder überhaupt nicht mehr berufstätig sind. Wir brauchen diese Statistiken dringend, um im Pflegebereich nachsteuern zu können. Wir müssen wissen, wie viele Kräfte wir in Zukunft brauchen.

Der "Pflegering" wäre auch keine reine Interessenvertretung der Pflegeberufe. In erster Linie wären die Verbände Mitglieder dieses "Pflegerings". Die Verbände dominieren in diesem Fall die Pflegekräfte. Das ist ebenfalls eine falsche politische Entscheidung.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Alle Pflegerinnen und Pfleger brauchen vor allen Dingen bessere Rahmenbedingungen. Diese können mit einer eigenen Kammer viel besser geschaffen werden. Sie brauchen eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Vorhin sind schon einmal die enormen psychischen und physischen Belastungen der Pflegekräfte angesprochen worden. Außerdem muss die Anzahl der Pflegekräfte deutlich erhöht werden. Der Pflegenotstand ist bereits angesprochen worden. Ich gehe davon aus, dass die Qualität der Pflege mit mehr Pflegekräften ebenfalls steigen wird. Wir brauchen auch – das möchte ich an dieser Stelle ganz deutlich sagen – eine grundlegende Form der Pflegeversicherung. Wir brauchen eine breitere finanzielle Basis, die sozial ausgewogen ist. Das ist eine alte Forderung der FREIEN WÄHLER. Das ist ein ähnliches Konstrukt – das haben Sie schon von Herrn Vetter gehört – wie der Aufbau der Sozialen Gesundheitsversicherung der FREIEN WÄHLER. Das muss schon noch einmal deutlich gesagt werden.

An dieser Stelle kann ich einflechten: Ich freue mich, dass Sie in Ihrer Regierungserklärung gesagt haben, dass Sie den Risikostrukturausgleich abschaffen wollen. Sie wissen, wer damals Gesundheitsminister war, als dieser eingeführt worden ist. Viele Beteiligte haben gesagt: Das wird so kommen. Leider wurde dies immer wieder abgestritten. Heute wissen wir es besser! Neben den Fehlentwicklungen des Risikostrukturausgleichs gibt es noch den Konvergenzausgleich, der zusätzlich für Bayern geschaffen worden ist; den dürfen Sie nicht vergessen Dieses Damoklesschwert schwebt immer noch über den bayerischen Versicherern. Gelder fließen über den Konvergenz- und den Risikostrukturausgleich in andere Bundesländer ab. Das sollten Sie nicht vergessen, wenn Sie für die Abschaffung des Risikostrukturausgleichs plädieren. Dafür haben Sie unsere Unterstützung. Leider ist der Herr Ministerpräsident nicht mehr da. Es wäre gut, wenn er gehört hätte, wie sich die Fehlentwicklungen im Risikostrukturausgleich und im Konvergenzausgleich aufgeschaukelt haben.

Starke Pflegekräfte brauchen eine starke Pflegekammer. Dafür setzen wir FREIE WÄHLER uns nach wie vor ein.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ein weiterer wichtiger Punkt betrifft die Hauswirtschaftlerinnen. Dieser Punkt liegt mir sehr am Herzen. Ich kann nicht verstehen, warum die Staatsregierung der Weiterbildung der Hauswirtschaftlerinnen zur Leitung von Pflegeeinrichtungen nicht zustimmt. Ich betone: ohne Zustimmung des Trägers. Das können Sie im Einzelfall. Das haben Sie in Ihrer letzten Rede gesagt, Frau Ministerin. Das ist doch eine unglaubliche Diskri-

minierung und ein einmaliger Fall in Deutschland. So etwas gibt es in keinem anderen Bundesland, dass Hauswirtschaftlerinnen sich nur mit Zustimmung des Trägers der Einrichtung zur Leitung von Pflegeeinrichtungen fortbilden können!

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herr Professor Bauer, bitte kommen Sie zum Ende.

Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer (FREIE WÄHLER): Ich darf kurz zusammenfassen.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: - Aber schnell.

(Allgemeine Heiterkeit)

Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer (FREIE WÄHLER): Wir brauchen beste Rahmenbedingungen. Wir brauchen das gesamte Fachkräftepotenzial und mehr Anerkennung für unsere Pflegerinnen und Pfleger. - Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Herr Kollege Kirchner ist der Nächste, den ich zum Rednerpult bitte.

Sandro Kirchner (CSU): Sehr geehrte Frau Vizepräsidentin, sehr geehrte Frau Ministerin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Digitalisierung ist schon eine Art Revolution. Sie wird unsere Gesellschaft völlig neu prägen. Mit der Digitalisierung erhalten wir vielfältige neue Chancen. Die Digitalisierung besitzt das Potenzial, große Fragestellungen unserer heutigen Gesellschaft in der heutigen Zeit positiv zu gestalten. Man muss feststellen, von nichts kommt auch nichts. Unser Heimatminister Markus Söder hat den Breitbandausbau gepusht und die Internetversorgung genial über das Land aufgerollt. Die Summe in Höhe von 1,5 Milliarden Euro ist einmalig in Europa – und in Deutschland sowieso.

Unsere Wirtschaftsministerin Ilse Aigner setzt mit dem Digitalisierungszentrum einen Maßstab, damit die Bits und Bytes nicht mehr nur null und eins sind, sondern auch weiß und blau. Die Fläche wird ebenfalls maßgeblich an der Digitalisierung beteiligt werden, indem sie Hightech-Impulse setzen wird.

Mit der heutigen Regierungserklärung hat unsere Gesundheitsministerin Melanie Huml einen weiteren wichtigen Aufschlag bezüglich der Digitalisierung gemacht, indem sie die Digitalisierung im Gesundheitswesen als Schwerpunktthema gesetzt hat. Für unsere Patientinnen und Patienten und für unser gesamtes Gesundheitssystem eröffnen sich riesige Chancen.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, die Digitalisierung im Gesundheitswesen in Bayern zeigt auf, dass Bayern schon wieder federführend ist. Innovative Versorgungskonzepte sind bereits verfügbar. Das digitale Krankenhaus ist bereits mit einem Modellprojekt definiert. Ein Bayerisches Gesundheitsdatenzentrum befindet sich in der Prüfung. Applikationen wie DocConnect, Televue, SmartCare und Stroke Angel sind längst präsent dank der vom Freistaat Bayern ins Leben gerufenen Zentren für Telemedizin. Auf der einen Seite befindet sich das Zentrum für Telemedizin Bad Kissingen in einer Modellregion im ländlichen Raum. Das ist eine Gesundheitsregion in Bayern, die von der demografischen Entwicklung berührt wird. Auf der anderen Seite befindet sich die Bayerische TelemedAllianz in Ingolstadt. Auf diese Weise wird an die Ballungszentren und Metropolregionen herangetreten. Die Telemedizin unterstützt die Medizin, sie ersetzt aber nicht die Medizin. Wie die Frau Staatsministerin richtig angemerkt hat, kommt die Medizin durch die Digitalisierung noch näher zum Menschen. Die Umfragen bestätigen, dass die Akzeptanz der Telemedizin bei den Patienten gerade bei den Versorgungsthemen sehr hoch ist. Gerade die Telemedizin hat das Potenzial, sich den Herausforderungen unseres aktuellen Gesundheitssystems zu stellen und sich dort mit einzubringen.

Sie kann vor allem die flächendeckende Gesundheitsversorgung auch auf dem Land durch räumlich entfernte Dienstleistungen sicherstellen, bei der Regelversorgung die Kosten der Gesundheitsversorgung durch Prozess- und Ressourcenoptimierung senken, innovative reguläre Arbeitsplätze im Gesundheitssektor und bei der Technologisierung schaffen, die Attraktivität der Gesundheitsberufe steigern und die medizinische und pflegerische Exzellenz Bayerns auch für die Gesundheitstouristen mit erschließen. Das Thema telemedizinische Geriatrie ist vorhin schon angesprochen worden. Vor allem aber soll das Netzwerk der medizinischen Kompetenz zusammengeführt werden, um damit ein Stück weit die Digitalisierung gesundheitsrelevanter Informationen zu bündeln.

Dies alles und noch viel mehr ist die Leistung unserer bayerischen Kompetenzzentren im Bereich der Telemedizin in Bad Kissingen und in Ingolstadt. Über die Digitalisierung im Gesundheitswesen müssen wir die Innovationsführerschaft Bayerns in der Technologie und gerade in der Telemedizin ausbauen. Eine gute Möglichkeit hierfür besteht in der Anerkennung der Zentren in Bad Kissingen und Ingolstadt als institutionelle Einrichtungen. Das ZTM Bad Kissingen und die BTA Ingolstadt müssen Hand in Hand als institutionelle Einrichtungen für die zukünftige telemedizinische Gestaltung in der Fläche Bayerns und als Vorreiter für den Bund verstanden werden.

Dies alles und die bisherige Bündelung der telemedizinischen Aktivitäten haben genau gezeigt, dass dies positive Ergebnisse mit sich bringt. Für die Gestaltung einer modernen Gesundheitsversorgung unter Beachtung der demografischen Herausforderungen, die sich in Bayern stellen, ist eine weitere Förderung solcher Einrichtungen im Allgemeinen und dieser beiden Einrichtungen im Speziellen unverzichtbar und für die politischen Entscheidungen der kommenden Jahre hier im Haus von essenzieller Bedeutung.

Sehr geehrte Damen und Herren, wir wollen eine bestmögliche Gesundheit für die Menschen in Bayern, wie der Kollege Ulli Leiner vorhin gesagt hat, und wir verstehen es auch so: überall in Bayern. Unsere Ministerin vertritt eine menschliche und moderne Gesundheitspolitik, wofür sie sich mit der Digitalisierung im Gesundheitswesen ganz besonders einsetzt. Sie vernetzt im wahrsten Sinne des Wortes alle Ebenen, die dafür relevant sind. Sehr geehrte Frau Ministerin, an dieser Stelle herzlichen Dank.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herzlichen Dank. – Nächster Redner ist der Kollege Baumgärtner.

Jürgen Baumgärtner (CSU): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Die Einrichtung eines Ministeriums für Gesundheit und Pflege hat sich bereits nach zwei Jahren bewährt.

(Lachen bei der SPD)

Kollege Leiner, ich sage es noch einmal: Es ist in höchstem Maße absurd, heute dem Ministerpräsidenten vorzuwerfen, er würde sich für die Pflege nicht interessieren.

(Beifall bei der CSU)

Das war eine tolle Regierungserklärung mit hoher Substanz und viel Perspektive. Frau Staatsministerin, meinen herzlichsten Glückwunsch zu dieser Regierungserklärung!

(Beifall bei der CSU – Zuruf von der CSU: Bravo!)

Wer heute in diesem Hause formuliert, dass der Nachwachenschlüssel auf Kosten des Tagdienstes generiert würde, erzählt ein Ammenmärchen sondergleichen. Ich danke der Ministerin für ihren Mut und für das Durchsetzen menschenwürdiger Zustände in den Pflegeheimen auch in der Nacht. Liebe Frau Staatsministerin, vielen herzlichen Dank dafür!

(Beifall bei der CSU – Zuruf von der SPD)

Wenn wir über die ärztliche Versorgung in den ländlichen Regionen reden, werden wir feststellen: Es gibt nicht nur eine Antwort. Es ist ein Maßnahmenbündel gefragt. Die großen Herausforderungen dort sind die Demografie, die veränderte Arbeitswelt und der Trend zur Urbanisierung. Kollege Vetter, ich bin da in der Tat bei Ihnen, dass wir einen veränderten Zugang zu den Studienplätzen brauchen. Ich bin sehr davon überzeugt, dass wir mehr Studienplätze brauchen. Ich glaube aber auch, dass wir über eine Verkürzung der Aus- und Fortbildung bei den Ärzten ohne die Hinnahme von Abstrichen in der Qualität reden müssen.

Meine Damen und Herren, es macht keinen Sinn, Ärzte aus der Stadt in den ländlichen Raum zu bringen. Ich bin sehr dafür, jungen Menschen aus dem ländlichen Raum das Medizinstudium mit besonders angezeigten Stipendien und mit der Landarztquote zu ermöglichen. Ich bin sehr davon überzeugt, dass wir uns bei dieser Frage auf den Weg machen müssen.

Meine Damen und Herren, die Politik wird das Problem der veränderten Arbeitswelt nicht lösen. Ich bin fest davon überzeugt, dass wir die Selbstverwaltungspartner stärken müssen. Wir müssen die Selbstverwaltung in Bayern stärken und dürfen sie nicht aushöhlen. Wir brauchen weniger Bürokratie und eine angepasste Bedarfsplanung. Ich bin auch davon überzeugt, dass wir unsere Haus- und Fachärzte angemessen entlohnen müssen.

Meine Damen und Herren, vor allem von den GRÜNEN, wenn Sie die ländliche Entwicklung weiterhin blockieren, brauchen wir uns über die ärztliche Versorgung im ländlichen Raum nicht mehr zu unterhalten.

(Beifall bei der CSU – Margarete Bause (GRÜNE): Wie blockieren wir denn? – Weitere Zurufe von den GRÜNEN)

Ein Arzt lässt sich dort nieder, wo es attraktiv ist. Sie blockieren die Entwicklung des ländlichen Raums dadurch, dass Sie jedes Infrastrukturprojekt in Bayern blockieren und sabotieren.

(Beifall bei der CSU – Zuruf von den GRÜNEN)

Wir brauchen Familienfreundlichkeit. Wir brauchen einen Pool an Arbeitsplätzen auch für die Partner der Ärzte. Wir brauchen nicht nur eine gute Stimmung für die Haus- und Fachärzte, sondern auch ein gutes Image für unsere Pflegerinnen und Pfleger. Ich habe hier heute zugehört, und es wird mir himmelangst um die Zukunft der Pflegerinnen und Pfleger. Hier soll nicht schlechtgeredet und kritisiert werden.

(Zuruf von der GRÜNEN)

Ich sage Ihnen: Ich bin oft in den Pflegeheimen. Ich habe hohen Respekt vor der Arbeit der Pflegerinnen und Pfleger und kann attestieren, dass sie sich in höchster Qualität für Bayern und für die Menschen engagieren.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. Sie dürfen schon abtreten, Herr Baumgärtner. Der Herr Leiner will noch seine Redezeit ausschöpfen.

(Zuruf von der SPD: Nichts verschenken!)

Ich bitte ihn jetzt zum Rednerpult. Er hat noch drei Minuten.

Ulrich Leiner (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Jetzt muss ich doch noch ans Rednerpult. Lieber Kollege Baumgärtner, der Herr Ministerpräsident hat hier in diesem Hause noch nie ein Wort über Pflege und Gesundheit verloren.

(Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): Ach?)

Wir sind die Pressemitteilungen durchgegangen. Er hat noch nie ein Wort über die Stärkung der Pflege in Bayern verloren. Das ist Fakt. Das zeigt, wie wichtig ihm die alten und kranken Menschen in Bayern sind.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf von der CSU)

Diese kommen bei ihm ganz weit hinten. Die Koalition, die er so gerne mit dem Bürger eingeht, bezieht sich auf die Starken und lässt die Schwächsten im Land im Stich. Die 10-H-Regelung ist ihm wichtiger. Die HGÜ-Trasse ist viel wichtiger.

(Zuruf von der CSU)

Die Verhinderung des Nationalparks Steigerwald ist wichtiger als eines der wesentlichsten Themen unserer Zukunft.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Hätte sich der Herr Ministerpräsident in Berlin für Gesundheit und Pflege auch nur annähernd so eingesetzt, wie er sich für die Pkw-Maut eingesetzt hat, wäre den Bürgerinnen und Bürgern in Bayern weit mehr geholfen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf von der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herzlichen Dank. – Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Ich bitte nun Frau Staatsminis-

terin Huml für die zusammenfassende Stellungnahme zum Rednerpult.

Staatsministerin Melanie Huml (Gesundheitsministerium): Liebe Kolleginnen und Kollegen und vor allem lieber Kollege Leiner! Ich kann nur sagen: Ich erfahre bei meiner Arbeit immer sehr viel Unterstützung durch unseren Ministerpräsidenten Horst Seehofer.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Ich glaube, jeder, der ihn kennt, weiß, dass ihm gerade diese sozialen Themen unwahrscheinlich am Herzen liegen.

(Karl Freller (CSU): So ist es! – Zuruf von den GRÜNEN)

Das sage ich hier noch einmal in aller Deutlichkeit. Dazu sind nicht mehr Worte erforderlich, weil das einfach Fakt ist.

(Beifall bei der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, heute hat man gemerkt, dass wir für die Themen Gesundheit und Pflege noch mehr Regierungserklärungen und Zeit brauchen könnten. Leider müssen wir uns zeitlich ein bisschen beschränken. Für viele Punkte, die von den Kollegen angesprochen wurden, müssen wir uns noch viel Zeit nehmen. Die Zeit für die Regierungserklärung war etwas limitiert. Ich möchte aber trotzdem noch zu einigen Punkten etwas sagen.

Mehrfach wurde heute unser Krankenhausplanungsausschuss angesprochen. Dieses Gremium praktiziert eine sehr verantwortungsvolle Bedarfsplanung für die Krankenhäuser in Bayern. Ich kann Ihnen sagen: Dort wird im Vorfeld und in der Sitzung mit den Trägern gesprochen. Manche Vorschläge werden abgelehnt, manche zurückgestellt und manche nicht zur Gänze, wie es sich der Träger vorstellt, umgesetzt. Wo dies notwendig ist, werden auch weitere Betten genehmigt. Ich denke dabei an die Bereiche der Psychiatrie und der Kinderpsychiatrie, bei denen wir in den letzten Jahren eine Ausweitung benötigt haben. Wir haben diese Ausweitung durchgesetzt, weil sie für die Menschen in Bayern notwendig war. Ich lasse die pauschale Kritik, dass es zu viele Betten und zu viele Krankenhäuser gebe, nicht gelten. Wir müssen immer fragen: Wie ist der Bedarf? Danach muss sich die Planung ausrichten, und danach richten wir in Bayern auch die Planung aus. So viel vorweg zur Krankenhausplanung.

Liebe Kollegin Kathrin Sonnenholzner, Sie haben vom Sicherstellungszuschlag gesprochen und festgestellt, dass wir einen solchen für die Gynäkologie und ande-

re Bereiche gut brauchen könnten. Ich sage Ihnen eines: Ich wäre sehr froh, wenn Sie Ihren Kollegen von der SPD, die für die Gesundheit zuständig sind, dies auf den Weg geben könnten. Von ihnen hören wir nämlich immer wieder, dass der Sicherstellungszuschlag nur für komplette Krankenhäuser gedacht sei und nicht für einzelne Stationen.

(Unruhe)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bitte doch um etwas Ruhe.

Staatsministerin Melanie Huml (Gesundheitsministerium): Ich wäre deswegen dankbar für Ihre Unterstützung. Ich bin der Auffassung, dass wir Sicherstellungszuschläge zum Beispiel für einzelne Stationen der Gynäkologie brauchen, aber nicht für ein ganzes Krankenhaus.

(Beifall bei der CSU)

Zur Pflege wurde mehrfach gefragt: Was hat die Herzwerker-Kampagne eigentlich gebracht? Allein in den letzten drei Jahren können wir an den Zugangszahlen sehen, dass die Zahl derjenigen, die die Ausbildung zu einem Pflegeberuf aufnehmen wollen, um 29 % zugenommen hat. In meinen Augen ist das auch ein Erfolg der Herzwerker-Kampagne. Diese Kampagne zielt deswegen in die richtige Richtung. Wir müssen aber dafür sorgen, dass diejenigen, die einen Pflegeberuf ergreifen wollen, diese Ausbildung auch weiterführen und danach in den Pflegeberuf gehen. Deswegen wollen wir zum Beispiel die Praxisanleitung verbessern. Auf diesen Punkt habe ich im letzten Jahr gesetzt; und wir wollen ihn jetzt umsetzen.

Damit komme ich zur Umlage. Wir alle wissen, zumindest diejenigen Kolleginnen und Kollegen aus dem Gesundheits- und Pflegeausschuss, dass wir für die Einführung der Umlage erst die Grundlage benötigt haben. Wir haben jetzt die Studie, die besagt, dass dies von den Zahlen her möglich ist. Jetzt werden wir die Umlage einführen. Das war der Wunsch. Das ist auch mein Wunsch. Das wird kommen. Wir brauchen dafür die Zahlen, dann kommt der juristische Teil, und dann wird diese Umlage mit Leben erfüllt. So sind nun einmal die Abläufe.

(Beifall bei der CSU)

Zur Prävention: Was glauben Sie, warum wir so stark in die Lebenswelten gehen wollen? Liebe Kollegin Kathrin Sonnenholzner, wir wissen doch, dass zu einer Veranstaltung über gesunde Ernährung häufig diejenigen kommen, die sich eh mit diesem Thema beschäftigen. Deswegen haben wir in dem bayerischen Präventionsplan den Ansatz der Lebenswelten

aufgenommen. Wir wollen möglichst alle erreichen und nicht nur diejenigen, die sich für das betreffende Thema interessieren. Das ist der Sinn der Sache. Deswegen verstehe ich Ihre Kritik nicht. Wir wollen in die Lebenswelten gehen.

(Beifall bei der CSU)

Lieber Herr Kollege Karl Vetter, Sie haben von den gleichwertigen Lebensbedingungen gesprochen, die mir ebenfalls sehr am Herzen liegen. Wir wollen mehr Ärzte aufs Land bringen. Bayern hat sich dafür eingesetzt, dass bei der Bedarfsplanung die Planungsbereiche geteilt werden können. Das funktioniert auch. Der Landkreis Kronach ist inzwischen in zwei Bereiche und Stadt und Landkreis Schweinfurt sind sogar in drei Bereiche aufgeteilt worden. Wir haben dadurch eine kleinteiligere Betrachtung erreicht. Ohne die Initiative aus Bayern wäre das nicht möglich gewesen. Lieber Herr Kollege Vetter, wir tun bereits etwas für die Bedarfsplanung, auch wenn dafür grundsätzlich eigentlich der Bundesausschuss zuständig ist.

(Beifall bei der CSU)

Bezüglich der Bereitschaftsdienstpraxen im Krankenhaus oder in dessen Nähe sind wir d'accord und einer Meinung. Wir brauchen aber auch Ärzte, die dort arbeiten wollen. Die niedergelassenen Ärzte in Aschaffenburg haben es kürzlich leider abgelehnt, eine Bereitschaftsdienstpraxis am Krankenhaus mit Leben zu erfüllen. Wir brauchen niedergelassene Ärzte, die bereit sind, in einer solchen Praxis Dienst zu tun. Ich bin ein Fan davon. Ich unterstütze dies überall, wo das geht. Dafür brauchen wir aber die Selbstverwaltung und die Partner; denn ohne sie geht es nun einmal nicht, auch wenn der politische Wille dazu vorhanden ist.

(Beifall bei der CSU)

Sie haben an mich die klare Frage gestellt, wann ich im Streit zwischen AOK und Hausärzteverband im rechtsaufsichtlichen Verfahren tätig geworden bin. Am 22. April – das war der Tag, nachdem wir ein gemeinsames Gespräch hatten – habe ich, wie angekündigt, als ersten Schritt das Beratungsschreiben an die AOK geschickt. Das war der erste Schritt, um das rechtsaufsichtliche Verfahren einzuleiten. Dieses Schreiben ist am ersten Tag nach dem gemeinsamen Gespräch abgeschickt worden, wie ich das beim Hausärztetag in Würzburg angekündigt hatte.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es gäbe noch viel zu sagen. Ich glaube, der Themenbereich "Gesundheit und Pflege" wird uns auch noch in den nächsten Jahren beschäftigen. Ich freue mich darauf, mich mit Ihnen gemeinsam damit beschäftigen zu

können. Ich kann Herrn Kollegen Jürgen Baumgärtner recht geben: Lieber Kollege Leiner, Gott sei Dank gibt es in der Pflege nicht nur Missstände. Vielmehr haben wir hoch engagierte Pflegekräfte. Dafür ein herzliches Dankeschön.

(Beifall bei der CSU – Thomas Gehring (GRÜNE): Das hat doch nichts miteinander zu tun!)

Fest steht, dass wir diese Kräfte unterstützen wollen. Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Vielen Dank, Frau Staatsministerin. Damit ist der Tagesordnungspunkt erledigt.

Ich rufe nun **Tagesordnungspunkt 3** auf:

**Gesetzentwurf der Staatsregierung
zur Änderung des Bayerischen
Verwaltungsverfahrensgesetzes und anderer
Rechtsvorschriften (Drs. 17/2820)
- Zweite Lesung -**

hierzu:

**Änderungsantrag der Abgeordneten Markus
Rinderspacher, Franz Schindler, Horst Arnold u. a.
(SPD)
(Drs. 17/5523)**

und

**Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete
Bause, Ludwig Hartmann, Katharina Schulze u. a.
und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
hier: Verpflichtende frühe
Öffentlichkeitsbeteiligung bei Großvorhaben
(Drs. 17/5524)**

Im Ältestenrat wurde vereinbart, auf eine Aussprache zu verzichten. Wir kommen daher gleich zur Abstimmung. Der Abstimmung liegen der Gesetzentwurf auf der Drucksache 17/2820 sowie die Änderungsanträge von Abgeordneten der SPD-Fraktion auf der Drucksache 17/5523 sowie von Abgeordneten der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN auf der Drucksache 17/5524 und die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden und endberatenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen auf der Drucksache 17/6181 zugrunde.

Vorweg ist über die vom federführenden Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge auf den

Drucksachen 17/5523 und 17/5524 abzustimmen. Besteht damit Einverständnis, dass wir über die Änderungsanträge insgesamt abstimmen und der Gesamtabstimmung das Votum des jeweils federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen zugrunde legen? – Das ist der Fall. Dann lasse ich jetzt so abstimmen.

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. dem jeweiligen Abstimmungsverhalten seiner Fraktion im jeweils federführenden Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Gibt es Gegenstimmen? – Keine Gegenstimmen. Stimmenthaltungen? – Auch keine Stimmenthaltungen. Damit übernimmt der Landtag diese Voten. Die Änderungsanträge sind abgelehnt.

Der federführende und endberatende Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen empfiehlt den Gesetzentwurf zur unveränderten Annahme. Ergänzend schlägt er vor, in § 1 Nummer 9 b jeweils das Datum "1. Juni 2015" und in § 6 als Datum des Inkrafttretens ebenfalls den "1. Juni 2015" einzufügen.

Wer mit dem Gesetzentwurf mit dieser Ergänzung einverstanden ist, den bitte ich nun um sein Handzeichen. – Danke schön. Das sind die CSU, FREIE WÄHLER. Gibt es Gegenstimmen? – Keine Gegenstimmen. Stimmenthaltungen? – Bei Stimmenthaltung von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN so beschlossen.

Da ein Antrag auf Dritte Lesung nicht gestellt wurde, führen wir gemäß § 56 der Geschäftsordnung sofort die Schlussabstimmung durch. Ich schlage vor, sie in einfacher Form durchzuführen. – Widerspruch erhebt sich nicht. Wer dem Gesetzentwurf seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das sind die Fraktionen der CSU und der FREIEN WÄHLER. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Keine Gegenstimmen. Stimmenthaltungen? – Bei Stimmenthaltung von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist das Gesetz so angenommen. Es hat den Titel: "Gesetz zur Änderung des Bayerischen Verwaltungsverfahrensgesetzes und anderer Rechtsvorschriften".

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir fahren in der Tagesordnung fort; ich rufe den **Tagesordnungspunkt 4** auf:

Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Heilberufe-Kammergesetzes, des Gesundheitsdienst- und

Verbraucherschutzgesetzes und weiterer Rechtsvorschriften (Drs. 17/5205)

- Zweite Lesung -

Auch hierzu hat der Ältestenrat vereinbart, auf eine Aussprache zu verzichten. Wir kommen deshalb auch hier sofort zur Abstimmung. Der Abstimmung liegen der Gesetzentwurf auf Drucksache 17/5205 und die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege auf Drucksache 17/6347 zugrunde. Der federführende Ausschuss empfiehlt die unveränderte Annahme.

(Unruhe)

- Seien Sie doch bitte etwas ruhiger. – Der endberatende Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen stimmt ebenfalls zu. Ergänzend schlägt er jedoch vor, in § 1 Nummern 23 und 24 bei den Zeitpunkten des Außerkrafttretens den "31. Mai 2015", den "31. Juli 2015" und den "1. Dezember 2015" einzufügen sowie in § 5 als Datum des Inkrafttretens den "1. Juni 2015" einzufügen. Im Einzelnen verweise ich auf die Drucksache 17/6347. Wer dem Gesetzentwurf mit diesen Ergänzungen zustimmen will, den bitte ich nun um sein Handzeichen. – Danke schön. Gibt es Gegenstimmen? – Keine Gegenstimmen. Stimmenthaltungen? – Keine Stimmenthaltung. So beschlossen.

Da ein Antrag auf Dritte Lesung nicht gestellt wurde, führen wir gemäß § 56 der Geschäftsordnung sofort die Schlussabstimmung durch. Ich schlage vor, sie in einfacher Form durchzuführen. - Widerspruch erhebt sich nicht. Wer dem Gesetzentwurf seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Danke schön. Gegenstimmen bitte ich auf die gleiche Weise anzuzeigen. – Keine Gegenstimmen. Stimmenthaltungen? – Keine Stimmenthaltung. Damit ist das Gesetz so angenommen. Es hat den Titel: "Gesetz zur Änderung des Heilberufe-Kammergesetzes, des Gesundheitsdienst- und Verbraucherschutzgesetzes und weiterer Rechtsvorschriften".

Nun rufe ich **Tagesordnungspunkt 5** auf:

Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Bayerischen Schulfinanzierungsgesetzes (Drs. 17/3262)

- Zweite Lesung -

hierzu:

Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Kerstin Schreyer-Stäblein, Prof. Dr. Gerhard Waschler u. a. (CSU)
(Drs. 17/5552)

Ich eröffne nun die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt entsprechend der Vereinbarung im Ältestenrat 24 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich an der Redezeit der stärksten Fraktion. Erster Redner ist der Kollege Michael Hofmann.

Michael Hofmann (CSU): Frau Vizepräsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Änderung des Schulfinanzierungsgesetzes steht heute auf der Tagesordnung. Ich darf kurz zusammenfassen, um welche Punkte es zunächst gehen wird; denn dieser Gesetzentwurf umfasst mehrere Punkte.

Es geht um die Fortschreibung des Faktors der Gastschulbeitragspauschale, es geht um einen Baukostenzuschuss für die privaten Schulen im Bereich Grund- und Mittelschulen. Es geht auch um die Frage der Außenstellen, die in dem Zusammenhang zu gründen sind oder gegründet werden können, und es geht um die Schülerbeförderungskosten im Bereich der M-Schüler.

Ich darf mit dem Punkt anfangen, der gesamtparlamentarisch gesehen der erfreulichste ist, nämlich dass zumindest in den Beratungen in den Ausschüssen vonseiten der SPD, der GRÜNEN und der FREIEN WÄHLER kein Widerspruch dagegen erhoben worden ist, den Faktor der Gastschulbeitragspauschale so fortzuschreiben. Damit war es das aber schon mit der Einigkeit; in den anderen Punkten gibt es Differenzen.

Die Differenzen möchte ich ganz kurz darstellen, weil es mir wichtig ist, dass wir einen gemeinsamen Stand haben. Zunächst einmal zu dem, was den Baukostenzuschuss angeht im Zusammenhang mit der Finanzierung von Grund- und Mittelschulen. Die Staatsregierung hat auf Veranlassung des Obersten Rechnungshofes in ihrem Gesetzentwurf vorgesehen gehabt, für die staatlich genehmigten Schulen bzw. für die staatlich anerkannten Schulen den Baukostenzuschuss jeweils um 10 % zu kürzen, also auf 60 bzw. auf 70 %. Bereits in der Ersten Lesung habe ich an gleicher Stelle deutlich gemacht, dass ich in dem Zusammenhang auf die Beratungen gespannt bin. Ich habe signalisiert, dass wir uns in der CSU-Fraktion intensiv damit beschäftigen werden, was letztlich in den Änderungsantrag der CSU-Fraktion gemündet ist. Auch diesen möchte ich kurz erläutern.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Natürlich kann das Parlament nicht ohne Weiteres über die Punkte hinweggehen, die der Oberste Rechnungshof anspricht. Nichtsdestoweniger ist der Landtag das Gremium, das sich entscheiden muss, ob es der Kritik des Obersten Rechnungshofs Rechnung trägt oder nicht. Wir haben uns dafür entschieden, eine möglichst breite Vertrauensschutzsituation zu schaffen für diejenigen, die bereits jetzt Grund- und Mittelschulen installiert haben, aber noch in angemieteten Räumen sind. Das sind immerhin 61 %. Die CSU-Fraktion war der Ansicht, dass sie bei einer Senkung des Baukostenzuschusses nicht mitgehen will. Insoweit wollen wir mit unserem Änderungsantrag die alte Regelung belassen bis zu dem Zeitpunkt, als der Gesetzentwurf der Staatsregierung eingebracht worden ist. Für alle diejenigen, die in Zukunft Grund- und Mittelschulen installieren und in dem Zusammenhang einen Baukostenzuschuss beantragen wollen, gilt die um 10 % verminderte Regelung. Ich glaube, dass das eine sehr sinnvolle Lösung ist; denn vor dem Hintergrund, dass natürlich auch die freien Schulträger Unternehmer sind, die sich mit geänderten Rahmenbedingungen zurechtfinden müssen, ist es nachvollziehbar, dass wir denen, die sich auf diese Situation noch nicht einstellen konnten, Vertrauensschutz geben und denen, die noch nicht am Start waren, dementsprechend zumuten können, dass sie sich mit den neuen finanziellen Bedingungen auseinandersetzen.

Wir haben weiterhin die Situation, dass wir mit dem Gesetzentwurf die Gründung von Außenstellen erleichtern. Das halte ich für eine sinnvolle Regelung. Allerdings ist die Abgrenzung zwischen einer Außenstelle und einer selbstständigen Schule auf dem Papier vielleicht einfacher zu definieren, als es dann in der Realität der Fall ist. Dazu brauchen wir ein wachsames Auge. Dementsprechend macht die Karenzzeit auch für Außenstellen, die in den Ausschüssen kritisiert worden ist, auf jeden Fall Sinn. Auch dort müssen sich die Außenschulen zunächst mal pädagogisch und wirtschaftlich bewähren.

Ich kann nicht ganz nachvollziehen, dass wir hierfür kritisiert werden. Wir wissen ganz genau: Wenn in dem Punkt irgendwo etwas schief laufen würde, wenn es Fehler geben würde und wir keine großzügige Karenzzeit eingeräumt hätten, dann weiß ich, an wen der Vorwurf gerichtet würde, dass zu wenig geprüft worden sei. Vor diesem Hintergrund macht diese Karenzzeit in jedem Fall Sinn.

Der letzte Punkt, der zu behandeln ist, sind die Schülerbeförderungskosten. Hier war es bisher so, dass die Schülerbeförderungskosten für M-Schüler dahin gehend geregelt worden sind, dass der Landkreis oder die kreisfreien Städte sich darum bemühen. Wir

haben jetzt in ganz Bayern die entsprechenden Mittel- schulverbände, sodass wir auch in dem Bereich wie- der auf das Prinzip zurückgehen können, das im Schulfinanzierungsgesetz bereits vorgesehen ist, nämlich dass die Sachaufwandsträger, in dem Fall al- lerdings die Schulverbände, sich mit der Thematik der Beförderungskosten beschäftigen müssen. Dement- sprechend sollten sie in ihren Vereinbarungen auch darauf eingehen, wie diese Beförderungskosten zu schultern sind. Das ist insoweit auch sinnvoll, als die Gemeinden bzw. die Mittelschulverbände sich mit der Thematik intensiver beschäftigen. Die Verlagerung, die wir bisher hatten - bisher sind die Landkreise auch für Beförderungskosten aufgekommen, für die sie gar nicht zuständig waren -, ist jetzt insgesamt überholt. Deswegen bitte ich um Zustimmung zum Gesetzent- wurf und bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Jetzt bitte ich die Kollegin Wild zum Rednerpult. – Herr Hofmann, Sie haben schon richtig gesehen: Die Uhr ist kurzzeitig ausgefallen.

(Michael Hofmann (CSU): Passt schon!)

Margit Wild (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich bin Ihnen sehr dafür dankbar, Herr Hofmann, dass Sie so dezi- diert aufgeführt haben, worum es bei dieser Geset- zesänderung geht. Das sollte man schon wissen. Eine Überschrift im Gesetzentwurf heißt nämlich "Finanzie- rung privater Grundschulen und Mittelschulen". Dann heißt es so schön: Anpassung und Optimierung. Aber unter "Anpassung und Optimierung" kann man Ver- schiedenes verstehen. Sie haben auch ausgeführt, dass die Opposition im Bildungsausschuss unisono der Meinung war, dass die Fortschreibung der Gast- schulbeiträge ganz normal ist; ihr kann man auch zu- stimmen. Dabei handelt es sich um eine ganz norma- le und selbstverständliche Anpassung.

Problematischer wird es dann schon bei der Schüler- beförderung. Ich hätte hier nämlich erwartet, dass Sie sich mit den Sachaufwandsträgern an einen Tisch setzen und das besprechen. Sie alle wissen ganz genau – Sie sind auch in kommunalen Gremien, in Landkreisen und in Gemeinden tätig -, wie hoch oft die Kosten der Schülerbeförderung sind. Ich hätte von Ihnen erwartet, dass Sie sich die Zeit nehmen, sich mit den Sachaufwandsträgern an einen Tisch zu set- zen, bevor Sie den Gesetzentwurf hier einbringen. Ich habe durchaus den Eindruck, dass die Gesetzentwür- fe ein bisschen holprig daherkommen. Herr Staats- sekretär, Sie haben das letzte Mal gesagt, dass Sie für die privaten Förderschulen eine Situation schaffen

wollen, in der es ihnen gut geht, in der sie ihren Unter- richt zuverlässig leisten können, in der ihre Schulen nicht gefährdet sind und in der sie kein Schulgeld er- heben müssen. Da liegt im Augenblick noch gar nichts vor. Da muss man schon sagen: Da sollten Sie nacharbeiten bzw. manchmal sollten Vorbesprechun- gen vor der Einbringung von Gesetzentwürfen stattfin- den.

Ich komme jetzt zu zwei wesentlichen Punkten. Sie haben so schön versucht, das zu erklären, und haben gesagt, Sie wollten die Schulfinanzierung und die Gründung von Außenstellen auf sichere Beine stellen. Neugründungen sollen den Außenstellen dann gleich- rangig sein; da soll keine Ungerechtigkeit entstehen. Das kann ich aber nicht nachvollziehen, wenn die Lö- sung so aussieht, dass für eine Außenstelle dann erneut eine Karenzzeit von zwei Jahren eingeführt wird. Das heißt: Der Träger ist zwei Jahre lang für den personellen Aufwand, die Personalkosten, und für die Sachkosten zuständig. Ich verstehe das nicht: Da gibt es bereits eine Schule, eine Gründung, die gezeigt hat, dass sie ein pädagogisches Konzept hat, dem die Eltern vertrauen. Ansonsten wäre die Nachfrage nach einer Außenstelle nicht vorhanden. Das wäre nämlich unlogisch: Wieso sollte eine bestehende private Schu- le eine Außenstelle errichten, wenn es vorher nicht funktioniert hat? – Da verstehe ich Ihr Misstrauen nicht. Zwei Jahre Karenzzeit sind schon bei einer Neugründung problematisch, wie wir damals formu- liert haben. Aber bei einer Außenstelle entbehrt eine solche Regelung jeglicher Logik. Das kann ich in kei- ner Weise nachvollziehen. Das wird auch dazu führen – ich weiß nicht, ob das Ihre Absicht ist -, dass so manche Schule, die da gut angenommen ist, aus fi- nanziellen Gründen die Errichtung einer Außenstelle nicht mehr leisten kann. Die schauen sich das vorher natürlich ganz genau an. Das ist möglicherweise die subtile Intention, die Sie mit diesem Gesetzentwurf verfolgen. – Was ist sonst die Begründung? – Da kann ich das Misstrauen nennen. Ist es die Kontrolle? Oder wollen Sie die privaten Schulen sukzessive schwächen, wie Sie es immer wieder tun? – Dasselbe passiert wahrscheinlich auch in der Zweiten Lesung bei der Änderung des Erziehungs- und Unterrichtsge- setzes. Da mussten Sie auch nachjustieren; Sie haben da versucht, das Ganze mithilfe von Schüler- zahlen schwieriger zu machen. – Es gibt also immer wieder kleine Nadelstiche, mit denen Sie es den pri- vaten Schulen schwerer machen wollen.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Jetzt muss ich ein bisschen schneller sein, ich weiß. – Kommen wir zu den Baukostenzuschüssen; darüber ärgere ich mich auch sehr. Seit 2010 kürzen Sie suk- zessive die Baukostenzuschüsse. Innerhalb von kur-

zer Zeit haben wir hier zweimal um jeweils zehn Prozent gekürzt. Und da sagen Sie, das sei moderat. Unter einer moderaten Zuschusskürzung verstehe ich, ehrlich gesagt, etwas anderes als eine Kürzung um 10 % und dann noch einmal um 10 % innerhalb von drei Jahren. Damit enthalten Sie den privaten Trägern eine große Summe vor. Als Begründung führen Sie an, der Oberste Rechnungshof sei der Mahner. Da muss ich fragen: Wie oft überhören Sie die Mahnungen des Obersten Rechnungshofs, wenn sie nicht in Ihre politische Zielrichtung passen? – Unsere Fraktion hat nichts gegen das Sparen, aber man muss wissen, wo und wie man spart; denn letztendlich müssen Sie das Geld auf einem anderen Weg wieder einsetzen.

Also, ich muss ganz einfach sagen, wie ich schon in der Ersten Lesung gesagt habe: Einer solchen sukzessiven Schlechterstellung der privaten Grund- und Mittelschulen stimmen wir nicht zu. Wir haben das im Bildungsausschuss ausführlich dargestellt.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Kommen Sie bitte zum Ende, Frau Kollegin.

Margit Wild (SPD): Ich sage jetzt noch einmal: Das, was Sie uns als moderat und notwendig verkaufen wollen, sehen wir, ehrlich gesagt, ganz, ganz anders. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. Nächster Redner ist Herr Kollege Felbinger.

Günther Felbinger (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Kollege Hofmann hat schon ausgeführt, wo unsere Gemeinsamkeiten bei diesem Gesetzentwurf liegen und wo die Unterschiede sind. Wir können uns durchaus mit der Anpassung des Fortschreibungsfaktors bei den Gastschulbeitragspauschalen anfreunden, aber für die anderen beiden Punkte sind wir nicht zu gewinnen, für die Absenkung des Baukostenzuschusses und die vorgesehene Regelung der Schülerbeförderung der M-Klassen der Mittelschulen. Ingeheim hatten wir gehofft, dass die CSU-Fraktion mit den Trägern der Privatschulen spricht und vielleicht doch noch umdenkt. Aber das ist mitnichten und nur in einem kleinen Punkt erfolgt. Schließlich war auch bei einem anderen Gesetzentwurf zum Thema Privatschulen, den Sie plötzlich vorgelegt haben, doch noch ein Umdenken möglich, und das Schlimmste ist verhindert worden. Um Fehlentwicklungen zu verhindern, ist es gut, dass die Opposition kritisch auf diese Gesetzentwürfe schaut.

Lassen Sie mich kurz begründen, warum wir bei der Schülerbeförderung absolut gegen den vorgeschlagenen Gesetzentwurf sind. Sie wollen die Ausnahmeregelung für die Beförderung von Schülerinnen und Schülern, die ein M-Angebot außerhalb des Sprengels besuchen, aufheben. Bisher waren die kreisfreien Städte und die Landkreise dafür zuständig; nun sollen die Schülerbeförderungskosten zu den Schulaufwandsträgern der Mittelschulen und damit zu den Kommunen verlagert werden. Das lehnen wir FREIE WÄHLER ab. Wir halten beispielsweise eine Abstimmung der Busverbindungen auf Landkreisebene für sinnvoller; zudem kann nicht jede Kommune diese zusätzlichen Kosten so ohne Weiteres tragen. Wir fordern daher, die bisherige Regelung weiterzuführen. – Lassen Sie auch Artikel 3 des Schulfinanzierungsgesetzes so, wie er ist.

Nun aber zu dem größten Makel des Gesetzentwurfs, der weiteren Absenkung der Baukostenzuschüsse für private Grund- und Mittelschulen um abermals zehn Prozent. Dazu hat die Kollegin Wild gerade etwas gesagt. Im Jahr 2010 wurde der Baukostenzuschuss bereits von 80 auf 70 % abgesenkt, und jetzt soll er von 70 auf 60 % heruntergehen. Das bedeutet innerhalb von fünf Jahren eine zweimalige Absenkung um 10 Prozentpunkte. Das kann nicht wirklich Ihr Ernst sein.

Der Schein trügt nicht, sondern es ist immer so: Wenn Sie bei Privatschulen Kürzungen vornehmen, führen Sie immer den Obersten Rechnungshof und die staatliche Rechnungsprüfung als Kronzeugen an. Aber letztendlich geht es Ihnen um nichts anderes als darum, Geld zu sparen. Da ziehen wir aber nicht mit.

Man muss dabei bedenken, dass sich gerade bei den Baumaßnahmen ein großer Berg angesammelt hat und die Schulträger durchschnittlich acht Jahre auf ihnen vom Freistaat zugesagte Mittel warten müssen. Hier sind auch laufende Vorfinanzierungen inklusive der Zinszahlungen vieler Träger zu bedenken.

Wir halten auch die Einführung einer Karenzzeit für Außenstellen für nicht notwendig. Sie haben jetzt einen Änderungsantrag eingebracht. Da haben Sie sich zu einem Vertrauensschutz für die Bestandschulen durchgerungen. Das zeigt mir, dass Sie zwar bei der ganzen Sache ein Problem sehen, es aber nur halbherzig angehen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen der CSU, ich hatte gehofft, dass Sie sich mit dem Gesetzentwurf kritischer auseinandersetzen würden, die betroffenen Schulen noch einmal hören würden und sich die Folgen vor Augen führen würden. Dann hätten Sie noch rechtzeitig die Bremse anziehen können. Das scheint

gemäß den Ausführungen des Kollegen Hofmann jetzt nicht mehr der Fall zu sein. Wir lehnen den Gesetzentwurf jedenfalls ab.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nächster Redner ist der Kollege Gehring.

Thomas Gehring (GRÜNE): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Gesetzentwurf enthält eine ganze Reihe von Regelungen, die eigentlich nichts miteinander zu tun haben. Deswegen muss man ihn differenziert diskutieren. Wir haben auch differenziert abgestimmt. Wir haben der Fortschreibung der Gastschulbeitragspauschalen zugestimmt.

Ich finde, man muss auch die Frage der Schulbuskosten bei den M-Zügen differenziert diskutieren. Hier gibt es eine Verlagerung der Kosten auf die Kommunen. Herr Kollege Hofmann, man kann es sich nicht so leicht machen zu sagen: Sie werden sich im Schulverbund schon einigen.

Die Situation ist so, dass die M-Züge sich meist an größeren Standorten befinden. Es wird also vor allem die kleineren Kommunen treffen, die keinen eigenen M-Zug haben. Ich denke, die bisherige Regelung war richtig. Demnach werden in den Landkreisen bei allen Bustransporten zu Schulen, die zur mittleren Reife führen, auch die Mittelschulen berücksichtigt. Von daher sehen wir für diese Gesetzesänderung keinen Bedarf. Dass es hier vom Gemeindetag keine Stellungnahme gegeben hat, zeigt ja auch, dass in der kommunalen Familie Uneinigkeit herrscht. Wir sollten sie uns nicht zunutze machen, sondern sehr ernst nehmen.

Ich möchte jetzt etwas zu den beiden Punkten im Gesetzentwurf sagen, denen wir nicht zugestimmt haben und die für mich die schwerwiegenderen sind. Da geht es immer um die Behandlung der Schulen in freier Trägerschaft, vor allem der Grund- und Mittelschulen in freier Trägerschaft. Da geht es vor allem um die Montessori-Schulen. Es ist wirklich nicht einzusehen, welchen Sinn die einzelnen Regelungen machen, wenn man sie nicht im Gesamtzusammenhang sieht. Ihre Politik gegenüber den freien Schulen, vor allem den freien Grund- und Mittelschulen, in den letzten fünf, sechs, sieben Jahren war eine Politik der systematischen Verschlechterung der Situation der Schulen in freier Trägerschaft, insbesondere der Montessori-Schulen.

Es fing an mit der Veränderung der Lehrerruhestellung. Dann bekamen sie keine verbeamteten Lehrkräfte mehr. Dann kam die Pauschalierung, die so gestrickt wurde, dass sie für viele Grund- und Mittelschulen zu

einer Verschlechterung führte. Wenn jetzt die Regelung mit der Karenzzeit für die Außenstellen und den Baukosten kommt, bedeutet das eine weitere Verschlechterung. Ich kann darin keine andere Absicht erkennen, als dass es Ihnen darum geht, den weiteren Ausbau und den weiteren Erfolg der Schulen in freier Trägerschaft, die gut arbeiten, zu dämpfen, zu behindern und nicht mehr zuzulassen. Da stoßen Sie bei uns auf Widerstand, und deswegen werden wir nicht zustimmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zur Karenzzeit. Sie bedeutet ja: Wenn eine neue Schule gegründet wird, bekommt sie zwei Jahre lang keine Zuschüsse, auch keine Zuschüsse für das Personal, weil der Schulträger zeigen muss, dass er eine Schule pädagogisch führen kann, dass er ein entsprechendes Konzept hat, dass er die Unterstützung der Eltern hat und dass er selber eine ausreichende finanzielle Solidität hat, um eine solche Schule zu betreiben. Erst nach zwei Jahren bekommt er Zuschüsse vom Land.

Wenn der Schulträger eine Außenstelle gründet, hat er dies aber alles bei seiner Hauptschule bewiesen. Warum muss er dann alles für die Außenstelle noch einmal bringen? Warum bekommt er da noch einmal eine Karenzzeit aufgebremst? - Ich kann mir das nicht anders erklären, als dass es Ihnen darum geht, den weiteren Ausbau solcher Schulen über Außenstellen zu bremsen und zu blockieren.

Der zweite Punkt ist die Absenkung der Baukostenzuschüsse bei den privaten Grund- und Mittelschulen um 10 %. Ja, es gibt eine Äußerung des Rechnungshofes. Der Rechnungshof bezieht sich auf ein Gesetz, das in diesem Haus formuliert und beschlossen worden ist. Gesetzgeber sind wir, der Landtag in diesem Haus, und der Gesetzgeber hat das Gesetz mit Überlegung und guten Argumenten so beschlossen. Er hat nämlich die Baukostenzuschüsse für die privaten Grund- und Mittelschulen daran bemessen, dass es keine Angebotsschulen, sondern wie die Grund- und Mittelschulen in staatlicher Trägerschaft Pflichtschulen sind. Das heißt, diese Schulen nehmen alle Kinder auf, die zu ihnen kommen, Kinder, die Schwierigkeiten im staatlichen Schulsystem haben, und Kinder, bei denen besondere Förderaufgaben anstehen. Deswegen müssen diese Schulen anders als die Angebotsschulen behandelt werden, und daher ist die Senkung um 10 % nicht hinnehmbar.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie haben jetzt einen Änderungsantrag eingebracht, der Vertrauensschutz bietet und eine Übergangsregelung gewährt. Das zeigt, Sie merken selber, dass

nicht alles in Ordnung ist, und haben ein schlechtes Gewissen. Hätten Sie es so gemacht wie bei dem anderen Gesetzentwurf, den wir gerade diskutieren, und den Passus gestrichen, dann wäre das besser gewesen. Das wäre Ihnen gut angestanden. Jetzt haben wir zwar die Übergangsregelung; aber mit dem Gesetz, das ja auch für alle gilt, die noch bauen wollen, führen Sie Ihre Politik der letzten Jahre fort, nämlich den weiteren Ausbau der Schulen in freier Trägerschaft zu behindern. Deswegen lehnen wir den Gesetzentwurf ab.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Vielen Dank, Herr Kollege Gehring. - Ich gebe bekannt, dass die CSU für die Schlussabstimmung namentliche Abstimmung beantragt hat. – Nächster Redner ist der Kollege Hofmann. Bitte schön.

Michael Hofmann (CSU): Frau Vizepräsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe mir zwei Minuten aufgehoben, weil ich mir schon gedacht habe, dass man zu dem einen oder anderen Punkt vielleicht noch etwas sagen muss. Mir ist besonders wichtig, im Zusammenhang mit der Beförderung für M-Schüler noch auf etwas hinzuweisen. Kollege Gehring, Sie haben dankenswerterweise gesagt, dass der Gemeindetag keine Stellungnahme abgegeben hat und wir daraus schließen müssten, dass seine Mitglieder sich uneinig sind und deshalb keine gemeinsame Stellungnahme abgegeben haben. Ich halte diese Haltung für höchst problematisch.

(Thomas Gehring (GRÜNE): Das war Ihr Argument im Ausschuss!)

– Selbstverständlich. Ich sage aber auch, dass es dem Gemeindetag, wenn er zu einem Gesetzesvorhaben der Staatsregierung gehört wird, gut zu Gesicht steht, die Meinungsvielfalt in seiner Organisation darzustellen. Es wäre überhaupt kein Problem gewesen darzustellen, dass manche Gemeinden überhaupt kein Problem mit der Lösung haben und andere wiederum große Bedenken haben. Diese Möglichkeit hat der Gemeindetag als Organisation verstreichen lassen.

Ich sage Ihnen ganz ehrlich, wir sind Abgeordnete und können mit Stellungnahmen, die vom Gemeindetag, vom Städtetag oder vom Landkreistag abgegeben werden, durchaus umgehen und die Argumente gewichten. Die Tatsache, dass der Gemeindetag auf eine solche differenzierte Stellungnahme verzichtet hat, zeigt mir ganz klar, dass das Problem weniger intensiv ist, als Sie es darstellen wollen.

Ein letzter Punkt in diesem Zusammenhang. Die Tatsache, dass wir die Kosten der Schülerbeförderung auf die Schulträger verlagern und nicht im Landkreis belassen, hat Folgen für die Schulverbände. Zum Beispiel sind die großen Gemeinden daran interessiert, dass sie an ihrem Standort einen M-Zweig haben oder eine M-Klasse anbieten können. Da sind die kleineren Gemeinden, weil sie eine Auswahl hatten und immer noch haben, natürlich in einer stärkeren Position und können sagen: Wir können individuell vereinbaren, wie wir die Schülerbeförderungskosten regulieren. Es ist nicht zwangsläufig so, dass der Sachaufwandsträger verpflichtet ist und dass nur diejenige Gemeinde die Schülerbeförderungskosten zu tragen hat, die ihre Schüler tatsächlich befördern lässt. Ich glaube, dass wir diesbezüglich sehr differenziert damit umgegangen sind.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Hofmann. – Nun hat sich noch Herr Staatssekretär Eisenreich zu Wort gemeldet. Bitte, Herr Staatssekretär.

Staatssekretär Georg Eisenreich (Kultusministerium): Verehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Im Gesetzentwurf sind einige Regelungen enthalten, die den Bereich der privaten Grund- und Mittelschulen betreffen. Ich möchte vorab betonen, dass uns die parlamentarische Beratung von Gesetzentwürfen wichtig ist und dass wir Argumente, die im Rahmen dieser Beratungen vorgebracht werden, gern aufnehmen. Das sieht man an unserer Zustimmung dazu, dass Änderungen vorgenommen werden, was natürlich das Recht des Hohen Hauses ist.

Die Beratungen im Bildungsausschuss sind sehr wichtig, weil man dort dieses Thema noch einmal in aller Breite diskutieren kann. Wir haben die Möglichkeit geschaffen, unselbstständige Außenstellen einzurichten. Das war immer ein Wunsch. Wenn man eine Erweiterung schafft, muss deswegen schulfinanzierungsrechtlich die Gleichstellung mit Neugründungen erfolgen, insbesondere was die Karenzzeiten betrifft.

Zum Thema Baukostenzuschüsse. Die Idee, die Anregung, die Ermahnung kam nicht von uns. Wir haben eine staatliche Rechnungsprüfung und wir haben den ORH, die die Staatsregierung und die Verwaltung prüfen und immer wieder Vorschläge machen.

(Zuruf der Abgeordneten Claudia Stamm (GRÜNE))

Es ist schon schwierig, wenn man immer auswählt, wo es einem passt und wo es einem nicht passt.

(Zuruf der Abgeordneten Claudia Stamm (GRÜNE))

Wir erfüllen die Ermahnung der Rechnungsprüfung nicht in dem Sinn, wie sie gekommen ist; denn das Ziel war die Gleichstellung mit der Finanzierung anderer Schularten. Wir haben zunächst nur eine Annäherung. Dabei ging es um eine moderate Absenkung um 10 Prozentpunkte. Die Beratungen im Ausschuss haben ergeben, dass man diese nicht für Bestandschulen angewendet haben möchte, sondern nur für Neugründungen. Insofern hat sich der Anwendungsfall auf deutlich weniger Fälle reduziert.

Ich denke, dass das eine vernünftige Lösung ist, weil auch wir die Privatschulen als große Bereicherung in unserem Schulsystem ansehen und nicht die Absicht haben, die Finanzierung dieser Privatschulen insgesamt zu verschlechtern. Deswegen ist die Vertrauensschutzregelung für alle bestehenden Schulen eine sinnvolle Sache.

Ferner enthält dieser Gesetzentwurf Regelungen, die kommunale Aspekte betreffen, die aber nicht so viele Anwendungsfälle haben werden. Ich glaube, auch deshalb ist es nachvollziehbar, dass sich der Gemeindetag zu keiner Stellungnahme durchgerungen hat.

Bei den Mittelschulverbänden ist es so: Die Bildung der Mittelschulverbände ist bayernweit abgeschlossen. Insofern ist die bisherige Ausnahmeregelung bei der Schülerbeförderung zu M-Zügen an Mittelschulen außerhalb des Sprengels künftig nicht mehr erforderlich. Mit dieser Verlagerung auf den Schulaufwandsträger der Mittelschule wird eine logische Übertragung der Aufgaben erfolgen. Die Zahl der Anwendungsfälle wird aber gering sein. Ich glaube, auch deswegen war das beim Gemeindetag kein großes Thema.

Bei den Gastschulbeiträgen sind die Pauschalen alle zwei Jahre angepasst worden. Dafür gibt es bestimmte Faktoren. Zuletzt waren das immer Steigerungen um etwa 2 %. Wir nehmen jetzt diesen Faktor ausdrücklich in die gesetzliche Regelung auf, sodass die Steigerung fortgeführt werden kann. Das ist eine vernünftige Regelung und bedeutet auch eine Vereinfachung.

Insgesamt möchte ich den Privatschulen und den Kommunen herzlich danken. Sie sind wichtige Partner für uns. Die Privatschulen sind eine wirkliche Bereicherung. Ich bedanke mich auch beim Privatschulverband für die konstruktiven Diskussionen und den guten Dialog. Wir haben im Sinne der Privatschulen an einer entscheidenden Stelle auch eine Verbesserung, indem wir die Bestandsschulen herausnehmen. Ich glaube, dass man mit den Regelungen, die jetzt getroffen werden, insgesamt gut leben kann.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Vielen Dank, Herr Staatssekretär. - Damit ist die Aussprache geschlossen. Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Wir können jetzt leider noch nicht zur Abstimmung kommen, weil die Frist zur Bekanntgabe der namentlichen Abstimmung noch nicht verstrichen ist.

Als weiteres Vorgehen schlage ich vor, dass wir die nächsten vier Tagesordnungspunkte, zu denen es keine Aussprache gibt, jetzt abhandeln und dann schauen, wie weit wir in der Zeit sind. Wenn die Frist verstrichen ist, führen wir die namentliche Abstimmung zu diesem Gesetzentwurf durch. Ansonsten machen wir auch noch den Tagesordnungspunkt 10 und danach die namentliche Abstimmung. Das sage ich deshalb, damit Sie sich darauf einstellen können.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 6** auf:

**Abstimmung
über eine Europaangelegenheit und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 2)**

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 2)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. dem jeweiligen Abstimmungsverhalten seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind alle Fraktionen. Gegenstimmen? – Keine. Enthaltungen? – Auch keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 7** auf:

**Bestellung
eines stellvertretenden Mitglieds für den
Landesdenkmalrat**

Der Staatsminister für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst hat mit Schreiben vom 28. April 2015 mitgeteilt, dass der Bayerische Gemeindetag Herrn Oberbürgermeister Andreas Steppberger als stellvertretendes Mitglied im Landesdenkmalrat vorgeschlagen hat. Er hat gebeten, den zur Bestellung des stellvertretenden Mitglieds notwendigen Beschluss des Landtags herbeizuführen. Wird hierzu das Wort gewünscht? – Das sehe ich nicht. Wir kommen deshalb sofort zur Abstimmung. Wer dem Vorschlag des Bayerischen Gemeindetags seine Zustimmung erteilen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das

sind CSU, SPD, FREIE WÄHLER und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gibt es Gegenstimmen? – Keine. Enthaltungen? – Auch keine. Dann ist das so beschlossen.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 8** auf:

Antrag der Abgeordneten Natascha Kohnen, Annette Karl, Bernhard Roos u. a. (SPD) Energiekonzept im Alpenverbund (Drs. 17/3236)

Die namentliche Abstimmung hierzu hat bereits in der letzten Sitzung am 7. Mai 2015 stattgefunden. Mit Ja haben 47 Abgeordnete gestimmt, mit Nein haben 69 Abgeordnete gestimmt, Stimmenthaltungen gab es keine. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 9 a** auf:

Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Vermessungs- und Katastergesetzes sowie weiterer Rechtsvorschriften (Drs. 17/6576) - Erste Lesung -

Dieser Gesetzentwurf soll ohne Aussprache an den federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen überwiesen werden. Wer mit der Überweisung an den zur Federführung vorgeschlagenen Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind alle Fraktionen. Gegenstimmen? – Keine. Enthaltungen? – Auch keine. Der Gesetzentwurf wird damit diesem Ausschuss zur Federführung zugewiesen.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 9 b** auf:

Gesetzentwurf der Staatsregierung zur weiteren Verbesserung der Arbeitsbedingungen und der Vereinbarkeit von Familie und Beruf im öffentlichen Dienst in Bayern (Drs. 17/6577) - Erste Lesung -

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Dieser Gesetzentwurf soll ohne Aussprache an den federführenden Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes überwiesen werden. Wer mit der Überweisung an den zur Federführung vorgeschlagenen Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind wieder alle Fraktionen. Gegenstimmen? – Keine. Enthaltungen? – Auch keine. Damit wird dieser Gesetzentwurf dem Ausschuss für Fragen des öffent-

lichen Dienstes zur Federführung zugewiesen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben die Frist immer noch nicht erfüllt; deshalb fahre ich jetzt in der Tagesordnung fort.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 10** auf:

Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Rosi Steinberger u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Gentechnik-Kennzeichnung von tierischen landwirtschaftlichen Produkten (Drs. 17/5193)

Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Geschäftsordnung 24 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. – Die erste Rednerin ist schon da. Das ist Frau Steinberger von den GRÜNEN. Bitte schön, Frau Steinberger.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Rosi Steinberger (GRÜNE): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! In unserem Antrag fordern wir die Staatsregierung auf, sich dafür einzusetzen, dass tierische landwirtschaftliche Produkte wie Milch, Fleisch, Eier etc. von Tieren, die mit gentechnisch veränderten Futtermitteln gefüttert werden, gekennzeichnet werden müssen.

Das Mittel der Wahl wäre eine EU-Verordnung, in der eine solche Regelung festgeschrieben werden kann. Mit diesem Antrag haben wir den Koalitionsvertrag der Bundesregierung aus dem Jahr 2013 aufgegriffen. Darin wird genau diese Kennzeichnungspflicht auf europäischer Ebene gefordert. Aber leider geht auf Bundesebene nichts voran; und deshalb wollen wir hier von Bayern aus ein Signal senden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Nun könnte man meinen, dass die CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag den Koalitionsvertrag kennt bzw. diese Forderungen aus vollem Herzen unterstützt. Schließlich wird doch hier immer gerne betont, wie sehr auch die CSU gegen die Gentechnik sei. Ganz überraschend wurde unser Antrag jedoch in insgesamt drei Ausschüssen von der CSU-Mehrheit abgelehnt.

Ja, was wollen Sie denn eigentlich, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU? Halten Sie es nicht auch für sinnvoll, die Verbraucherinnen und Verbraucher darüber aufzuklären, ob sie mit ihrer Kaufentscheidung Gentechnik unterstützen oder nicht? Wäre es nicht gerade Aufgabe der Politik, dem deutlichen Wunsch der Menschen nach mehr Aufklärung nach-

zukommen? Oder ist Ihre Politik wieder einmal nur fürs Schaufenster gemacht?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Diese Regelung wäre nicht nur von Vorteil für Verbraucherinnen und Verbraucher, sie wäre auch von Vorteil für die Landwirte. Mit einer eindeutigen Kennzeichnungspflicht könnten Landwirte ihre gentechnikfreien Produkte besser vermarkten. Sie würden dadurch zudem einen eindeutigen Wettbewerbsvorteil genießen; denn der Markt verlangt nach Lebensmitteln, die frei von gentechnisch veränderten Organismen – GVO – sind. Aber man muss den Verbraucherinnen und Verbrauchern auch die Gelegenheit geben, sich frei zu entscheiden.

Nun werden Sie sicher wieder einwenden, dass es eine positive Gen-Kennzeichnung geben könne; das heißt, dass jeder Produzent mit dem Label "gentechnikfrei" werben kann. Das ist richtig, aber bei einer freiwilligen Kennzeichnung liegt der bürokratische Aufwand bei denjenigen Landwirten, die auf GVO verzichten. Bei einer Kennzeichnung, wie wir und auch die Große Koalition sie wollen, liegt der bürokratische Aufwand bei denjenigen, die GVO verfüttern.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, welche Bauern wollen Sie denn unterstützen? Diejenigen, die gentechnikfrei produzieren, oder die anderen?

(Zuruf von der CSU: Die bayerischen!)

Wollen Sie den bayerischen Qualitätsanbau – gentechnikfrei, vermute ich mal - unterstützen? Oder wollen Sie den Anbau von Gensoja in Südamerika weiter unterstützen, weil es in der EU und auch bei uns in Bayern dafür eine ungebremschte Nachfrage gibt?

Ich möchte noch einen weiteren Aspekt erwähnen. Auf europäischer Ebene gibt es eine große Zurückhaltung, Regelungen zu treffen, die den geplanten Freihandelsabkommen widersprechen. Ich nenne das "vorausseilenden Gehorsam". Die Kennzeichnung von GVO ist ein klassisches Handelshemmnis, das gerade die Gentechnikindustrie sehr stört. Eines können Sie mit Sicherheit annehmen: Wenn diese Kennzeichnung jetzt nicht kommt, wird sie nach dem Abschluss von CETA, TTIP und Co. mit Sicherheit nicht mehr kommen. Ein Rückenwind aus Bayern zur Umsetzung des Koalitionsvertrags wäre deshalb sicher hilfreich.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Denn Störfeuer aus Bayern gibt es ja genug. Setzen Sie endlich einmal ein Zeichen der Kooperation im Interesse der Verbraucherinnen und Verbraucher, im In-

teresse der bayerischen Bauern, die gentechnikfrei produzieren wollen! Stimmen Sie unserem Antrag zu.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Vielen Dank, Frau Kollegin Steinberger. – Der nächste Redner ist der Kollege Brückner. Bitte schön, Herr Brückner.

Michael Brückner (CSU): Sehr geehrte Frau Vizepräsidentin, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Ich freue mich besonders, dass ich für unsere Fraktion heute zu dem Antrag der Fraktion der GRÜNEN Stellung nehmen darf, in dem die Kennzeichnung von tierischen Produkten, die mit gentechnisch verändertem Futter hergestellt werden, gefordert wird. Ich freue mich besonders deswegen, weil ich vorsichtig optimistisch bin, dass wir die Problemstellung gemeinsam und konstruktiv lösen können werden.

Grundsätzlich steht das Antragsziel im Einklang mit dem Anliegen der CSU-Fraktion sowie der Bayerischen Staatsregierung. Jedoch sind wir uns einmal mehr nicht darüber einig, welchen Weg dorthin wir beschreiten können. Einigkeit besteht in jedem Fall darin, dass ein jeder, der einkauft, bei Bedarf darüber entscheiden können muss, ob er Lebensmittel kauft, die mit gentechnisch veränderten Futtermitteln erzeugt sind, oder ob er diese Lebensmittel nicht kaufen möchte.

Ein erster Aspekt in diesem Zusammenhang sind die zu erwartenden Umsetzungsschwierigkeiten der Negativkennzeichnung auf EU-Ebene. Bis auf Deutschland und Österreich haben die Länder der EU überwiegend noch nicht erkannt, dass in der gentechnikfreien Landwirtschaft ein großer Wettbewerbsvorteil liegen könnte. Vielleicht wollen sie das auch nicht erkennen. Deswegen wird die Forderung nach einer Negativkennzeichnung hier auf sehr wenig Willen zu einer Mehrheit stoßen, und insofern ist bei einer solchen Forderung mit einer Ablehnung der EU auch wegen Verstoßes gegen das Diskriminierungsrecht zu rechnen.

Wie Sie selbst sehr gut wissen, waren bislang nur sehr wenige Negativkennzeichnungen in der EU erfolgreich; das ist gerade einmal bei den Zigaretten gelungen. Zwar ist es richtig, dass im Koalitionsvertrag der Großen Koalition der 18. Legislaturperiode des Deutschen Bundestags auf Seite 89 immerhin nachzulesen ist: "Wir setzen uns in der EU für eine verpflichtende Kennzeichnung für Produkte von Tieren ein, die mit gentechnisch veränderten Pflanzen gefüttert wurden." – Allerdings wurde dieser Punkt bisher noch nicht mit großem Nachdruck verfolgt. Da darf man einmal raten, warum.

In der 16. Legislaturperiode hatte sich die Bundesregierung bereits für eine ähnliche Kennzeichnungsvorgabe auf EU-Ebene eingesetzt. Damals wollte man eine Prozesskennzeichnung erwirken. Das ist aber an den Widerständen der anderen Mitgliedstaaten gescheitert.

Bei den Verhandlungen auf EU-Ebene halten wir eine zu starke Versteifung auf die Regelungen im Rahmen der EU-Verordnung 1829/2003, wie Sie das in Ihrem Antrag wollen, für zu kurz gegriffen. Die Bundesregierung braucht ein viel breiteres Verhandlungsmandat, um den Widerständen der anderen Mitgliedstaaten aus dem Weg gehen zu können.

Eine für die Lebensmittelunternehmen verpflichtende Kennzeichnung wäre aus Sicht des Verbraucherschutzes mit Sicherheit wünschenswert. Man kann aber die Wahlfreiheit der Verbraucher auch auf ganz andere Art und Weise wesentlich verbessern. Die europaweite Kennzeichnung von Tieren, die mit gentechnisch veränderten Pflanzen gefüttert wurden, muss nicht zwangsläufig im Rahmen der Verordnung 1829/2003 geregelt werden.

Darüber hinaus ist eine ausschließliche Betrachtung auf EU-Ebene sowieso zu einseitig. Die Lebensmittelwirtschaft betrifft schließlich keinen deutschen oder europäischen, sondern den weltweiten Markt. Umso problematischer wird die Einforderung einer Negativkennzeichnung, da wir mit ihr eine globale Kennzeichnungspflicht bräuchten, und diese bekommt man wahrscheinlich nur über vertikale Verhandlungen halbwegs geregelt.

Denn was nützt es uns, wenn wir in Deutschland unsere Produkte entsprechend als "negativ" kennzeichnen, und dann kommen von irgendwoher irgendwelche Produkte, und keiner weiß, wie dort die Kennzeichnung erfolgt ist? Wenn die Produkte dann nicht gekennzeichnet sind, denkt jeder, sie seien gentechnikfrei erzeugt. Das ist nicht unbedingt ein Wettbewerbsvorteil für die bayerische Landwirtschaft. So etwas brauchen wir nicht.

Daher gehen wir lieber einen konstruktiven und zügigeren Weg, nämlich den Weg über die Freiwilligkeit. An dessen Ende wird der von uns allen gewünschte Erfolg stehen, nämlich Klarheit und Wahrheit für den Verbraucher. Mit dem Antrag der CSU auf Kennzeichnung von Lebensmitteln, der bereits in der letzten Plenarsitzung einstimmig beschlossen wurde, wurde die Staatsregierung aufgefordert, einen Bericht über die verpflichtende und freiwillige Kennzeichnungsvorgabe für Lebensmittel im Hinblick auf Verwendung oder Verfütterung von GVO abzugeben. Zusätzlich sollte die Möglichkeit aufgezeigt werden, wie im Zuge der

Weiterentwicklung der Gesetzgebung dem Verbraucher zukünftig transparent gemacht werden kann, ob die Lebensmittel von Tieren stammen, die mit GVO gefüttert wurden.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Diese zukünftige Kennzeichnung muss sicherstellen, dass auch tierische Lebensmittel aus Drittstaaten, zum Beispiel Argentinien oder USA, dieser Kennzeichnungspflicht unterliegen und dass die Kennzeichnung auch bei Lebensmitteln aus Drittstaaten für Verbraucher erkennbar ist. Daran sieht man schon das Problem, das man nur mit einer freiwilligen Kennzeichnung, mit einer Positivkennzeichnung in den Griff bekommen kann.

In Ihrer Antragsbegründung erkennen Sie bereits den Wettbewerbsvorteil von nicht gentechnisch veränderten Produkten an. Sie führen weiter aus, dass, um diesen zu erhalten, die Kennzeichnung von Gentechnik-Lebensmitteln ausgeweitet werden muss. Genau die Beleuchtung der hier gangbaren Möglichkeiten haben wir bereits in unserem Berichtsantrag gefordert. Bayerns Landwirtschaft kommt hier eine echte Vorreiterrolle zu, die vom Verbraucher zu honorieren ist und die vom Verbraucher honoriert wird, wenn sie positiv gemacht wird. Deshalb sollten wir lieber nach dem Motto "Tu Gutes und rede darüber" handeln, statt Standards festzulegen, die wir dann selbst nicht kontrollieren können. Deswegen möchten wir auch gerne die Möglichkeiten nutzen, die auf Bundesebene für eine Positivkennzeichnung bestehen, um die gentechnikfreie Landwirtschaft herauszustellen.

Auch der zu erwartende Verwaltungsaufwand für eine Negativkennzeichnungspflicht spricht gegen diese; denn im Endeffekt wird jeder, der den Mehrwert hat, gerne freiwillig kennzeichnen. An der Ladentheke erhält er aufgrund einer besseren Positionierung seiner Produkte über einen höheren Preis den Mehrwert und ist deswegen gewillt, die Produkte zu kennzeichnen. Auf der anderen Seite müssten wir bei einer Negativkennzeichnung immer nachkontrollieren und darauf achten,

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

dass in Argentinien oder Brasilien keiner vergisst, diese Etikettierung auch durchzuführen. Genau wie Sie finden auch wir, dass die Verbraucher ein Recht darauf haben, frei zu entscheiden, ob sie Lebensmittel von Tieren konsumieren möchten, die mit gentechnisch veränderten Futtermitteln aufgezogen wurden. Eine Wahlfreiheit der Verbraucher ist in Deutschland seit 2008 durch die nationale Ohne-Gentechnik-Kennzeichnung bereits gegeben.

In der Zielsetzung sind wir uns einig. Der Weg, der zum Ziel führt, ist für uns wieder einmal anders als für Sie. Das kennen wir bereits aus der Vergangenheit. Wir halten den Weg, der für die Verbraucher den früheren und zugleich nachhaltigeren Nutzen haben wird, für den richtigen. Trotzdem sind wir gespannt, welche weiteren gangbaren Wege der Bericht der Staatsregierung aufzeigen kann. Ihren Antrag werden wir deswegen heute ablehnen.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch zu diesem Antrag ist namentliche Abstimmung beantragt worden.

Der nächste Redner ist Herr Kollege Scheuenstuhl.

Harry Scheuenstuhl (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin der dritte Redner, der feststellen wird, dass vor mir ein Franke gesprochen hat – das hörte man ganz klar – und dass wir uns eigentlich alle einig sind. Nur bei der Abstimmung trennen wir uns dann wieder.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, im April dieses Jahres wurde von der EU-Kommission in Brüssel beschlossen, die Einfuhr von 19 weiteren gentechnisch veränderten Pflanzen zu erlauben. Gleichzeitig will die Kommission den Mitgliedstaaten jedoch mehr Entscheidungsfreiheit bei der Verwendung von Gentechnik gewähren. So sollen nationale Regierungen entgegen der EU-weit geltenden Nutzungserlaubnis trotzdem ein klares Verbot aussprechen können. Dieser Vorschlag wird aktuell noch beraten, und auch die Bundesregierung lehnt den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen in Deutschland entschieden ab.

Aus diesem Grund wird in Berlin derzeit bereits an einem nationalen Verbot gearbeitet; denn Fakt ist eines, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass nämlich über 80 % der deutschen Bevölkerung keine Gentechnik in ihrem Essen möchten. Deshalb ist es umso wichtiger, für eine ausreichende Kennzeichnung dieser Lebensmittel zu sorgen; denn gentechnisch veränderte Nahrungsmittel unterscheiden sich optisch nicht von gentechnikfreien Produkten. Aus diesem Grund regelt eine seit April 2004 bestehende Verordnung über gentechnisch veränderte Lebens- und Futtermittel die Kennzeichnungspflicht für gentechnisch veränderte Organismen auf europäischer Ebene.

Von dieser Verordnung sind Tierprodukte ausgenommen, die indirekt mit gentechnisch veränderten Pflanzen in Berührung gekommen sind. Dies bedeutet, dass der Einsatz von Gentechnik bei tierischen Produkten wie Milch, Fleisch oder Eiern in der Regel unentdeckt bleibt; denn lediglich die Bauern und Land-

wirte wissen, welche Art von Futtermittel sie verwenden, oder der Hersteller weiß es. Ob es die Bauern dann immer genau wissen, wäre noch zu prüfen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, um dieser Irreführung der Verbraucherinnen und Verbraucher ein Ende zu setzen, reicht es jedoch nicht aus, weiterhin an einer freiwilligen Kennzeichnung, welche durch die im Jahr 2008 erlassene – gewissermaßen in Anführungszeichen – Ohne-Gentechnik-Verordnung bereits existiert, festzuhalten. Es bedarf einer uneingeschränkten Kennzeichnungspflicht für Lebensmittel, in denen Gentechnik enthalten ist. Hier gilt: Es muss draufstehen, was drin ist.

Ebenfalls zu erwähnen ist der deutliche Wettbewerbsvorteil gentechnikfreier Produkte aus Bayern, der bereits mehrfach angeführt wurde und der natürlich auch für Deutschland und Europa gilt. Daher stimmt die SPD-Fraktion dem Antrag auf Gentechnik-Kennzeichnung von tierischen landwirtschaftlichen Produkten zu. Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundes- und EU-Ebene dafür einzusetzen, dass landwirtschaftliche Produkte von Tieren, die mit gentechnisch veränderten Futtermitteln gemästet wurden, in die EU-Verordnung über gentechnisch veränderte Lebens- und Futtermittel aufgenommen werden und daher entsprechend gekennzeichnet werden müssen.

Abschließend möchte ich mich bei den bayerischen Umweltpolitikern, insbesondere bei Staatssekretär Florian Pronold und unserer Kollegin und Generalsekretärin der SPD, Natascha Kohnen, die sich stark einsetzen, herzlich dafür bedanken, dass man sich im Koalitionsvertrag, wie bereits erwähnt, eindeutig für diese Kennzeichnung ausgesprochen hat.

(Beifall bei der SPD)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Als Nächster hat sich Kollege Kraus zu Wort gemeldet. Bitte schön, Herr Kollege Kraus.

Nikolaus Kraus (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Ministerin! Wieder einmal geht es um das Thema grüne Gentechnik. Ich brauche den Koalitionsvertrag nicht zu wiederholen. Ich brauche die Zahlen nicht zu wiederholen. Mir ist nur aufgefallen: Die CSU fordert, dass sich Drittländer diesem Thema endlich stellen, ist aber selber nicht in der Lage, das Problem in Bayern, im Bund oder in Europa zu lösen. Man deutet lieber mit erhobenem Zeigefinger auf die anderen Länder, statt mit gutem Beispiel voranzugehen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Mir geht es nicht allein um den Antrag der GRÜNEN, den wir selbstverständlich unterstützen, also nur um tierische Produkte, sondern wie üblich sind wir allgemein bei dem Thema GVO angelangt. An und für sich wäre es ganz einfach: Überall, wo GVO drin ist, muss GVO auf der Packung stehen. Was ist an diesem Problem so schwierig? Aber gut; warum wird das nicht gemacht? Die Hersteller haben natürlich massive Lobbyarbeit und massive Finanzmittel im Hintergrund. Sie vermeiden natürlich eine Kennzeichnung. Warum? – Weil sie zu Recht die Befürchtung haben, dass ihre Produkte in den Regalen der Supermärkte stehen bleiben und nicht gekauft werden.

Wie wir alle wissen, haben wir seit 2014 die Lebensmittelinformationsverordnung. Sie war auch des Öfteren in den Ausschüssen Thema. Stichworte sind die 14 Allergene, die wir deutlich machen müssen, das Mindesthaltbarkeitsdatum und noch einige Punkte. Ab 2016 kommt sogar noch eine Nährwerttabelle auf die Packung. Das alles war politisch möglich. Nur eine ganz einfache Geschichte, nämlich die Information, was in einem Lebensmittel ist, sprich GVO auf die Verpackung zu schreiben, scheitert nach wie vor am Willen im Bayerischen Landtag, der doch nur die Staatsregierung auffordern soll, sich auf Bundes- und EU-Ebene massiv dafür einzusetzen, dass dies endlich umgesetzt wird.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Die Verordnungen, die ich gerade genannt habe, sind in Kraft getreten. Es war logisch nachvollziehbar, dass man sich bezüglich der GVO weiter für dieses Thema einsetzt.

Mein Vorredner hat schon erwähnt: Wir haben die Positivkennzeichnung "ohne Gentechnik". Das betrifft Produkte, für die das Bundesministerium Projekte massiv gefördert hat. Wenn man im Internet recherchiert, stößt man darauf, dass unsere Ministerin Ilse Aigner eine große bayerische Molkerei besucht hat, die mit dem Label "ohne Gentechnik" massiv Werbung macht. Es gibt eine Molkerei mit einem großen Milchumsatz, die einen guten Preis für gute Ware fordert. Trotzdem kaufen die Verbraucher die Ware, weil sie sich darüber im Klaren sind, dass das, was sie mehr ausgeben, den Bauern, der Umwelt und dem Anliegen dient, Bayern, Deutschland und Europa kurz- und mittelfristig GVO-frei zu machen.

Wenn man im Internet ein bisschen recherchiert, kommt man darauf, dass der jetzige amerikanische Präsident im Jahr 2007 ein Wahlversprechen abgegeben hat, wonach GVO-Produkte gekennzeichnet werden. Aber leider ist selbst in Amerika seit 2007 diesbezüglich nichts passiert, weil die Lobbyarbeit zu

mächtig war, gegen die sich der normale Verbraucher nicht durchsetzen konnte.

Abschließend: Mich würde es freuen, wenn sich die bayerische CSU einmal zu dem bekennt, was in den Ausschüssen und auch heute schon gesagt worden ist, dass wir das gemeinsame Ziel haben müssen – das hat der Vorredner von der SPD auch schon gesagt; es war der dritte Redner; ich bin der vierte –, in der Thematik einig zu werden. Aber anscheinend gilt das noch nicht für die Vorgehensweise. Wenn wir uns einig sind, dass wir zum Schutz unserer Verbraucher und der Kinder sowie für alle Gäste in unserem Land Bayern GVO-frei machen, dann darf das Vorhaben nicht scheitern. Die CSU müsste da über ihren Schatten springen und dem Antrag der GRÜNEN zur GVO-Kennzeichnung tierischer Produkte zustimmen, wie es auch die FREIEN WÄHLER tun. Viel Glück mit diesem Antrag!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen.

Nachdem im Haus bekannt gegeben worden ist, dass anschließend zu Tagesordnungspunkt 5 eine namentliche Abstimmung stattfinden wird, könnten wir beide Abstimmungen hintereinander durchführen. Gibt es dazu Widerspruch? – Ich sehe keinen.

Dann kommen wir jetzt zur Abstimmung zu Tagesordnungspunkt 10, Antrag der GRÜNEN betreffend "Gentechnik-Kennzeichnung von tierischen landwirtschaftlichen Produkten", Drucksache 17/5193. Sie wird in namentlicher Form durchgeführt. Der federführende Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz empfiehlt die Ablehnung des Antrags. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag zustimmen möchte, gebe bitte eine Ja-Karte ab. Für den Einwurf der Stimmkarten in die Urnen haben wir fünf Minuten Zeit. Die namentliche Abstimmung ist eröffnet.

(Namentliche Abstimmung von 18.43 bis 18.48 Uhr)

Die fünf Minuten sind um. Ich schließe die namentliche Abstimmung. Die Auszählung findet außerhalb des Saales statt. Das Abstimmungsergebnis wird nachher bekannt gegeben.

Wir kommen zurück zu Tagesordnungspunkt 5. Hier handelt es sich um die einfache Abstimmung und die namentliche Schlussabstimmung über den Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Bayerischen Schulfinanzierungsgesetzes, Drucksache 17/3262.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Abstimmung liegen der Gesetzentwurf auf Drucksache 17/3262, der Änderungsantrag auf Drucksache 17/5552 und die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus auf Drucksache 17/6407 zugrunde. Der federführende Ausschuss empfiehlt Zustimmung mit der Maßgabe, dass in § 1 die Inhaltsübersicht geändert und eine neue Nr. 10 eingefügt wird. Ich verweise insoweit auf Drucksache 17/6407. Der Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen stimmte bei seiner Endberatung der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses mit der Maßgabe zu, dass in der neu eingefügten Nummer 10 das Datum "31. Juli 2015" eingefügt wird.

(Unruhe)

Kolleginnen und Kollegen, ich muss Sie bitten, sich hinzusetzen, weil wir erst eine einfache Abstimmung machen. Dazu bitte ich, die Plätze einzunehmen. Alle, bitte. - Danke schön.

Wer dem Gesetzentwurf mit diesen Änderungen zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die CSU-Fraktion. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Das sind die SPD, die FREIEN WÄHLER und das BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Enthaltungen? – Keine. So beschlossen.

Da ein Antrag auf Dritte Lesung nicht gestellt worden ist, führen wir gemäß § 56 der Geschäftsordnung sofort die Schlussabstimmung durch. Diese wird nun in namentlicher Form durchgeführt.

(Unruhe)

- Gibt es Widerspruch? Nein? – Ich dachte, Sie meinen mich. Ich wusste nicht, dass Sie in dieser Lautstärke nur mit den Kolleginnen und Kollegen reden. Wir sind mitten in der Abstimmung. Die Urnen sind bereitgestellt. Ich eröffne die namentliche Abstimmung. Sie haben drei Minuten Zeit.

(Namentliche Abstimmung von 18.51 bis 18.54 Uhr)

Kolleginnen und Kollegen, die drei Minuten sind um, ich schließe die Abstimmung. Auch dieses Ergebnis wird außerhalb des Plenarsaals ermittelt und später bekannt gegeben.

Jetzt gebe ich das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Rosi Steinberger und anderer und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) betreffend "Gentechnik-Kennzeichnung von tierischen landwirtschaftlichen Produkten", Drucksache 17/5193, bekannt. Bevor ich das tue, bitte ich Sie, sich wieder

hinzusetzen, damit Sie das Ergebnis auch hören können. Mit Ja haben gestimmt 60, mit Nein haben gestimmt 78 Abgeordnete. Stimmenthaltungen gab es keine. Damit ist der Antrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 4)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben noch eine gute halbe Stunde Zeit. Ich werde jetzt noch die nächsten beiden Tagesordnungspunkte gemeinsam aufrufen und dann die Sitzung beenden, weil heute Abend um 19.30 Uhr eine Veranstaltung hier im Hause stattfindet und das so vereinbart ist. Die Tagesordnungspunkte 13, 14 und 15 kommen heute also nicht mehr dran.

Ich rufe die **Tagesordnungspunkte 11 und 12** auf:

Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Rosi Steinberger u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bericht über die Zukunft der Putenmast
[\(Drs. 17/5486\)](#)

und

Antrag der Abgeordneten Eric Beißwenger, Dr. Otto Hünnerkopf, Gudrun Brendel-Fischer u. a. (CSU)
Tierschutz in der Putenmast [\(Drs. 17/5637\)](#)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Geschäftsordnung 24 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich an der Redezeit der stärksten Fraktion. Erste Rednerin ist wie eben Frau Kollegin Steinberger. Bitte schön, Frau Steinberger.

Rosi Steinberger (GRÜNE): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Eigentlich ist es üblich, dass in der Regel Berichtsansträgen der Opposition zugestimmt wird. Ich sage "in der Regel"; denn manchmal sind die Berichte unerwünscht bzw. man will manches nicht so genau wissen. Wir haben einmal nachgefragt, etwa 20 % unserer Anträge sind Berichtsansträge, denen nicht zugestimmt wurde. Zu dieser zweiten Kategorie gehört nun offensichtlich auch der heute vorliegende Antrag zur Putenmast.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, als Erstes hatten wir einen anderen Antrag zur Putenmast gestellt. Wir hatten darin vorgeschlagen, dass die Staatsregierung Aktivitäten zur Verbesserung der Situation in der Putenmast ergreift. Dieser Antrag wurde von der CSU-Fraktion abgelehnt. Trotzdem wurde in der Diskussion deutlich, dass auch von Ihrer Seite durchaus Hand-

lungsbedarf gesehen wird. Uns wurde sogar Zusammenarbeit signalisiert. Sie haben sogar selbst zugegeben, dass es noch viele Wissenslücken gibt und dass eine gewisse Ratlosigkeit herrscht, wie man dem Tierschutz in der Putenmast zu mehr Geltung verhelphen kann. Deshalb haben wir, quasi Ihrem Wunsch entsprechend, einen Antrag auf Bericht über die Zukunft der Putenmast an die Staatsregierung gestellt. Wir haben uns dann aber sehr gewundert, dass Sie diesem Berichtsantrag Ihre Zustimmung verweigert haben. Dafür gibt es für mich nur eine Begründung: Sie wollen gar nicht dazu beitragen, die Putenmast zu verbessern. Außerdem habe ich den Eindruck: Sie wollen es gar nicht so genau wissen.

Zum Berichtsantrag im Einzelnen: Wir wollten wissen, wie der Einsatz von Antibiotika und anderer Medikamente in der Putenmast reduziert werden kann. Da liegt ja wohl einiges im Argen. Der Blick auf die AMG-Novelle, auf die Sie Bezug genommen haben, hilft uns aber nur bedingt weiter. Diese Novelle erfasst zwar den Einsatz von Antibiotika, sie erfasst aber auch, und dies vor allem, das Abweichen einzelner Betriebe vom Durchschnitt. Wenn aber alle Putenmastbetriebe einen hohen Antibiotikaeinsatz haben, dann liegt der Durchschnitt bereits zu hoch, und das Warnsystem greift nicht mehr. Dabei gibt es gerade hier großen Handlungsbedarf, und das wissen Sie auch, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Eine weitere wichtige Frage ist: Welche Forschungsprojekte gibt es - auch außerhalb Bayerns -, die eine Verbesserung der Putenmast zum Inhalt haben? – Nach Aussage der Staatsregierung gibt es in anderen Ländern durchaus solche Projekte, beispielsweise in Niedersachsen. Dann lassen wir uns doch über diese Projekte berichten. Wo liegt denn hier Ihr Problem?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wie sieht es mit den Zuchtzielen aus? – Sie selbst haben im Ausschuss gesagt, dass es bei der Züchtung Handlungsbedarf gibt. In der Vergangenheit wurden Puten auf massiven Fleischzuwachs gezüchtet. Das führt leider dazu, dass die Puten am Ende der Mast kaum noch stehen können. Tierschutzgerecht ist das alles nicht, und das wissen Sie ganz genau. Was haben Sie aber dagegen, dass wir die Staatsregierung zu ihrer Strategie bei der Revision der Zuchtziele befragen? – Ich sage es Ihnen noch einmal: Sie wollen es gar nicht wissen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie haben es offenbar noch nicht erkannt: Die Haltungsbedingungen in der Tierhaltung stehen auf dem Prüfstand. Der Sachverständigenrat der Bundesregierung hat deutliche Warnsignale gesendet. Wenn Sie meinen, in diesem

Fall hilft nur das Motto "Augen zu und durch", dann haben Sie sich getäuscht. Der Umgang mit Tieren steht immer mehr im Fokus der Öffentlichkeit. Da hilft es auch nicht, wenn Sie so tun, als gäbe es hier keinen Handlungsbedarf. Das sehen die Menschen, das sieht die Gesellschaft mittlerweile ganz anders. Deshalb zum Schluss mein Appell: Stimmen Sie unserem Berichtsantrag zu. Wer nämlich nichts wissen will, der will auch nichts ändern. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Vielen Dank, Frau Kollegin Steinberger. - Der nächste Redner ist Herr Kollege Beißwenger. Bitte schön, Herr Kollege Beißwenger.

Eric Beißwenger (CSU): Sehr geehrte Frau Vizepräsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit dem Antrag der GRÜNEN wird die Staatsregierung aufgefordert, im Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz über aktuelle und zukünftige Entwicklungen in der Putenmast zu berichten. Dabei soll insbesondere über mehrere Punkte, wie zum Beispiel den Einsatz von Antibiotika und Tierarzneimittel, die Besatzdichte und die Haltungsmöglichkeiten für die Tiere berichtet werden. Ein Bericht über die Zukunft fällt mir merklich schwer, zumindest ohne Kristallkugel. Mark Twain hat einmal gesagt: "Voraussagen soll man unbedingt vermeiden, besonders solche über die Zukunft."

Der vorliegende Antrag greift inhaltlich Themen des Tierschutzes und der Tierzucht aus dem ursprünglichen Antrag der GRÜNEN zu Haltungsbedingungen für Puten in der Nutztierhaltung vom 29. Januar auf. Darin wurde unter anderem gefordert, bis Anfang 2017 ein Verbot des Schnabelkürzens bei Puten in Bayern einzuführen. Unter Berücksichtigung des Tierschutzes ist das in der Kürze der Zeit überhaupt nicht möglich, da dann Verletzungen durch gegenseitiges Bepicken nicht mehr verhindert werden können. Der Antrag wurde daher auch am 12. Februar im Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz und am 4. März im Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten abgelehnt.

Jedoch wurde allumfänglich berichtet. Das heißt, wir brauchen zu diesen Themen zurzeit keinen Bericht mehr. Der Berichtsantrag der GRÜNEN wurde folgerichtig im federführenden Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz sowie im mitberatenden Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten abgelehnt. Mit unserem Antrag hingegen wird die Staatsregierung konkret aufgefordert, sich für die Belange des Tierschutzes und des Verbraucherschutzes

in der Putenmast einzusetzen. Das betrifft besonders folgende zwei Punkte.

Erstens. Weniger Einsatz von Antibiotika in der Tiermast und gegebenenfalls weitere Maßnahmen zur Bekämpfung von antibiotikaresistenten Keimen.

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Herr Kollege, lassen Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Steinberger zu?

Eric Beißwenger (CSU): Nein.

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön.

Eric Beißwenger (CSU): Gern geschehen, Frau Vizepräsidentin. Das würde jetzt das Maß sprengen. – Hier hat für uns der Verbraucherschutz absoluten Vorrang.

Zweiter Punkt. Intensivere Forschungen zur Verbesserung des Tierschutzes. Wie kann Kannibalismus verhindert werden, wenn auf das Schnabelkürzen verzichtet werden soll? Das ist schließlich eine der entscheidenden Fragen.

Für unseren Antrag zum Tierschutz in der Putenmast gab es eine einstimmige Zustimmung in beiden bereits erwähnten Ausschüssen. Die Haltung von Puten muss einerseits den Grundbedürfnissen entsprechen. Andererseits muss sie aber auch auf die Tiergesundheit ausgerichtet sein. Antibiotika dürfen gerade bei Tieren, von denen Lebensmittel gewonnen werden, nur eingesetzt werden, wenn dies therapeutisch notwendig ist. Mängel in der Haltung dürfen nicht durch den Einsatz von Antibiotika kompensiert werden. Umgekehrt darf aber die notwendige Versorgung erkrankter Tiere nicht gefährdet werden. Eine nachhaltige Senkung des Einsatzes von Antibiotika bei Mastputen kann also nur zur Verbesserung der Haltungsbedingungen erfolgen.

Die 16. AMG-Novelle greift genau das auf. Erstmals wird eine verpflichtende, bundesweit einheitliche gesetzliche Bestimmung zur Senkung des Antibiotikaeinsatzes in der Tiermast für die Tierarten Rind, Schwein, Huhn und Pute erlassen. Seit Mitte vergangenen Jahres müssen Tierhaltungsbetriebe an eine Datenbank übermitteln, wie viel Antibiotika sie in einem festgelegten Zeitraum eingesetzt haben. Daraus errechnet das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit eine Kennzahl je Tierart. Putenmäster müssen demnach wie andere Masttierhalter übrigens auch bei erhöhtem betrieblichen Antibiotikaverbrauch Maßnahmen ergreifen, um den Verbrauch zu senken. Bei unzureichendem Erfolg der Eigeninitiative ist die Behörde angehalten, entsprechende zielführende Maßnahmen anzuordnen. Dabei

können die Behörden in Masttierhaltungen mit stark erhöhtem Antibiotikaverbrauch Maßnahmen ergreifen, die über das Arzneimittelrecht hinausgehen und bis in die Betriebsführung reichen. Ziel ist also die Verhinderung der Ausbreitung multiresistenter Keime.

Ein Bericht der Staatsregierung zu Maßnahmen, der über die 16. AMG-Novelle hinausgeht, erscheint mir zum jetzigen Zeitpunkt nicht zielführend. Puten werden bis jetzt routinemäßig noch die Oberschnäbel gekürzt, um Verletzungen durch gegenseitiges Bepicken und Kannibalismus zu verhindern. Auf Landesebene werden bereits in Zusammenarbeit mit den Verbänden Anstrengungen bezüglich der Putenhaltung unternommen, um auf die routinemäßige Kürzung der Oberschnäbel verzichten zu können. Bis Erfahrungen darüber vorliegen, wie Kannibalismus bei Puten ausreichend und sicher unterbunden werden kann, wird ein generelles Verbot des Schnabelkürzens ab Anfang 2017 aus Tierschutzgründen als verfrüht abgelehnt.

Nochmals kurz zusammengefasst: Die Probleme in der Putenmast sind bekannt. Lösungsansätze werden gesucht oder sind bereits vorhanden. Spezielle Probleme in der Putenhaltung können kurzfristig eben nicht behoben werden, wie das Beispiel des Schnabelkürzens zeigt. Aus Gründen des Tierschutzes und zur Senkung des Antibiotikaeinsatzes ist eine weitere Verbesserung der Haltungsbedingungen absolut wünschenswert.

Im Arzneimittelgesetz ist bereits ein behördliches Eingreifen zur Verbesserung der Tierhaltung in Putenmastbetrieben mit erhöhtem Antibiotikaeinsatz vorgesehen. Hier müssen wir einfach nur dranbleiben, gerade weil uns das Tierwohl am Herzen liegt. Vielen Dank hier auch an das Staatsministerium und besonders an Staatsministerin Scharf für die Unterstützung. In Sachen Tierschutz hat sie immer ein offenes Ohr für uns.

In diesem Jahr wird Staatsminister Brunner den Bayerischen Nutztierwohl-Preis verleihen. Damit werden Maßnahmen ausgezeichnet, die dazu beitragen, das Tierwohl in der Landwirtschaft zu verbessern. Dabei müssen diese Maßnahmen nachhaltig, praxisgerecht und auf andere landwirtschaftliche Betriebe mit Nutztierhaltung übertragbar sein. So viel zu den Vorwürfen, uns wäre das Tierwohl egal.

Mit unserem Antrag zum Tierschutz in der Putenmast fordern wir die Staatsregierung konkret zu weiterem Handeln auf. Einen Bericht hingegen, wie von den GRÜNEN gefordert, sehen wir als wenig zielführend an, da er ohne neue Erkenntnisse bleiben würde. Deswegen lehnen wir diesen Berichtsantrag ab.

(Beifall bei der CSU)

Stattdessen wollen wir den Einsatz im Sinne des Tiereschutzes in der Putenmast und bitten daher um Zustimmung zu unserem Antrag. Wir wollen den konkreten Einsatz fortführen, gerade weil uns bestimmte Maßnahmen wichtig sind.

Erstens wollen wir weiterhin das Tierwohl verbessern. Noch nie wurden bessere Rahmenbedingungen für die ökologische Tierhaltung geschaffen als unter dieser Staatsregierung und mit diesem Landwirtschaftsminister Helmut Brunner. Ein Drittel aller Biobetriebe in Deutschland liegt in Bayern. Das ist ein Zeichen dafür, dass der Freistaat mit seinem Landesprogramm "BioRegio Bayern 2020" eben genau die richtigen Anreize gesetzt hat. Durch den Kauf dieser Produkte kann natürlich auch der Verbraucher einen Beitrag zum Tierwohl leisten. Ökologie und Ökonomie im Gleichklang heißt unsere Devise.

Zweitens wollen wir abgesehen davon auch, dass weniger kaufkräftige Bevölkerungsschichten weiterhin die Möglichkeit haben, bezahlbares Fleisch und bezahlbare tierische Produkte zu konsumieren.

(Beifall bei der CSU)

Wir wollen den Fleischkonsum weder ächten noch den Menschen vorschreiben, wie ihr Konsum auszu- sehen hat.

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Herr Kollege, kommen Sie bitte zum Schluss.

Eric Beißwenger (CSU): Danke, Frau Vizepräsidentin. – Wir bevormunden nicht. Wir wollen keine Grabenkämpfe zwischen Konventionell und Bio, aber auch nicht zwischen Landwirten und Verbrauchern.

Drittens und letztens werden wir uns deshalb auch weiterhin für unsere bäuerlichen Familienbetriebe einsetzen und dafür kämpfen, dass keine überbordende Bürokratie die Produktion im Sinne des Tierwohls und des Verbraucherschutzes existenziell gefährdet.

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Herr Kollege, die anderthalb Seiten können Sie jetzt nicht mehr vorlesen.

Eric Beißwenger (CSU): Vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Beißwenger. – Frau Kollegin Steinberger hat ihre Zwischenfrage zu einer Zwischenbemerkung umfunktioniert. Bitte schön, Frau Steinberger.

Rosi Steinberger (GRÜNE): Herr Kollege Beißwenger, mich hat es verwundert, dass Sie in Ihrer Rede einen Antrag angesprochen haben, der heute gar nicht zur Diskussion steht. Es handelt sich um den Antrag, den Sie im Ausschuss abgelehnt haben. Wir hätten die Jahreszahl 2017 sogar herausgenommen. Sie haben den Antrag trotzdem abgelehnt.

Sie sagen, alle Fragen, die wir in unserem Berichts- antrag aufgelistet haben, seien schon hinreichend be- antwortet worden. Ich frage mich, wo Sie diese Ant- worten gehört haben. Exemplarisch nenne ich folgende Fragen: Welche Tierarzneimittel kommen in der Putenhaltung zum Einsatz? – Diese Frage wurde nie beantwortet. Gibt es Forschungsprojekte, wie in Großbeständen auch eine Einzeltierbehandlung von erkrankten Puten praktikabel umgesetzt werden kann? – Diese Frage wurde nie beantwortet. Welche Anstrengungen werden unternommen, um Zuchtlinien zu entwickeln? Welche Haltungsmöglichkeiten gibt es, die den Verzicht auf das Schnabelkürzen bei Puten zum Inhalt haben? Welche Anforderungen sind an einen wirkungsvollen Brandschutz bei Putenmasthan- lagen zu stellen? – Das ist nur ein Teil unserer Fragen. Diese Fragen wurden nie beantwortet. Deshalb habe ich kein Verständnis dafür, wenn Sie sagen, alle Fra- gen wären erschöpfend beantwortet worden.

Herr Minister Brunner vergibt Preise für das Tierwohl. Mich würde interessieren, ob sich unter den Preisträ- gern auch ein Putenbetrieb befindet.

Sie sagen, noch nie sei auf Tierschutz so viel Wert gelegt worden wie unter dieser Staatsregierung. Ich würde alle dazu auffordern, es einmal mit einer ande- ren Staatsregierung zu versuchen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Frau Steinberger. – Herr Beißwenger, bitte schön.

Eric Beißwenger (CSU): Frau Steinberger, danke schön für die Zwischenbemerkung. Sie gibt mir Gele- genheit, meinen Redebeitrag noch einmal ausführlich auszuschöpfen.

(Allgemeine Heiterkeit)

Fangen wir von hinten an: Sie fragen, ob beim Bayeri- schen Nutztierwohl-Preis ein Putenbetrieb dabei sei. Ich glaube, Sie waren nicht bereit, mir zuzuhören. Ich habe gesagt, der Minister vergibt den Preis dieses Jahr zum zweiten Mal. Ich weiß nicht, ob Sie zu Hause einen Putenbetrieb haben. Sie können sich gerne bewerben. Vielleicht gibt der Minister Ihnen den Preis. Die Preisträger stehen natürlich nicht im Voraus

fest. Vielleicht geht das in anderen Bundesländern – hier nicht.

Eingangs haben Sie gefragt, warum ich auf einen Antrag eingehe, der gar nicht zur Disposition steht. Das ist eine berechnete Frage. Ich bin auf den Antrag eingegangen, weil Sie ihn in Ihrer Rede angeführt haben. Das ist ganz einfach. Ich bedanke mich für den Beitrag.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Beißwenger. – Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn Kollegen Woerlein. Bitte schön, Herr Woerlein.

Herbert Woerlein (SPD): Frau Präsidentin, sehr geehrte Frau Staatsministerin Scharf, Herr Minister Brunner, werde Kolleginnen und Kollegen! Ich hoffe zur Versachlichung der Debatte beitragen zu können. Ich bitte Sie kurz vor Ende unserer Sitzung um Ihre Aufmerksamkeit.

Am 11. Mai 2014 rückte ein Beitrag von "SPIEGEL TV" mit erschreckenden Filmaufnahmen aus einem Dillinger Betrieb die Putenmast ins Zentrum des öffentlichen Interesses. Gezeigt wurden Filmaufnahmen von unsachgemäßen Tötungen, die nicht zum sofortigen Tod der Puten führten. Umgehend vor der Sommerpause habe ich einen Berichts Antrag zur Situation und zu den Kontrollen in den bayerischen Putenmastbetrieben gestellt. Vor zwei Wochen wurde hierzu seitens der Staatsregierung im Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz Bericht erstattet. Die wesentlichen Ergebnisse des Berichts können wie folgt zusammengefasst werden: Es gibt keine rechtsverbindlichen Normen mit konkreten Vorgaben für die Haltungsbedingungen.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Liebe Kolleginnen und Kollegen, es sind nur noch ein paar Minuten. Vielleicht gelingt es doch, die Lautstärke etwas zu reduzieren und die Gespräche einzustellen, insbesondere die Gespräche an der Regierungsbank. Vielen Dank.

Herbert Woerlein (SPD): Derzeit gibt es keine rechtsverbindlichen Normen mit konkreten Vorgaben für die Haltungsbedingungen. Auf der Grundlage einer schriftlichen Vereinbarung zwischen Umweltministerium, Landwirtschaftsministerium und dem Landesverband der Bayerischen Geflügelwirtschaft gelten die bundeseinheitlichen Eckwerte für eine freiwillige – ich betone: freiwillige – Vereinbarung zur Haltung von Mastputen.

Zweitens erfolgt die Kontrolle der Betriebe durch die Mitarbeiter der Veterinärämter. Der Fall im Landratsamt Dillingen war offensichtlich ein Einzelfall. Dort arbeitete die Ehefrau des Putenmästlers, gegen den aufgrund der dokumentierten Verstöße gegen den Tierschutz Strafanzeige gestellt wurde, im Veterinäramt. Ungeachtet dieses noch nicht abgeschlossenen Strafverfahrens bleibt festzuhalten, dass der Großteil der Kontrollbesuche vorher angekündigt wird. Das wird damit begründet, dass gerade bei Betrieben im Nebenerwerb sichergestellt werden soll, dass der Betreiber der Putenmast auch angetroffen wird.

Der Bericht sowie meine Besuche vor Ort lassen keinen Zweifel daran, dass die Betriebsleiter in der Putenmast hochwertige Lebensmittel erzeugen wollen und sich dabei auch dem Tierschutz verpflichtet sehen. Genauso unstrittig ist, dass die Mitarbeiter in den Veterinärämtern ihre wichtige Aufgabe der Kontrolle der Betriebe verantwortungsbewusst wahrnehmen, um einen möglichst hohen Verbraucherschutz zu gewährleisten. Was aber allen Beteiligten fehlt, sind klare gesetzliche Vorgaben, die einen Rahmen der Sicherheit und Akzeptanz schaffen. Genau dies ist die Aufgabe der Staatsregierung. Sie hat die Pflicht, durch gesetzliche Regelungen für verbindliche Rahmenrichtlinien zu sorgen und die Sicherheit zu gewährleisten, wenn dies erforderlich ist. Meine Damen und Herren, genau um diese Sicherheit geht es.

(Beifall bei der SPD)

Es geht um Sicherheit für den Betriebsleiter, für den Kontrolleur und letztendlich für uns Verbraucher. Nach dem Status quo haben wir keine verbindlichen festen Vorgaben zur Putenmast, sondern diese müssen erst gemeinsam erarbeitet werden. Dass ein entsprechendes Gesetz nicht aus dem Ärmel geschüttelt werden kann, versteht sich von selbst. Der Ist-Stand muss ermittelt und die Betroffenen beteiligt werden. Das ist alles leistbar. Jeder Schritt in die Richtung einer klaren Analyse des Ist-Stands sollte uns willkommen sein. Als einen Schritt in diese richtige Richtung werde ich den Berichts Antrag der Kolleginnen und Kollegen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Herr Beißwenger, viele der in diesem Berichts Antrag gestellten Fragen bringen uns bei der Erarbeitung klarer gesetzlicher Regelungen wertvolle Erkenntnisse. Die Ablehnung im Ausschuss durch die Kolleginnen und Kollegen der CSU erfolgte mit der Begründung, alle Fragen seien schon beantwortet. Diese Argumentation ist schon allein deshalb nicht annähernd haltbar, weil sich mehrere Fragen auf zukünftige Strategien beziehen, die noch gar nicht existieren können, weil wir erst darüber nachdenken müssen. Wer den richtigen Weg wählen will, muss natürlich das Ziel

kennen. Insofern müssen wir uns heute darüber Gedanken machen, welche Zuchtlinien wir entwickeln wollen, damit widerstandsfähigere und gesündere Tiere in der Putenmast zur Verfügung stehen.

In den ersten beiden Punkten ihres Berichtsanspruchs gehen die GRÜNEN auf den Einsatz von Antibiotika und die Bekämpfung antibiotikaresistenter Keime ein. Wie wichtig diese Themen sind, sehen wir an einem Artikel in der "Agrarzeitung" vom 30. April 2015. Darin wird berichtet, dass die staatliche Antibiotikadatenbank erhebliche Fehlerquellen aufweist, da bis zu 40 % der meldepflichtigen Betriebe ihre Daten nicht weitergeben. Bundesminister Schmidt macht hierfür die Länder verantwortlich. Liebe Kolleginnen und Kollegen der CSU, vielleicht unterstützen Sie den Berichtsanspruch von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN doch noch, wenn Sie Ihr Bundesminister derart in die Pflicht nimmt.

Der Berichtsanspruch von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN enthält neben den angesprochenen Fragestellungen weitere wichtige Fragen zur Standortbestimmung und zu grundsätzlichen Strategien für die Zukunft. Deshalb stimmt die SPD diesem Antrag zu. Der Antrag der CSU geht nicht ins Detail, sondern hat eher den Charakter einer globalen Absichtserklärung. Da die geäußerten Absichten aber in Richtung Tierwohl und Verbraucherschutz gehen, stimmen wir auch diesem Antrag zu. Bei zukünftigen Haushaltsverhandlungen wird zu überlegen sein, ob die Veterinärämter mit zusätzlichem Personal auszustatten sind, damit die Kontrollen genauer und häufiger erfolgen können.

(Beifall bei der SPD)

Besonders wichtig erscheint der SPD, dass jetzt möglichst schnell gesetzliche Rahmenbedingungen zum Tierwohl und zum größtmöglichen Verbraucherschutz geschaffen werden. Hierzu bieten wir selbstverständlich die Zusammenarbeit an.

Frau Kollegin, ich habe das jetzt in der Zeit geschafft, in der es Ihr Kollege nicht geschafft hat.

(Beifall bei der SPD)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Vielen Dank, Herr Kollege Woerlein. – Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn Kollegen Zierer. Bitte schön, Herr Zierer.

Benno Zierer (FREIE WÄHLER): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Über die Themen Putenhaltung und Putenmast wurde in den vergangenen Monaten bereits in diversen Ausschüssen debattiert. Allein dies zeigt, dass sowohl das öffentliche Interesse sehr groß ist als auch ein großer Handlungsbedarf

besteht. In Deutschland gibt es für die Haltung von Mastputen bislang keine artenspezifischen und konkreten Vorschriften in der Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung. Diese gibt es zum Beispiel bei den Rindern, bei den Schweinen und bei den Hühnern; aber bei den Puten gibt es sie noch nicht. Ich denke, da ist durchaus Handlungsbedarf.

(Gudrun Brendel-Fischer (CSU): Jedes Tier braucht seine Verordnung!)

Wie man den Medien entnehmen kann, sind die Antibiotika-Kennzahlen, die vor wenigen Wochen veröffentlicht worden sind, schwer vergleichbar und dadurch vielleicht fehlerhaft. Ein Vergleich ist geradezu unmöglich. Hier besteht dringender Handlungsbedarf, um das Ziel einer Reduzierung des Antibiotikaeinsatzes zu erreichen. Die Kennzahlen geben außerdem nur darüber Auskunft, dass der Antibiotikaeinsatz in den einzelnen Betrieben zu hoch ist. Die Frage, wie sich der Einsatz wirksam reduzieren lässt, wird jedoch nicht direkt aufgegriffen. Hierzu wären die Vorschläge der Staatsregierung zu hören. Diese wären sicherlich ein wichtiger Beitrag im Hinblick auf die zukünftige Entwicklung.

Herr Kollege Beißwenger, ich glaube, Sie haben mit Ihrer Ablehnung, die Sie begründet haben, Transparenz verweigert. Das ist bedauerlich, weil Putenfleisch ein hervorragendes Lebensmittel ist. Es dürfte so sein, dass dieses Thema in der Öffentlichkeit aufgearbeitet wird und dadurch diesen Lebensmitteln wieder mehr Wertschätzung zuteil wird.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und Abgeordneten der SPD)

Dies betrifft auch solche Fragen wie diejenige, welche Arzneimittel in der Putenhaltung weiter zum Einsatz kommen oder was die Staatsregierung in Sachen Verbesserung der Zucht unternimmt. Diese Fragen sind bei Weitem nicht beantwortet. Sie haben bereits Dinge angesprochen und hätten fast einen Bericht dazu geben können. Wo möchte die Staatsregierung in Zukunft Prioritäten setzen? Man sieht also: Es gibt Defizite, es besteht Handlungsbedarf. Herr Beißwenger, Sie haben gesagt, Lösungsansätze seien da. Welche denn? Genau das wollten wir über diesen Berichtsanspruch erfahren. Es ist unverständlich und schade, dass er abgelehnt werden soll. Gerade ein Berichtsanspruch könnte das Image der Putenhaltung verbessern. Wären alle Fragen in Bezug auf die Begründung der Ablehnung der CSU-Fraktion ausreichend beantwortet, wäre der Aufwand für die Staatsregierung sehr gering, da keine große Vorbereitung nötig wäre. Die Politik kann zumindest Informationen fordern. Es ist schade, dass dieser Berichtsanspruch ab-

gelehnt werden soll. Die FREIEN WÄHLER werden dem Berichtsantrag selbstverständlich zustimmen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und Abgeordneten der SPD)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Vielen Dank, Herr Kollege Zierer. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist damit geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt. – Ich lasse zunächst über den Tagesordnungspunkt 11 abstimmen. Das ist der Antrag von Abgeordneten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 17/5486. Der federführende Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz empfiehlt die Ablehnung des Antrags. Wer dem Antrag entgegen dem Ausschussvotum zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD, der FREIEN WÄHLER und der GRÜNEN. Gegenstimmen, bitte! – Das ist die Fraktion der CSU. Enthaltungen? – Es gibt keine. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Jetzt lasse ich über den Tagesordnungspunkt 12 abstimmen. Das ist der Antrag von Abgeordneten der CSU-Fraktion auf Drucksache 17/5637. Der federführende Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz empfiehlt Zustimmung. Wer dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind alle Fraktionen. Gibt es Gegenstimmen? – Keine.

Enthaltungen? – Auch nicht. Damit ist dieser Antrag angenommen.

Kolleginnen und Kollegen, ich gebe nun das Ergebnis der namentlichen Schlussabstimmung zum Tagesordnungspunkt 5, Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Bayerischen Schulfinanzierungsgesetzes, Drucksache 17/3262, bekannt. Mit Ja haben 77 Abgeordnete gestimmt, mit Nein haben 59 gestimmt, Stimmenthaltungen gab es keine.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 1)

Das Gesetz ist damit so angenommen. Es hat den Titel: "Gesetz zur Änderung des Bayerischen Schulfinanzierungsgesetzes". – Mit der Annahme des Gesetzentwurfs in der soeben beschlossenen Fassung hat der Änderungsantrag auf der Drucksache 17/5552 seine Erledigung gefunden. Das Hohe Haus nimmt davon Kenntnis.

Kolleginnen und Kollegen, ich schließe damit die Sitzung und wünsche den Kollegen und Kolleginnen, die jetzt an der Abendveranstaltung zum Thema "In Würde sterben" teilnehmen, einen erkenntnisreichen und guten, gesprächsreichen Abend.

(Schluss: 19.24 Uhr)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Schlussabstimmung am 19.05.2015 zu Tagesordnungspunkt 5: Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Bayerischen Schulfinanzierungsgesetzes (Drucksache 17/3262)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus		X	
Aigner Ilse	X		
Aiwanger Hubert			
Arnold Horst		X	
Aures Inge		X	
Bachhuber Martin			
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter		X	
Bauer Volker			
Baumgärtner Jürgen	X		
Prof. Dr. Bausback Winfried			
Bause Margarete		X	
Beißwenger Eric	X		
Dr. Bernhard Otmar	X		
Biedefeld Susann			
Blume Markus	X		
Bocklet Reinhold	X		
Brannekämper Robert	X		
Brendel-Fischer Gudrun	X		
Brückner Michael	X		
von Brunn Florian			
Brunner Helmut	X		
Celina Kerstin		X	
Dettenhöfer Petra			
Dorow Alex			
Dünkel Norbert	X		
Dr. Dürr Sepp			
Eck Gerhard	X		
Dr. Eiling-Hütig Ute	X		
Eisenreich Georg			
Fackler Wolfgang	X		
Dr. Fahn Hans Jürgen		X	
Fehlner Martina		X	
Felbinger Günther		X	
Flierl Alexander	X		
Dr. Förster Linus		X	
Freller Karl	X		
Füracker Albert			
Ganserer Markus		X	
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Gehring Thomas		X	
Gerlach Judith	X		
Gibis Max	X		
Glauber Thorsten		X	
Dr. Goppel Thomas			
Gote Ulrike		X	
Gottstein Eva			
Güll Martin		X	
Güller Harald		X	
Guttenberger Petra	X		
Haderthauer Christine	X		
Häusler Johann		X	
Halbleib Volkmar			
Hanisch Joachim		X	
Hartmann Ludwig		X	
Heckner Ingrid	X		
Heike Jürgen W.	X		
Herold Hans	X		
Dr. Herrmann Florian	X		
Herrmann Joachim			
Dr. Herz Leopold		X	
Hiersemann Alexandra		X	
Hintersberger Johannes	X		
Hofmann Michael	X		
Holetschek Klaus	X		
Dr. Hopp Gerhard			
Huber Erwin	X		
Dr. Huber Marcel	X		
Dr. Huber Martin	X		
Huber Thomas	X		
Dr. Hünnerkopf Otto	X		
Huml Melanie			
Imhof Hermann			
Jörg Oliver	X		
Kamm Christine		X	
Kaniber Michaela	X		
Karl Annette		X	
Kirchner Sandro	X		
Knoblauch Günther		X	
König Alexander	X		
Kohnen Natascha		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kränzle Bernd			
Dr. Kränzlein Herbert		X	
Kraus Nikolaus		X	
Kreitmair Anton	X		
Kreuzer Thomas	X		
Kühn Harald	X		
Ländner Manfred	X		
Lederer Otto	X		
Leiner Ulrich			
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig	X		
Lorenz Andreas			
Lotte Andreas		X	
Dr. Magerl Christian			
Dr. Merk Beate			
Meyer Peter		X	
Mistol Jürgen		X	
Müller Emilia	X		
Müller Ruth		X	
Mütze Thomas		X	
Muthmann Alexander		X	
Neumeyer Martin			
Nussel Walter	X		
Osgyan Verena		X	
Petersen Kathi		X	
Pfaffmann Hans-Ulrich		X	
Prof. Dr. Piazolo Michael			
Pohl Bernhard		X	
Pschierer Franz Josef			
Dr. Rabenstein Christoph		X	
Radlmeier Helmut	X		
Rauscher Doris		X	
Dr. Reichhart Hans	X		
Reiß Tobias	X		
Dr. Rieger Franz	X		
Rinderspacher Markus			
Ritt Hans	X		
Ritter Florian			
Roos Bernhard		X	
Rosenthal Georg		X	
Rotter Eberhard	X		
Rudrof Heinrich	X		
Rüth Berthold	X		
Sauter Alfred	X		
Scharf Ulrike	X		
Scheuenstuhl Harry		X	
Schindler Franz		X	
Schmidt Gabi			
Schmitt-Bussinger Helga		X	
Schöffel Martin	X		
Schorer Angelika	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja	X		
Schreyer-Stäblein Kerstin	X		
Schulze Katharina		X	
Schuster Stefan			
Schwab Thorsten			
Dr. Schwartz Harald	X		
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard	X		
Sem Reserl			
Sengl Gisela			
Sibler Bernd	X		
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin		X	
Dr. Spaenle Ludwig			
Stachowitz Diana		X	
Stamm Barbara	X		
Stamm Claudia			
Steinberger Rosi		X	
Steiner Klaus			
Stierstorfer Sylvia	X		
Stöttner Klaus	X		
Straub Karl	X		
Streibl Florian		X	
Strobl Reinhold		X	
Ströbel Jürgen	X		
Dr. Strohmayr Simone		X	
Stümpfig Martin			
Tasdelen Arif			
Taubeneder Walter	X		
Tomaschko Peter	X		
Trautner Carolina	X		
Untertländer Joachim	X		
Dr. Vetter Karl		X	
Vogel Steffen	X		
Waldmann Ruth		X	
Prof. Dr. Waschler Gerhard	X		
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika		X	
Dr. Wengert Paul		X	
Werner-Muggendorfer Johanna			
Westphal Manuel	X		
Widmann Jutta			
Wild Margit		X	
Winter Georg	X		
Winter Peter	X		
Wittmann Mechthilde	X		
Woerlein Herbert		X	
Zacharias Isabell			
Zellmeier Josef	X		
Zierer Benno		X	
Gesamtsumme	77	59	0

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über eine Europaangelegenheit und die nicht einzeln zu beratenden Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 6)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
 (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
 (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Europaangelegenheit

1. Nichtlegislatives Vorhaben der Europäischen Union; Entwurf des gemeinsamen Beschäftigungsberichts der Kommission und des Rates (Begleitunterlage zur Mitteilung der Kommission zum Jahreswachstumsbericht 2015); COM (2014) 906 final BR-Drs. 584/14 Drs. 17/5426, 17/6570 (E) [X]

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

Anträge

2. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Isabell Zacharias, Annette Karl, Helga Schmitt-Bussinger u.a. SPD, Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazzolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
 Anhörung zur Sicherung der Vielfalt und Staatsferne in den Aufsichtsgremien des Rundfunks in Bayern
 Drs. 17/4717, 17/6398 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

3. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Dr. Paul Wengert, Klaus Adelt u.a. SPD
Beförderung nach A9 mit Amtszulage
Drs. 17/5210, 17/6458 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

4. Antrag der Abgeordneten Oliver Jörg, Gudrun Brendel-Fischer, Karl Freller u.a. CSU
Zusammenarbeit zwischen der Bayerischen Staatsbibliothek und den
Universitätsbibliotheken des Freistaats
Drs. 17/5361, 17/6399 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

5. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Dr. Christian Magerl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Ausstieg aus der Torfnutzung im Garten- und Landschaftsbau
Drs. 17/5487, 17/6431 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

6. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Benno Zierer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
KZ-Gedenkstätten besser vor Vandalismus schützen
Drs. 17/5499, 17/6400 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

7. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Anteil befristeter Arbeitsverhältnisse für nichtwissenschaftliches Personal an bayerischen Hochschulen senken
Drs. 17/5503, 17/6401 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

8. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Sachgrundlos befristete Arbeitsverträge an bayerischen Hochschulen hinterfragen
Drs. 17/5504, 17/6402 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

9. Antrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Dr. Paul Wengert, Stefan Schuster u.a. SPD
Zusätzliche Stellen und Mittel für die bayerische Polizei nach den Anschlägen von Paris schnell und nachhaltig realisieren
Drs. 17/5557, 17/6531 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

10. Antrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Bernhard Seidenath, Kerstin Schreyer-Stäblein u.a. CSU
Reha vor Pflege
Drs. 17/5559, 17/6536 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

11. Antrag der Abgeordneten Jürgen Baumgärtner, Kerstin Schreyer-Stäblein, Bernhard Seidenath u.a. CSU
Bericht der Kassenärztlichen Vereinigung Bayerns über die Vorbereitung des Bereitschaftsdienstes auf kommende Herausforderungen
Drs. 17/5603, 17/6537 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

12. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Ulrich Leiner u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Zugang zu Cannabis als Medizin für Schmerzpatientinnen und Schmerzpatienten erleichtern
Drs. 17/5607, 17/6538 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

13. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Katharina Schulze u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Einsetzung einer unabhängigen Kommission zur Aufarbeitung der Kemptener Kokain-Affäre
Drs. 17/5616, 17/6393 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

14. Antrag der Abgeordneten Isabell Zacharias, Martina Fehlner, Georg Rosenthal u.a. SPD
Dauerhafte Übertragung des Berufungsrechts auf die bayerischen Hochschulen
Drs. 17/5617, 17/6403 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

15. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Helga Schmitt-Bussinger, Franz Schindler u.a. und Fraktion (SPD)
Bericht zur Polizeiaktion in der U-Bahnstation „Weißer Turm“ in Nürnberg am 5. März 2015 gegen Versammlungsteilnehmer einer Anti-PEGIDA-Demonstration
Drs. 17/5658, 17/6394 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

16. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Katharina Schulze u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Versammlungsfreiheit in Bayern – Bürgerinnen und Bürger vor Übergriffen schützen
Drs. 17/5672, 17/6395 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

17. Antrag der Abgeordneten Gudrun Brendel-Fischer, Oliver Jörg, Angelika Schorer u.a. CSU
Entwicklung landwirtschaftsnaher Studiengänge an den Hochschulen in Bayern
Drs. 17/5710, 17/6404 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

18. Antrag der Abgeordneten Kathrin Sonnenholzner, Kathi Petersen, Doris Rauscher u.a. SPD
Gezielte Maßnahmen zur Bekämpfung der Masern in Bayern
Drs. 17/5718, 17/6539 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

19. Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Dr. Linus Förster, Susann Biedefeld u.a. SPD
Kein Maulkorb für Gemeinde- und Stadträte sowie Kreis- und Bezirkstage bei
allgemeinpolitischen Fragen wie TTIP und CETA!
Drs. 17/6081, 17/6396 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 07.05.2015 zu Tagesordnungspunkt 13: Antrag der Abgeordneten Natascha Kohnen, Annette Karl, Bernhard Roos u. a. SPD; Energiekonzept im Alpenverbund (Drucksache 17/3236)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X			Gehring Thomas	X		
Aigner Ilse				Gerlach Judith		X	
Aiwanger Hubert				Gibis Max			
Arnold Horst				Glauber Thorsten	X		
Aures Inge	X			Dr. Goppel Thomas		X	
				Gote Ulrike	X		
Bachhuber Martin		X		Gottstein Eva			
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter	X			Güll Martin	X		
Bauer Volker		X		Güller Harald	X		
Baumgärtner Jürgen				Guttenberger Petra		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried							
Bause Margarete	X			Haderthauer Christine		X	
Beißwenger Eric		X		Häusler Johann	X		
Dr. Bernhard Otmar		X		Halbleib Volkmar			
Biedefeld Susann				Hanisch Joachim			
Blume Markus				Hartmann Ludwig	X		
Bocklet Reinhold		X		Heckner Ingrid		X	
Brannekämper Robert		X		Heike Jürgen W.			
Brendel-Fischer Gudrun		X		Herold Hans		X	
Brückner Michael				Dr. Herrmann Florian		X	
von Brunn Florian	X			Herrmann Joachim			
Brunner Helmut				Dr. Herz Leopold	X		
				Hiersemann Alexandra			
Celina Kerstin	X			Hintersberger Johannes		X	
				Hofmann Michael		X	
Dettenhöfer Petra				Holetschek Klaus		X	
Dorow Alex		X		Dr. Hopp Gerhard		X	
Dünkel Norbert		X		Huber Erwin		X	
Dr. Dürr Sepp				Dr. Huber Marcel			
				Dr. Huber Martin		X	
Eck Gerhard				Huber Thomas		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute		X		Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Eisenreich Georg		X		Huml Melanie			
Fackler Wolfgang		X		Imhof Hermann			
Dr. Fahn Hans Jürgen	X						
Fehlner Martina				Jörg Oliver		X	
Felbinger Günther	X						
Flierl Alexander		X		Kamm Christine	X		
Dr. Förster Linus	X			Kaniber Michaela		X	
Freller Karl		X		Karl Annette	X		
Füracker Albert				Kirchner Sandro		X	
				Knoblauch Günther	X		
Ganserer Markus				König Alexander		X	
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul				Kohnen Natascha	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kränzle Bernd		X	
Dr. Kränzlein Herbert			
Kraus Nikolaus	X		
Kreitmair Anton			
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich			
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig		X	
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas	X		
Dr. Magerl Christian			
Dr. Merk Beate			
Meyer Peter	X		
Mistol Jürgen	X		
Müller Emilia			
Müller Ruth	X		
Mütze Thomas			
Muthmann Alexander			
Neumeyer Martin			
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena	X		
Petersen Kathi			
Pfaffmann Hans-Ulrich			
Prof. Dr. Piazolo Michael	X		
Pohl Bernhard	X		
Pschierer Franz Josef		X	
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radlmeier Helmut			
Rauscher Doris			
Dr. Reichhart Hans			
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus			
Ritt Hans		X	
Ritter Florian			
Roos Bernhard	X		
Rosenthal Georg	X		
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Sauter Alfred			
Scharf Ulrike			
Scheuenstuhl Harry			
Schindler Franz			
Schmidt Gabi			
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schöffel Martin			
Schorer Angelika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja			
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schulze Katharina	X		
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten			
Dr. Schwartz Harald		X	
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl			
Sengl Gisela			
Sibler Bernd		X	
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig			
Stachowitz Diana	X		
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia	X		
Steinberger Rosi			
Steiner Klaus			
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen		X	
Dr. Strohmayr Simone	X		
Stümpfig Martin	X		
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter		X	
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Untertländer Joachim		X	
Dr. Vetter Karl			
Vogel Steffen		X	
Waldmann Ruth			
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika			
Dr. Wengert Paul			
Werner-Muggendorfer Johanna			
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta	X		
Wild Margit	X		
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wittmann Mechthilde		X	
Woerlein Herbert	X		
Zacharias Isabell			
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno	X		
Gesamtsumme	47	69	0

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 19.05.2015 zu Tagesordnungspunkt 10: Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Rosi Steinberger u. a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; Gentechnik-Kennzeichnung von tierischen landwirtschaftlichen Produkten (Drucksache 17/5193)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X			Gehring Thomas	X		
Aigner Ilse		X		Gerlach Judith		X	
Aiwanger Hubert				Gibis Max		X	
Arnold Horst	X			Glauber Thorsten	X		
Aures Inge	X			Dr. Goppel Thomas			
Bachhuber Martin				Gote Ulrike	X		
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter	X			Gottstein Eva			
Bauer Volker				Güll Martin	X		
Baumgärtner Jürgen		X		Güller Harald	X		
Prof. Dr. Bausback Winfried				Guttenberger Petra		X	
Bause Margarete	X			Haderthauer Christine		X	
Beißwenger Eric		X		Häusler Johann	X		
Dr. Bernhard Otmar		X		Halbleib Volkmar			
Biedefeld Susann				Hanisch Joachim	X		
Blume Markus		X		Hartmann Ludwig	X		
Bocklet Reinhold		X		Heckner Ingrid		X	
Brannekämper Robert		X		Heike Jürgen W.		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X		Herold Hans		X	
Brückner Michael		X		Dr. Herrmann Florian		X	
von Brunn Florian				Herrmann Joachim			
Brunner Helmut				Dr. Herz Leopold	X		
Celina Kerstin	X			Hiersemann Alexandra	X		
Dettenhöfer Petra				Hintersberger Johannes		X	
Dorow Alex				Hofmann Michael		X	
Dünkel Norbert		X		Holetschek Klaus		X	
Dr. Dürr Sepp				Dr. Hopp Gerhard			
Eck Gerhard		X		Huber Erwin		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute		X		Dr. Huber Marcel		X	
Eisenreich Georg				Dr. Huber Martin		X	
Fackler Wolfgang		X		Huber Thomas		X	
Dr. Fahn Hans Jürgen	X			Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Fehlner Martina	X			Huml Melanie		X	
Felbinger Günther	X			Imhof Hermann			
Flierl Alexander		X		Jörg Oliver		X	
Dr. Förster Linus	X			Kamm Christine	X		
Freller Karl		X		Kaniber Michaela		X	
Füracker Albert				Karl Annette	X		
Ganserer Markus	X			Kirchner Sandro		X	
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X			Knoblauch Günther	X		
				König Alexander		X	
				Kohnen Natascha	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kränzle Bernd			
Dr. Kränzlein Herbert	X		
Kraus Nikolaus	X		
Kreitmair Anton		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich	X		
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig		X	
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas	X		
Dr. Magerl Christian			
Dr. Merk Beate			
Meyer Peter	X		
Mistol Jürgen	X		
Müller Emilia		X	
Müller Ruth	X		
Mütze Thomas	X		
Muthmann Alexander	X		
Neumeyer Martin			
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena	X		
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael			
Pohl Bernhard	X		
Pschierer Franz Josef			
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris	X		
Dr. Reichhart Hans		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus			
Ritt Hans		X	
Ritter Florian			
Roos Bernhard	X		
Rosenthal Georg	X		
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Sauter Alfred		X	
Scharf Ulrike		X	
Scheuenstuhl Harry	X		
Schindler Franz	X		
Schmidt Gabi			
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schulze Katharina	X		
Schuster Stefan			
Schwab Thorsten			
Dr. Schwartz Harald		X	
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl			
Sengl Gisela			
Sibler Bernd		X	
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig			
Stachowitz Diana	X		
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia			
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus			
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen		X	
Dr. Strohmayr Simone	X		
Stümpfig Martin			
Tasdelen Arif			
Taubeneder Walter		X	
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Untertländer Joachim		X	
Dr. Vetter Karl	X		
Vogel Steffen		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika	X		
Dr. Wengert Paul	X		
Werner-Muggendorfer Johanna			
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta			
Wild Margit	X		
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wittmann Mechthilde		X	
Woerlein Herbert	X		
Zacharias Isabell			
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno	X		
Gesamtsumme	60	78	0